Nr. 487 4. November 1999

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info 2,50 DM

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03
auswärts
3 DM

EIN HEISSES TEIL KNALLT IN DIE STADT

DAS MUSICAL

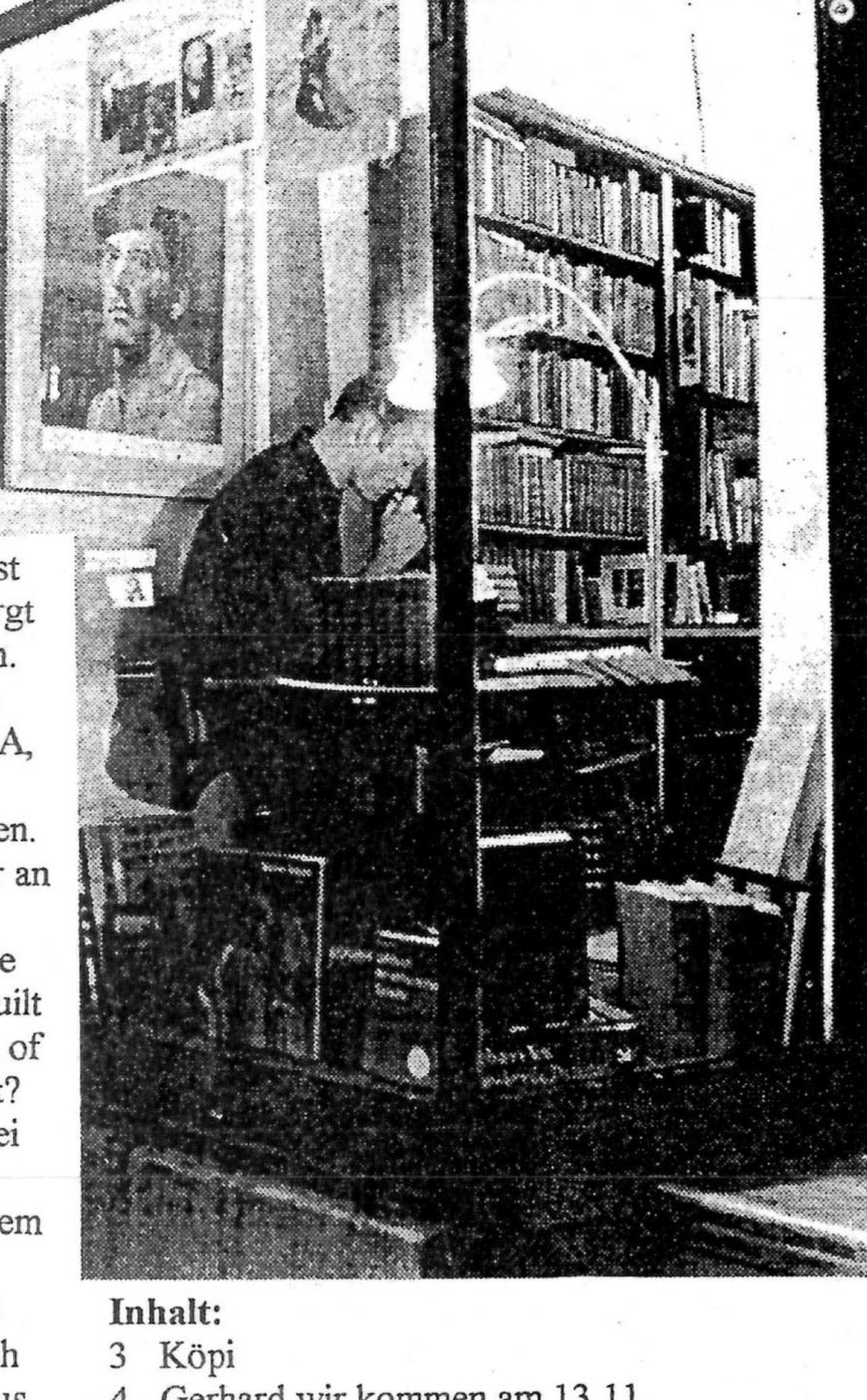
BERLIN



"Vor solch kosmisch-krimineller Energie kapitulieren auch langgehegte Voreingenommenheiten in Sachen Musical. Jeder Widerstand ist zwecklos. Kompliment!"

Berliner Format





Hallo,

Daß in Berlin alles so weitergeht wie bisher, zumindest auf der Ebene der politischen Repräsentanz, dafür bürgt die sich anbahnende Neuauflage der Großen Koalition. Zwar besingt ein Musical im Theater des Westens die Situation in einer Stadt des mittleren Westens der USA, doch gewisse Ähnlichkeiten mit einer Stadt im Nordosten der BRD sind nicht von der Hand zu weisen. „Unserem" alten und neuen Regierenden möchten wir an dieser Stelle einen Besuch der Orginalversion des Musicals zur Aufbesserung seiner Englisch-Kenntnisse empfehlen - „Perhaps you should go just ahead and built a Mc'Donalds Restaurant on the Pariser Platz instead of a United States embassy" - oder war das alles Absicht? Ist echt immer schwierig im Leben, sich zwischen zwei sich streitenden Platzhirschen zu positionieren.

Einen Satz zu einem weltbekannten Firmenlogo auf dem Titel einer unserer letzten Ausgaben können wir uns nicht verkneifen. Woher nehmt ihr die Sicherheit, daß der in Wien erschossene Horst Ludwig Meyer wirklich Mitglied dieser Firma war? Auf jeden Fall legen die aus der „Süddeutschen" nachgedruckten Zeitungsartikel eher nahe, daß dies selbst das BKA nicht weiß. Unsere Sehnsucht nach einer sozialen Revolution verbinden wir auch nicht unbedingt mit diesem Logo, daß ihr so „heldInnenverehrend" auf den Titel genommen habt.

Wenn mal eure Artikel nicht sofort in der Zeitung zu finden sind, muß das nicht (immer) gleich Zensur und ähnliches heißen, oft müssen wir einfach aus Platzgründen Texte auf die nächste (oder übernächste oder...) Ausgabe verschieben. Trotzdem fänden wir es gut, wenn alle Redaktionen außer der Rubrik „Ordner" auch eine mit den „verschobenen Texten" aufführen würden.

Einem stattbekannten Kopierladen in der Manteuffelstr. wollen wir - inzwischen echt sauer - darauf hinweisen, daß er bei seiner letzten Bezahlung eine Null bei der Summe vergessen hat. Ihr hattet versprochen, den gesamten ausstehenden Betrag bis Ende Oktober zu überweisen, wat is damit?? Sonst....

Besonders hinweisen möchten wir noch auf die Lange Nacht der Plakate am kommenden Samstag (6. November) im EX. Ab 21.00 Uhr werden 3.000 Plakate an die Wand gebeamt, dazu darf getanzt werden.

Inhalt:

Ordner:

Gegen den Zukunftentwurf der Herrschenden - Expo 2000
Antifaschistische Zeitung zum 9. November
Info der Roten Hilfe e.V. München
Forum für libertäre Informationen - Einladung
„neoliberalismus" Symposium (siehe auch Termine in dieser Ausgabe)

verschoben:

Beitrag zum text von Schall und rauch
Vergewaltigungsdebatte ... zum ersten, zum zweiten, zum hundersten Mal
Thesenpapier „... die war nicht nett, die DDR"
Infos zu Christel Fröhlich
Global Action Day von Gruppe Landfiredensbruch, Reiskirchen

Eigentumsvorbehalt
Diese Druckschrift ist so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur Habenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie an die Absenderin zurückzusenden.

Impressum
Herausgeberin: Interim e.v.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin

Autonome bleiben vorerst Sieger

TSP.

Kein Investor will das Autonomen-Haus

Commerzbank sagte Versteigerungstermin ab

VON ANDREAS KOPIETZ

Die Bewohner des Hauses Köpenicker Straße 137, rund 40 Autonome, können vorerst bleiben. Die Commerzbank ließ am Donnerstag die für kommenden Dienstag geplante Versteigerung des Hauses absagen. Diese Entscheidung sehen die Bewohner und Sympathisanten des Autonomen Wohn-Kulturprojektes Køpi „ganz klar als Erfolg" ihrer Kampagne an.

„Womit sie Recht haben", heißt es von Seiten des Grundstücksbesitzers. „Die Investoren sind immer wieder zurückgeschreckt." Denn freiwillig wollen die Bewohner nicht ausziehen. „Es gibt keine Bieter für das Haus", begründet Commerzbank-Sprecher Hans-Joachim Lorenz die Absage der Auktion. (...)

„Das Verfahren kann jederzeit wieder aufgenommen werden, und die Commerzbank hat auf unsere Verhandlungsangebote bis jetzt nicht reagiert", begründen die Autonomen.

Sie verstehen das „Køpi" als „einen der letzten Orte in der Stadt, der sich in Volkseigentum befindet". Sie wollen einen unbefristeten Pacht- oder Nutzungsvertrag für das 1 900-Quadratmeter-Areal oder es für eine symbolische Mark kaufen. Das lehnt die Bank ab. „Das Grundstück hat einen Wert von rund vier Millionen Mark", sagt Banksprecher Lorenz.

Bank will ihr Geld zurück

Die Bank will das Grundstück versteigern, weil sie Gläubiger des verschuldeten Besitzers Volquard Petersen ist. Sie hatte ihm 1995 das Geld für den Grundstückskauf geliehen. Nun will sie es zurück, weil sie wegen der zurückgeschreckten Investoren das Interesse an Volquards Bauprojekt verloren hat... (BERL. Z.)

2000 demonstrierten für Erhalt der Köpi

ND 1.11.

Nach dem friedlichen Marsch griff die Polizei ein

Von Jan Schmidt

Rund 2000 Demonstranten zogen am Sonnabendnachmittag unter dem Motto »Köpi verteidigen! Gegen Kapital und Commerz« durch Berlin. Grund für die Demonstration war die ungewisse Lage des Autonomen Wohn- und Kulturzentrums in der Köpenicker Straße 137 in Mitte. Zwar ließ die Commerzbank als Hauptgläubigerin eines Immobilienspekulanten, dem die Köpi offiziell gehört, die am Dienstag geplante Zwangsversteigerung erst einmal einstellen. Auf die Verhandlungsangebote der rund 40 Bewohner aber kam bis jetzt keine Reaktion.

Vom U-Bahnhof Mehringdamm zog die Demo nach Schöneberg bis vor die Berliner Commerzbankzentrale in der Kurfürstenstraße. Grußbotschaften aus dem

In- und Ausland, die ihre Solidarität mit der Köpi bekundeten, wurden verlesen. Andere ehemals besetzte Häuser aus Berlin erklärten sich ebenfalls solidarisch und gaben einen kurzen Überblick über ihre Geschichte. Die Veranstalter wiesen in Deutsch, Türkisch und Englisch auf die Zusammenhänge zwischen dem Umbau von Mitte zum Regierungsbezirk und die Förderung von Prestigeobjekten wie dem Potsdamer Platz auf der einen, Ausgrenzung und Vertreibung so genannter Randgruppen auf der anderen Seite hin. An den Fenstern des einzigen selbstverwalteten Jugendzentrums der Stadt, dem Drugstore, forderten Transparente »Commerzbank versteigern!«

Als deren Gebäude in Sicht kam, wurde, unterlegt mit der »Melodie vom Tod«, auf

die Aktivitäten der Commerzbank zur Zeit des Nationalsozialismus hingewiesen. Schon vorher waren die Bilanzen des Geldinstitutes verlesen worden. Angesichts der Schwindel erregenden Summen stellten die Veranstalter fest, dass die Commerzbank ohne besonderen Schmerz auf Gewinne durch die Köpi verzichten könnte. Den symbolischen Kaufpreis von einer Mark würden die Bewohner bezahlen, auch ein unbefristeter Pacht- oder Nutzungsvertrag käme für sie in Frage.

Neben den vielen Jugendlichen unter-

beobachtet, wie ein Demonstrant von etwa zehn Beamten zu Boden gerissen und verprügelt wurde. Die Teilnehmer seien von der Polizei in die U-Bahn gedrängt und an der nächsten Station, Gleisdreieck, erwartet worden, wo Beamte die Waggons stürmten. Zwei Menschen seien verletzt, etwa 25 festgenommen worden.

stützten auch Wagenburgen die Demo. Von einem offenem LKW spielte die Punkband »Shocks«, hinter einem anderen wurde zu Techno-Klängen getanzt.

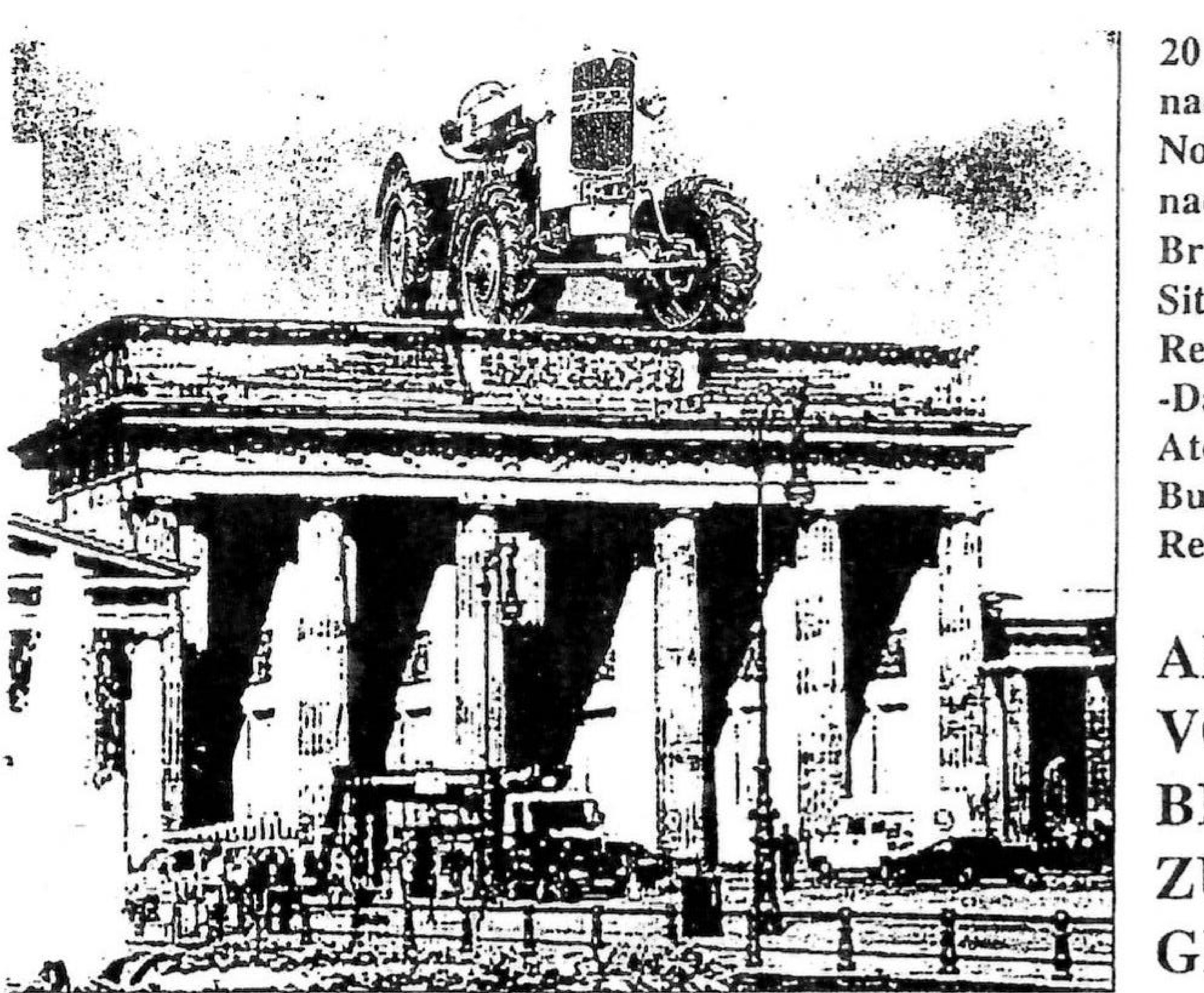
Die Polizei war mit starken Kräften vor Ort und präsentierte in Seitenstraßen schweres Räumgerät und Wasserwerfer. Nach Angaben der Demo-Veranstalter kam es zu »martialischen Vorkontrollen«, bei denen mindestens vier Demonstranten festgenommen worden seien. Der Marsch selbst verlief friedlich. Als die Demonstration für beendet erklärt wurde, hätten Polizisten die abziehenden Teilnehmer angegriffen und dabei Fäuste, Schlagstöcke, Wasserwerfer und Räumpanzer eingesetzt. Augenzeugen hätten

Fotos: Andrea

Kein Interesse an Risikokapital

TAZ

FÜR INVESTOREN WERTLOS, weil die Bewohner Mietverträge haben und nicht ausziehen wollen: Köpi



20 Jahre nach ihrem berühmten Treck nach Hannover ruft die Bäuerliche Notgemeinschaft zu einer Stunkparade nach Berlin auf. Vorbei am Brandenburger Tor zum Reichstag, dem Sitz der abgewirtschafteten rot-grünen Regierung, wollen Landwirte aus Lüchow -Dannenberg dem angeblichen Atomkaftgegner und jetzigen Bundeskanzler Gerhard Schröder ihre Referenz erweisen -

AM 13. NOVEMBER VORBEI AM BRANDENBURGER TOR ZUR GEDÄCHTNISKIRCHE

„GERHARD, WIR KOMMEN!"

Ein Jahr rot-grüne Politik hat den Verbleib in der Atomenergie besser zementiert als die Atompolitik zu Kohl/Merkel Zeiten - das ist die drohende Bilanz:

- **kein Moratorium** für das Endlager Gorleben
- **Einwilligung** in die unmittelbar drohende Inbetriebnahme von Schacht Konrad zur Endlagerung von schwach- und mittelradio-aktiven Müll
- **kein Ausstieg** aus der Wiederaufarbeitung
- **Inbetriebnahme** der Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben
- **Aufhebung** des Transportestopps von Castorbehältern
- **Bau** von Zwischenlagern an den AKW-Standorten, um deren Dauerbetrieb zu sichern
- **keine Novellierung** des Atomgesetzes.

DER TROG IST DERSELBE GEBLIEBEN, NUR DIE FERKEL HABEN GEWECHSELT...

Unsere mit dem Regierungswechsel verbundenen Hoffnungen und Erwartungen haben sich in Wut und Entschlossenheit umgewandelt: Wir werden den Ausstieg aus der Atomenergie weiterhin selber in die Hand oder auf den Frontlader nehmen müssen. Uns reichts. Jetzt wird es Zeit, der neuen Bundeshauptstadt und dem Wirtschaftsfreund Schröder einen demonstrativen Besuch abzustatten.

MIT DEN STUNKWAGEN VOM LETZTEN CASTORTRANSPORT NACH GORLEBEN WIRD DIE BÄUERLICHE NOTGEMEINSCHAFT IN BERLIN EINZIEHEN.

Und so ist der Ablauf geplant:

- Freitag, 12. November 9.00 Uhr Verabschiedung der Trecker auf dem Gildehaus Platz in Lüchow und Abfahrt über B5 nach Berlin
- Samstag, 13. November: Zusammentreffen der Trecker und nicht motorisierten Atomkraftgegner am Brandenburger Tor, Sammeln auf der Ostseite und Verfüllen und Verhüllen des Berliner Wahrzeichens
- 13.30 Uhr Abmarsch Richtung Breitscheidplatz
- 15.30 Uhr Abschlußkundgebung vor der Gedächtniskirche...

...THE SHOW MUST GO ON

Unter diesem Motto werden viele KünstlerInnen, denen die Ausstiegspolitik Schröders genau so stinkt wie unsere Gülle, dabei mitmachen. Und natürlich bitten wir alle Antiatomkraftgegner und -gruppen, uns auf unserem Weg zu begleiten und unseren Widerstand phantasievoll und ausdrucksstark in Szene zu setzen.

Schröder und Trittin, die ja nicht zuletzt mit den Stimmen der Umweltschutz- und Antiatombewegung - unseren Stimmen - an die Regierungsmacht gekommen sind, haben eine historische Aufgabe. Es geht es um unser Recht und das der zukünftigen Generationen auf Gesundheit und eine intakte Umwelt. Wir Bäuerinnen und Bauern aus dem Wendland möchten auch weiterhin gesunde Nahrungsmittel produzieren, keine verstrahlten, denn: **ACKER KANN MAN NICHT EVAKUIEREN!**

Informationen BI-Büro: 05841-4684
Spendenkonto: Kreissparkasse Lüchow (BLZ 258 513 35) 8904

030 / 261 98 12

Es ist immer noch da das **NIXmehr** Infotelefon
Auch in dieser transportarmen Zeit haben wir überlebt.
Wir sind z.Z. nicht besonders aktuell und die Ansagen verbleiben recht lange unverändert auf dem AB, was nicht zu unserer Aktualität beiträgt. Auch konnten wir nicht über alle kleinen Sachen und Termine berichten.
Soweit zur Vergangenheit und Gegenwart und nun zur Zukunft, denn da könnte alles besser werden.
Wenn die Transportsaison wieder beginnt werden auch wir aus unserem Schlaf erwachen. Wir betrachten uns nicht als regionale Infostruktur für die nordostbrd, sondern für das gesamte Gebiet der BRD und gerne auch noch darüber hinaus. Die bisherige regionale Schwerpunktbildung resultiert lediglich aus dem leider zu geringem Informationsfluß aus dem Süden.

NIXmehr
Infotelefon
030-261 98 12

Wir könnten bieten:
- Info's über WAA - Transporte
- Info's über alle anderen Castortransporte (auch Leerbehälter)
- Info's über Urantransporte
- Info's über Plutoniumtransporte
- Info's über Transporte von frischen Brennelementen
- Info's über sonstige Versorgungstransporte zu den AKW's
- Info's über Transporte von schwach- und mittelaktiven Atommüll

Freie Ansagetextkapazitäten würden wir gerne stärker als bisher mit Euren Terminen füllen. Dann müßtet ihr auch weniger allgemeines blablablabla ertragen und würdet Technik's und Termine komprimiert und in Reinform erhalten.

Spendenkonto:Aktiv gegen Strahlung e.V. -Stichwort Infotelefon-Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto - Nr. 610 004 980

Gelb. Giftig. Gefährlich.

Atomstrom ist nur billig, weil die Kosten auf die SteuerzahlerInnen und die kommenden Generationen abgewälzt werden. Atomstrom wird uns alle noch teuer zu stehen kommen.


Atom Strom

Gelb. Giftig. Gefährlich.

Atomstrom ist nur billig, weil die Kosten auf die SteuerzahlerInnen und die kommenden Generationen abgewälzt werden. Atomstrom wird uns alle noch teuer zu stehen kommen.

Atom Strom

Sollte es wirklich einmal vorkommen daß wir mehr Info's bekommen als auf den AB passen (ist bisher nicht vorgekommen) werden wir gewichten. Und zwar in etwa so: 1. WAA- und Zwischenlagertransporte von hochradioaktivem Müll (incl. allem was dazugehört z.B. Leerbehälter), 2. alle anderen Castortransporte, 3. Urantransporte usw.. Termine die unmittelbar mit diesem Transporten in Zusammenhang stehen werden, in der Ansage, diesen angegliedert. Andere allgemeinere Termine verbreiten wir natürlich auch, diese müßten aber notfalls hinter den aktuell laufenden Transporten zurückstehen.

Was wir nicht leisten können:
- Begleitung von größeren laufenden Castorevents, hierfür reichen unsere Kapazitäten nicht und außerdem halten wir es für besser wenn dies regional koordiniert wird. In diesem Fall würden wir die Vorfeldbetreuung übernehmen und kurz vorm Start des Transportes auf die örtlichen Infonummern verweisen und die weitere Information der örtlichen Struktur überlassen.

Wir brauchen von Euch dafür:
1. Geld
2. Informationen

Zu 1. Telefonieren ist zwar billiger geworden, aber immer noch nicht umsonst. Auch Technik geht mal kaputt und muß technisch verbessert werden. Besonders würden wir uns über regelmäßige Spenden freuen (für die regelmäßigen Kosten). Sollte es uns nicht gelingen unsere Einnahmen zu verbessern, würde uns die Wiederaufnahme der Transporte in den finanziellen Ruin treiben. Deshalb spendet fleißig und saugt eure örtlichen Finanzquellen an (Unis, Stiftungen etc.).
Zu 2. Da wir z.Z. leider über keinen eigenen Geheimdienst verfügen, können wir nur das verbreiten was ihr uns meldet. Also noch einmal, wenn die Bewegung dieses hervorragende Informationsmittel nutzen will muß Sie auch etwas dafür tun. Berichtet uns alles was Ihr beobachtet.

NIX mehr
Kampagne gegen Atomtransporte

Spendenkonto:Aktiv gegen Strahlung e.V. -Stichwort Infotelefon-Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto - Nr. 610 004 980



ANTIFASCHISTISCHE ZEITUNG

MOABITER ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION

9. November 1938
9. November 1999

61 Jahre nach der Reichspogromnacht

Kein Vergessen
Kein Vergeben

wir greifen ein gegen Antisemitismus und Rassismus

Gedenkkundgebung mit Zeitzeugen

Di, 9.11.1999, 17 Uhr

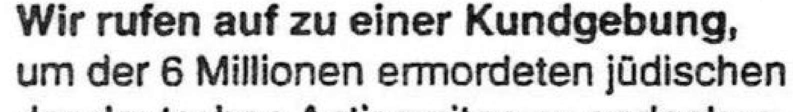
Mahnmal Levetzowstraße

in Moabit

anschließend **Demonstration**

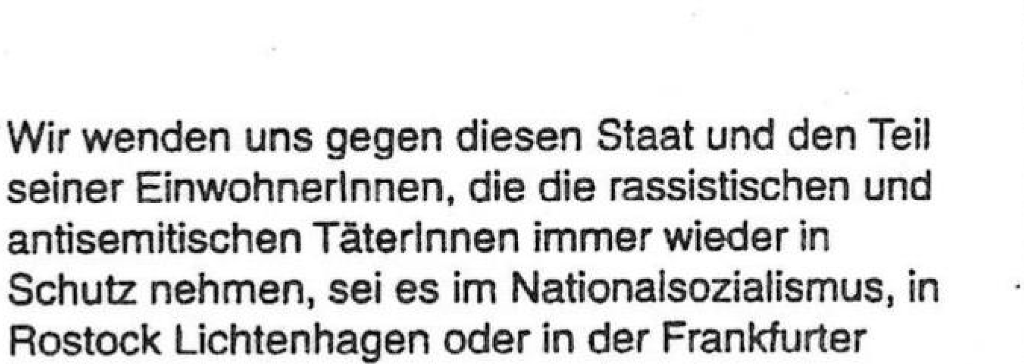
zum Mahnmal auf der Putlitzbrücke





Wir rufen auf zu einer Kundgebung,
um der 6 Millionen ermordeten jüdischen Opfer der deutschen Antisemiten zu gedenken.
Die Reichspogromnacht am 9. November 1938 war der Schritt von Ausgrenzung, Entrechtung und Beraubung hin zum Holocaust, der Vernichtung aller erreichbarerJuden und Jüdinnen.
Die Flammen der brennenden Synagogen waren die Ankündigung der Krematorien von Auschwitz.
Deutschen TäterInnen fielen Millionen von Sinti und Roma, Behinderten, Homosexuellen und BewohnerInnen der überfallenen Länder zum Opfer, die wie die Juden und Jüdinnen zu Unmenschen deklariert worden waren.
Wir rufen auf zu einer antifaschistischen Demonstration,
10 Jahre nach dem Mauerfall, dem Wiederaufstieg zur Großmacht, dem ersten deutschen Angriffskrieg seit der Befreiung vom Faschismus.
Zu einer Demonstration gegen den alltäglichen Rassismus,Antisemitismus und völkischen Wahn.

Es gibt wenig zu feiern an diesem 9.November.



Wir wenden uns gegen diesen Staat und den Teil seiner EinwohnerInnen, die die rassistischen und antisemitischen TäterInnen immer wieder in Schutz nehmen, sei es im Nationalsozialismus, in Rostock Lichtenhagen oder in der Frankfurter Paulskirche.

Es bleibt dabei:
Deutsche Täter sind keine Opfer!
Für Antisemitismus und Rassismus gibt es keine Entschuldigung!

Sofortige Entschädigung aller Überlebenden Opfer des Nationalsozialismus!

"Wir leben auf einem dünnen Eis, man kann überall einbrechen." (1998)
"Das Eis ist an vielen Stellen bereits gebrochen." (1999)
Andreas Nachama, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Fällt den Baum!

Weg mit Nazi-Kneipen und rechter „Kultur“!

In Berlin-Friedrichshain hat sich nach dem Aus des Café Germanias im Dezember '98 ein neuer Nazi-Treffpunkt etabliert: die Kneipe „Der Baum“.

Anläßlich des 7. Todestages des Antifaschisten Silvio Meier, der im November '92 von Nazis ermordet wurde, werden wir gegen Nazi-Strukturen demonstrieren! Jedoch darf sich unser antifaschistischer Widerstand nicht auf den alleinigen Kampf gegen Nazis beschränken, sondern muß auch gegen gesellschaftliche Zustände gerichtet sein, die Faschismus, Sexismus und Rassismus hervorrufen.

Kapitalismus abschaffen! Antifa heißt Angriff!

Silvio-Meier-Demo

Berlin • 21.11.99 • 15 Uhr

U-Bhf. Samariterstraße

Internet: www.antifa.de

Nichts ist vergessen...

...und niemand!

Vor sieben Jahren, am 21. November 1992, wurde in Berlin-Friedrichshain auf dem U-Bahnhof Samariterstraße der Antifaschist Silvio Meier von Neonazis ermordet.

Kein Vergeben ★ Kein Vergessen!

Silvio-Meier-Demo

Berlin • 21.11.99 • 15 Uhr

U-Bhf. Samariterstraße

Antifa-Infotelefon-Berlin: (030) 27 56 07 56

Rep's in Pankow - Demo am 18.11.99

Kein Raum für Faschisten!

Seit 2. Februar 1999 existiert im Gartenhaus der ehemaligen Villa Garbáty in der Berliner Straße die Bundeszentrale und Landesgeschäftsstelle Berlin-Brandenburg der faschistischen Republikaner. 60 Jahre zuvor wurde der Besitz der Familie Garbáty im Rahmen der Enteignung jüdischen Vermögens durch die Nazis zwangsarisiert.

Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin am 10. Oktober 1999 konnten die Republikaner in fünf BVV's einziehen, darunter auch mit einem Sitz in Pankow. Einer der Gründe dafür ist auch die Infrastruktur, die den Republikanern mit ihrer Bundeszentrale zur Verfügung steht. Von hier aus wird Berlin und das Umland mit faschistischer Propaganda überzogen.

Auffällig verändert hat sich auch das Straßenbild rund um den S-Bahnhof Pankow. Immer häufiger sind Nazi-Skins anzutreffen, welche offen ihre Ideologie auf T-Shirts, Aufnähern oder Ansteckern zur Schau tragen; Menschen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen anpöbeln und bedrohen. Neben der NPD als legales Sammelbecken für militante Neonazis haben auch die Republikaner keine "Berührungsängste" mit Nazischlägern. Wen wundert's, setzen diese doch nur die "Ausländer raus"-Parolen der REP's auf der Straße um.
Der Berliner Norden liegt bei Naziübergriffen berlinweit vorn - Zeit zu handeln ist allemal.

Widerstand braucht Kontinuität!

Bereits seit dem Bekanntwerden der Absicht der Republikaner im Gartenhaus der ehamals jüdischen Villa ihre Bundesgeschäftsstelle zu errichten, gab es Proteste einer breiten Öffentlichkeit. Neben Mahnwachen, Lichterketten und Bürgerversammlungen gab es im Januar 1999 ein Antifaschistisches Aktionswochenende mit einer Demonstration, Konzert und thematischen Veranstaltung.
Im Juni 1999 wurde symbolisch die Berliner Straße nach Josef Garbáty umbenannt, es gab Führungen zu Stätten ehemals jüdischen Lebens in Pankow, eine Bürgerversammlung und natürlich eine Antifaschistische Demonstration bis vor die REP-Zentrale, alles im Rahmen einer Antifaschistischen Aktionswoche.
Im September 1999 wurde von der BVV Pankow die bereits oben genannte Straßenumbenennung beschlossen. Eine Bestätigung des Berliner Senates steht allerdings noch aus.
Nach dem Einzug der Republikaner in mehrere Bezirksparlamente am 10. Oktober 1999 gab es vor der Garbáty-Villa eine Spontankundgebung, an der sich ca. 60 AntifaschistInnen beteiligten.

Die REP's sind immer noch da und das bedeutet natürlich, das wir weiter machen. Denn ob Antifa, Sozis oder Christen - alle fordern "Kein Raum für Faschisten"!

Wir rufen deshalb zu einer Antifaschistischen Aktionswoche vom 24.-30. Januar 2000 in Berlin auf. Null Toleranz für Alt- und Neonazis heißt für uns, eine breite Öffentlichkeit zu schaffen, die faschistischen Strukturen unmöglich macht, ihre rassistische, menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.

Antifa lebt vom Mitmachen!

Für die Antifaschistische Aktionswoche (geplant sind bisher eine Demo, ein Antifa-Soli-Konzert, Antifa-Spaziergänge durch den Kiez, Informations- und thematische Veranstaltungen) brauchen wir immer Leute die sich engagieren. Wenn Ihr Interesse habt, eigene Ideen oder sonst nichts vor, wenn Ihr was gegen Nazis habt oder schon immer was dagegen tun wolltet, wenn Ihr einfach allein zu wenig seid, wenn Ihr eine Veranstaltung an Eurer Schule oder in Eurem Jugendclub plant, wie auch immer: Kontakt zu uns kriegt Ihr über die unten angegebene Adresse.

REP? - No way!

Ihr müsst nicht bis Januar auf Aktionen gegen die Republikaner warten.

Am Donnerstag, den 18. November 1999 findet die erste Bezirksverordnetenversammlung in Pankow nach den Wahlen statt. Wir treffen uns um 16:00 Uhr am S-Bahnhof Pankow zu einer Demonstration zum Rathaus Pankow, um gegen den Einzug der REP's in die BVV zu protestieren.

Am Samstag, den 20. November 1999 findet eine Informationsveranstaltung zum Antifaschistischen Aktionswochenende vom 24.-31. Januar 1999 und zu Nazistrukturen im Berliner Norden statt. Beginn ist um 16:00 Uhr, Veranstaltungsort ist im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a in X-Berg [U-Bahnhof Mehringdamm].

Antifaschistisches Aktionsbündnis III
im Oktober 1999

Kontakt und Information
Postanschrift: AAB III, Postfach 580 724, 10415 Berlin
E-Mail: aab3@unicum.de
Info-Line: 0171 / 7 421 922

Ethnische Säuberungen

Broschüre Rechtsextremismus in Berlin und Brandenburg 1998/99

2-sprachig (deutsch/englisch) • 88 Seiten • 5,- DM

zu bestellen über:
Antifaschistische Aktion Berlin • Engeldamm 68 • 10179 Berlin
www.antifa.de • Antifa-Infotelefon: [030] 27 56 07 56

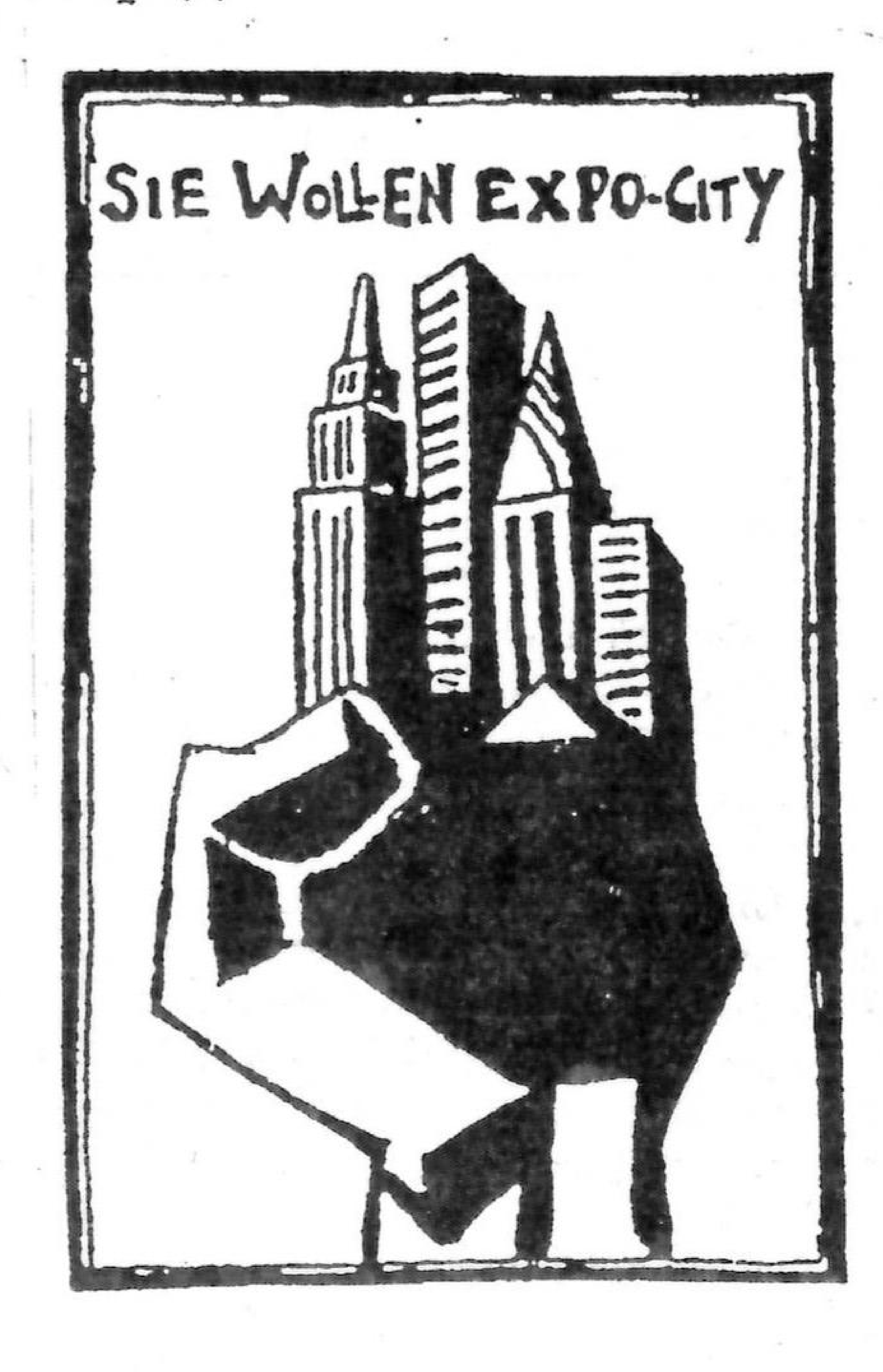


AgreVo gibt Genversuchsfeld bei Schönefeld auf

Widerstand lohnt sich (fast) immer!

Die Hoechst-Schering Tochter AgrEvo, eine der ganzen großen im Gentechnikgeschäft, erklärte in der letzten Woche auf einer eigens dafür einberufenen Pressekonferenz die Aufgabe des Versuchstandortes Schönfeld. Seit über 3 Jahren wurden hier gentechnisch manipulierte Mais-, Raps- und Zuckerrübenpflanzen ausgebracht. Die Genehmigung für diese Freisetzungen läuft noch bis zum Jahre 2006..
Von Anfang an wurden diese Gentechnikversuche in Schönfeld von einer Bürgerinitiative, dem Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche, kritisch begleitet. Die Mitteilung des Chemiekonzerns hat beim Barnimer Aktionsbündnis großes Erstaunen und Freude ausgelöst. Erstaunen deshalb, weil die Freilandversuche von AgrEvo jetzt plötzlich, sieben Jahren früher als geplant beendet werden. Ausserdem stellen die GentechnikkritikerInnen die Frage, warum die AgrEvo nur in Schönfeld die Versuche beendet und nicht auch die auf den anderen Versuchsfeldern? Das Aktionsbündnis vermutet hinter dem von der AgrEvo behaupteten "erfolgreichen Abschluss" etwas völlig anderes: massive Proteste.
Presseerklärungen, Podiumsdiskussionen und Postwurfsendungen informierten die Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden über die Existenz und die Gefahren der Freisetzungen. Mit vielfältigen Aktionen wie Protestwanderungen und Feldbesetzungen wurde Druck auf die AgrEvo ausgeübt. Höhepunkt des Prote stes war in diesem Jahr das Aktionscamp für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Zehn tagelang campten 20-50 Menschen ständig in der Nähe der Versuchsfelder in Schönfeld und Tempelfelde und verhinderten so während dieser Zeit die von der AgrEvo geplante Aussaat von gentechnisch manipuliertem Winterraps. Zahlreiche Aktionen unter anderem ein Besuch beim brandenburgischen Landwirtschaftsminister und die erste öffentliche Ernteaktion in Deutschland waren nun wohl der ausschlaggebende Punkt, der die AgrEvo zur Aufgabe bewegte. Die AgrEvo war immer bemüht, die Proteste zu kriminalisieren und einzuschüchtern. So verschickte sie z.B. Drohbriefe mit Schadenersatzforderungen und stellte Anzeigen gegen die GentechnikkritikerInnen Ergänzend zu den Aktivitäten des Barnimer Aktionsbündnises ernteten Unbekannte auch immer wieder die genmanipulierten Pflanzen vorzeitig ab.
Das Barnimer Aktionsbündnis wertet den Rückzug von AgrEvo aus Schönfeld als großen Erfolg. Es wird jetzt vor allem sein Augenmerk auf den Nachbarort Tempelfelde richten, wo der Gentechnikkonzern Monsanto manipulierten Mais freisetzt. Auch wird es darum gehen die örtlichen Bürgerinitiativen bundesweit zu vernetzen um gemeinsam ein Ende aller Freisetzungen von gentechnisch manipulierten Pflanzen durchzusetzen.

Kontakte und nähere Informationen:
Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche
c/o DOSTO, Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau, Tel./Fax: 03338/5590
e-mail: genaktionsbuendnis@bernau.net
http://www.bernau.net/home/dosto/gengruppe.htm







Raus aus den Löchern: Protokolle & Zukunftsmusik

I Einleitendes

Unter dem Motto `Raus aus den Löchern` hat am 25..9. im Mehringhof/Berlin ein sog. Maulwurfstreffen zu Strategien und Perspektiven linksradikaler Politik stattgefunden. Unmittelbarer Anlaß dieses erfreulich gut besuchten Treffens sind die bundesweiten Durchsuchungen am 6.7 gewesen, bei denen es laut offizieller Lesart um Hakenkrallenanschläge im Zusammenhang mit Castor-Transporten, de facto aber - so wie bei Repression immer - um Einschüchterung sowie breit angelegte Ausschnüffelei gegangen ist (was allerdings nicht bedeutet, daß das gleichzeitig gegen 11 Männer und Frauen eingeleitete 129a-Verfahren auf die ausschließlich leichte Schulter genommen werden sollte). Da also Staatsschutz-Repression immer nur bestimmte Menschen trifft, im Kern jedoch alle diejenigen meint, die praktischen Widerstand leisten, ist es aus unserer Sicht absolut wichtig gewesen, den am 6.7. unter dem Stichwort 'Goldene Hakenkralle' erfolgten Staatsschutzangriff nicht nur auf der Anti-Repressions-Schiene zu beantworten, sondern auch mit einem Maulwurfstreffen, d.h. einem Treffen, auf dem zuallererst Strategien und Perspektiven linksradikaler Politik verhandelt werden. Ob und inwieweit dies tatsächlich geglückt ist, darüber sind im Rahmen der Nachbereitung ganz verschiedene Einschätzungen abgegeben worden. Einigkeit bestand allerdings darüber, daß es prinzipiell erforderlich ist bzw. wäre, Treffen wie das am 25. 9. zu einer Art regelmäßigen, möglichst ¼-jährlichen Institution zu machen - und das aus mindestens 3 Gründen:

1. Zunächst sind solche Treffen immer auch ein soziales Ereignis des gegenseitigen Kennenlernens bzw. Wiederbegegnens. Die diesbezügliche Bedeutsamkeit sollte insbesondere in lausigen Zeiten wie den gegenwärtigen nicht unterschätzt werden.
2. Desweiteren sind solche Treffen eine geeignete Möglichkeit für die jeweiligen TeilbereichsaktivistInnen (welche wir alle sind), Diskussionen auch aus anderen (als den eigenen) Bereichen mitzubekommen, ohne immer schon mit überhöhten Ansprüchen oder konkretem Handlungsdruck konfrontiert zu sein.
3. Der wichtigste Grund, sich regelmäßig zu treffen, ist aber, daß wir - jedenfalls aus unserer Sicht - nur unter der Bedingung eine Chance zur Widererlangung politischer Handlungsfähigkeit haben, daß es uns endlich gelingt, die uns gemeinsam betreffenden Fragen und Probleme nicht nur kollektiv, sondern auch kontinuierlich, verbindlich und ergebnisorientiert auszudiskutieren.

Damit es allerdings tatsächlich zu einem kollektiven und somit erfolgreichen Diskussionsprozeß kommt (welcher überdies Anknüpfungspunkte für etwas weiter wegstehende Spektren bieten sollte), bedarf es in unseren Augen folgender Mindest-Rahmenbedingungen:

- Um möglichst viele Zusammenhänge einzubinden, sind im Vorfeld gezielte und persönliche Ansprachen erforderlich, lokal wie überregional. (Auf wen allerdings zugegangen, d.h. wie breit das Ganze angelegt sein sollte, darüber konnten wir noch nicht so recht Einigkeit erzielen. Klar ist lediglich, daß wir um so unkomplizierter in die Breite gehen können, je verankerter ein entsprechendes Diskussionsforum ist.)
- Auch scheint es uns sinnvoll zu sein, weitere Treffen auf eine Weise bekanntzumachen, daß möglichst wenig soziale sowie kulturelle Hürden aufgebaut werden. Deshalb sollte beim nächsten Mal auf Maulwurfs-Design u.ä. verzichtet werden.
- Zur Gewährleistung des kontinuierlichen Diskussionsprozesses ist es außerdem erforderlich, die jeweiligen AGs möglichst kontinuierlich stattfinden zu lassen. Hierfür sollten einerseits Protokolle sowie andererseits rechtzeitig bekannt gemachte Thesenpapiere angefertigt werden. Nur so ist wenigstens halbwegs sichergestellt, daß nicht immer wieder von Neuem losdiskutiert werden muß.
- Schließlich gilt es auch zu berücksichtigen, daß viele Probleme und Fragen alle Teilbereichsbewegungen gleichermaßen angehen. Dies wirft das Problem gemeinsamer Fragestellungen auf, die von allen auf die eine oder andere Weise bearbeitet werden müssten. Diesbezüglich haben wir uns - jedenfalls vorläufig - auf folgenden Modus verständigt: Für jedes Treffen sollteN eine oder mehrere SchwerpunktfrageN bestimmt und in entsprechenden Einleitungsreferaten aufbereitet werden. Die Diskussion dieser Schwerpunktfragen sollte dann jedoch in den einzelnen Teilbereichs-AGs erfolgen. Erst auf dieser Grundlage sollten schließlich die entsprechenden Teilbereichs-Ergebnisse zusammengetragen und *vergleichend* diskutiert werden. Damit ein solches Vorgehen wirklich klappt, ist es allerdings erforderlich, daß die AGs entsprechend vorbereitet, d.h. also untereinander koordiniert sind; ohne Extraarbeit dürfte dies wohl kaum zu haben sein...

Soweit; es bleibt die Aufforderung, Euch jetzt schon Gedanken darüber zu machen, ob und wie Ihr Euch an diesem Quasi-Organisationsversuch beteiligen möchtet. Das nächste Treffen ist von uns für einen oder zwei Tage des Wochenendes 11./12.12. ins Auge gefasst. Neben den bereits stattgefundenen sowie weiteren AGs sollte es dort auf jeden Fall auch einen Austausch über den am 30.11 hoffentlich erfolgreich über die Bühne gegangenen People-Global-Action-Day geben!

II Zum Verlauf des Tages

Gekommen waren ca 100 Männer und Frauen aus den verschiedensten autonomen sowie linksradikalen Zusammenhängen. (Umgekehrt sind jedoch manche Zusammenhänge überhaupt nicht vertreten gewesen.) Mehrere kamen überdies aus anderen Städten.
Auf dem Eröffnungsplenum wurden 2 Referate gehalten: eines - aus Anlaß des Treffens - zur staatlichen Repression und eines zur Bündnispolitik. Die Thesen beider Referate sollten eine Art gemeinsamer Leitfaden für das Gespräch in den einzelnen AGs bilden. Hierzu ist es allerdings kaum gekommen, u.a., weil die entsprechenden

Thesen aus zeitlichen Gründen nicht vorher bekanntgemacht werden konnten.(Zum Thema Bündnisse gab es außerdem 2 Thesenpapiere, von denen das eine bereits in der vorletzten Interim-Ausgabe erschienen ist. Und auch lagen Debattentexte der letzten Jahre aus, um so wieder mehr Kontinuität und Bezüglichkeit in unseren Diskussionen zu ermöglichen.) Bezüglich der AGs ist noch zu vermerken, daß eine kurzfristig angebotene AG zu antipatriarchaler Politik (gemischt) stattgefunden hat; diese AG trifft sich erfreulicherweise auch weiterhin.
Nachdem die Gruppen 3-4 Stunden getagt und sich alle nochmal mit Essen und Trinken gestärkt hatten, trafen wir uns ein weiteres Mal zum gemeinsamen Abschlußplenum. Die einzelnen AGs berichteten von ihren Diskussionen, wobei sich eine kurze Kontroverse um die Frage der Zusammenarbeit mit den Grünen entspann: Die einen lehnten eine solche kategorisch ab, weil deren Kriegsbefürwortung im Kosovokonflikt eine unvergleichliche Zäsur darstelle. Andere dagegen wollten sich einer derartigen Entscheidung - jedenfalls in besagter Konsequenz - nicht anschließen, da mensch z.B. im Antira-Bereich in Brandenburg nicht die gleichen Maßstäbe anlegen könne wie in einer Großstadt mit einer insgesamt stärkeren Linken.
Leider blieb es bei einem kurzen "Schlagabtausch" und weitere Diskussionen entwickelten sich nicht, sicher auch wegen der fortgeschrittenen Zeit. Die geäußerte Stimmung für ein Nachfolgetreffen war recht positiv, wozu sicherlich auch die recht angenehme Gesprächsatmosphäre während des Tages mitbeigetragen hat. Betont wurde aber auch, daß solche Treffen nur dann Sinn machten, wenn sie zu einer gewissen Kontinuität und somit Verbindlichkeit führen würden.
Zu erwähnen ist schließlich noch die anschließende Soli-Party in der Yorckstraße, welche zwar als Party nicht der Brüller war, trotzdem aber Soli-Kohle zusammengebracht hat.(Ärgerlich - und alles andere als kollektiv - ist hierbei jedoch gewesen, daß die Aufräumarbeiten an praktisch nur einer Person hängengeblieben sind...)

III Antira am Beispiel Grenzcamp und der Aktion "Noteingang"

Da die ca 30 TeilnehmerInnen beider AGs es für besser hielten, gemeinsam den Bericht aus Straußberg zur "Aktion Noteingang" sowie die Thesen der Grenzcamp-Diskussion zu hören, begannen wir gemeinsam und trennten uns nach 1,5-stündiger Diskussion in 2 nicht thematisch getrennte Gruppen.
Bericht und Einschätzung zur "AN": Die InitiatorInnen werteten die Aktion als Erfolg. In vielen Brandenburger Städten versuchten sie, Läden und Einrichtungen zum Anbringen des Aufklebers "Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen" zu motivieren. Der Effekt war sehr unterschiedlich von Ort zu Ort. 20 – 50% der Angefragten brachten den Aufkleber an . Als wichtig wurde eingeschätzt, daß die Aktion zuvor durch Medien bekannt gemacht war, mit örtlichen Antira-Initiativen wie der "Opferperspektive" zusammengearbeitet wurde und nur Leute aus den jeweiligen Städten selbst rumgingen. Interessierte aus anderen Städten übernahmen die Aktion, so daß eine Art "Dominoeffekt" eintrat. So war auch die örtliche Verankerung gegeben. Die Brandenburger Staatspropaganda "tolerantes Brandenburg" wurde offen kritisiert, was die Streichung von Geldern zu Folge hatte. Auch sonst waren die AktivistInnen offen als Linksradikale aufgetreten.

Als Erfolg werteten sie, daß das Thema Antira und Handlungsmöglichkeiten in Teile der sog. normalen Bevölkerung getragen wurde und Diskussionen darum stattfanden, auch wenn am Ende oft kein Aufkleber im Fenster hing. Außerdem hat sich die Vernetzung unter den aktiven Linken in Brandenburg verstärkt, die sich auch auf andere Politikfelder auswirkt, weil dort die wenigen Aktiven meist alle möglichen Bereiche beackern. In punkto Bündnispolitik sagten sie, daß sie auch von liberalen Organisationen, Kirchen oder Parteilinken unterstützt wurden, ein konkretes Bündnis aber nur mit denen eingegangen sind, die direkt am Läden-Abklappern beteiligt waren. Dabei ist für sie eine konkrete Faßbarkeit der Linken und persönliche Kontakte Voraussetzung, da es oft Einzelpersonen sind, die sich für eine Zusammenarbeit oder Bündnisse engagieren. Sie haben auch Interesse, den kritischen Austausch mit Berliner Gruppen zu intensivieren, teils auch grade weil so unterschiedliche Bedingungen herrschen. Insgesamt hatte die "AN" eher einen aufklärerischen Charakter.

Zum Grenzcamp gab es ein Thesenpapier mit der Zuspitzung: Zwischen Aufklärung und Provokation, mit oder gegen die Bevölkerung? Im Unterschied zur "AN" war das Camp eindeutig weniger auf reine Aufklärung angelegt. Es ging vielmehr darum, einer Bevölkerung, die massiv der Propaganda gegen Flüchtlinge ausgesetzt ist und der es durch die Grenzsituation einfach gemacht wird, sich aktiv an der Hetze und Jagd gegen Flüchtlinge zu beteiligen, etwas entgegenzusetzen. Es war nicht unser vorrangiges Interesse aufzuklären. Der Schwerpunkt lag in der Konfrontation u.a. der Bevölkerung mit einer antistaatlichen, antirassistischen Haltung und Praxis. Der Effekt hiervon war bzw. sollte sein, durch unmittelbare Konfrontationen eine derartig persönliche Betroffenheit zu schaffen, daß es für die Betroffenen - v.a. vor dem Hintergrund ihrer eigenen Reaktionen – geradezu unumgänglich wird, sich mit dem eigenen Handeln und Denken auseinanderzusetzen. (These: Aufklärung und Provokation können auch gleichzeitig stattfinden). Unnötige Abschreckung sollte vermieden werden, jedoch nicht um den Preis, nicht mehr authentisch zu sein. Das beinhaltete auch, die Bevölkerung mit unseren doch rechtverschiedenen Lebens- und Umgangsweisen zu konfrontieren. Ob dann das persönliche Gespräch eine abschreckende oder aufklärende Wirkung hat, liegt nicht nur an uns. Zusätzlich ist unser Manko oft eine Art Berührungsangst und die Unfähigkeit, uns einzelnen Interessierten gegenüber ausreichend erklären zu können.
Die Diskussion um Vermittelbarkeit reichte von der Absicht, Zustimmung erlangen zu wollen, bis zum Interesse, Zusammenhänge begreifbar zu machen und unsere Aktionen in den Kontext antirassistischer Politik zu stellen, auch wenn mensch durch die gewählte Aktionsform Ablehnung erntet – unsere Inhalte werden größtenteils sowieso nicht geteilt, egal wie angepaßt wir daherkommen. Die Wichtigkeit, von Rassismus Betroffene durch eine antirassistische Praxis zu unterstützen und Mut zu machen, steht teils auch quer zur erstgenannten Absicht. Auch richtet sich das Aufzeigen von Alternativen zur gängigen denunziatorischen Handlungs- und Denkweise an den kleinen Teil, der sich nicht in diese Muster einfügen mag und unterstützt werden kann, vor Ort antirassistisch zu handeln (siehe die kleine Flüchtlings-Unterstützungsgruppe, angeregt durch das Camp).
Die Situation vor Ort machte es auch schwer, BündnispartnerInnen zu gewinnen, so daß es eher eine grundsätzliche Frage ist, ob mensch dort ein antirassistisches Camp machen kann. Trotzdem wurde von der Campvorbereitung schon selbstkritisch betont, daß bei einem wiederholten Camp die Versuche verstärkt werden

müßten, im Vorfeld dort eine bessere Verankerung zu erreichen. Auch um dem bekannten Antifa-Demo-Effekt: in die Provinz einzufallen, "Scherben" oder so nstwas zu hinterlassen und dann einfach weg in der sicheren Großstadt zu sein, ein wenig vorzubeugen.
Dazwischen drehte sich die Diskussion noch um die Punkte: Abgrenzungen auch unter uns aufbrechen sowie Offenheit gegenüber anderen Positionen, ohne sie deshalb nicht kritisieren zu dürfen. Bündnisse müßten als kurzfristige Zweckbündnisse auch mit "weiter Entfernteren" möglich sein, bei gegenseitigem Respekt und ohne Selbstverleugnung, gemäß der örtlichen Bedingungen;
Das Interesse an weiteren Vernetzungstreffen und gegenseitigem Austausch über die jeweiligen Politikfelder hinaus war allgemein.

IV Darstellung der Diskussion der Abeitsgruppe „Möglichkeiten und Voraussetzungen antisexistischer Politik"

Ausgangspunkt der Diskussion war die Thematisierung des Geschlechterverhältnisses; insbesondere der Umgang mit sexueller Gewalt in der linksradikalen Szene. Später ging es um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit gemischtgeschlechtlicher antisexistischer Politik.

A: Es fehlt ein politischer Begriff von Sexualität und Emotionalität. Daher ist der Umgang mit zum Beispiel Akten sexueller Gewalt nur formal und fetischhaft. Interventionen feministischer Gruppen werden oft nicht verstanden.
B: Das Thema Geschlechterverhältnis ist marginalisiert, im Alltag nicht wirklich präsent; wird nur Thema in Reaktion, und dann ist die Auseinandersetzung „vertrocknet, angelesen" im Stil (es schlägt die Stunde der „PC-Robots"), und die Auseinandersetzung schläft bald wieder ein.
C: Das Problem des Sexismus wird individualisiert, es ist aber ein Strukturelles...: Projektion, Sündenbocksuche...
A: Richtig, aber: ein Objektivismus, der nur die Struktur sieht, und nicht den Akteur, kann auch zur Flucht vor der Verantwortung fürs eigene Handeln benutzt werden.
D: Wann ist „Täterarbeit" sinnvoll, wenn überhaupt?
E: Das Grungproblem ist doch, daß eine echte Auseinandersetzung mit dem eigenen Sexismus Freiwilligkeit voraussetzt. Man kann sie fordern, aber nicht erzwingen.
A: Mit „Arbeit an sich selbst" nach einem Akt sexueller Gewalt anzufangen, ist natürlich viel zu spät. Die hätte Jahre vorher beginnen müssen.
E: Angesichts der desolaten Situation innerhalb der „Szene", ist es nicht verfehlt, über Möglichkeiten antisexistischer Politik im Sinne von klassischer politischer Praxis/Kampagne auch nur zu spekulieren?
F: Den Zeitpunkt, an dem alle Widersprüche in der Szene gelöst sind,wird es sowieso nie geben. „Selbstveränderung" und „draußen was machen" sollten kein absoluter Widerspruch sein.
Mit den Konflikten und der Auseinandersetzung um Sexismus nach draußen zu gehen und damit in der Gesellschaft Leute zu gewinnen, wäre eine mögliche Strategie...
Es ist auch ein Trugschluß, zu glauben, z.B. Antifa wäre ein einfacheres, weniger persönliches Thema, als Patriarchat: jede Politikform sollte reflektieren, daß Herrschaft verinnerlicht ist.
A: In anderen Worten: Der „Feind" ist nie nur draußen, sondern immer auch in uns, ob wir nun als Weiße antirassistisch, oder als Männer antisexistisch handeln wollen.
Was sind die tieferen Gründe der Misere bzgl. Geschlechterverhältnis und antisexistischer Politik in der gemischten linksradikalen Szene? Was wären geeignete Themen für eine antisexistische gemischte Kampagne? Welche Voraussetzungen müßten erfüllt sein, damit eine solche Kampagne stattfinden kann?
Ein Themenvorschlag, der schonmal in diesem Zusammenhang diskutiert wurde, war: Sextourismus, globaler Frauenhandel.
E: Die Aktionsformen selbst müßten sich ändern, in der Richtung ist wenig gelaufen...
F: Zu den Gründen der Misere: erstmal die allgemeine Diskontinuität linksradikaler Politik, dann, spezifisch für das Geschlechterverhältnis: viele Männer setzen Beschäftigung mit „AntiPat" gleich mit Druck, Verzicht, Askese- ein Moment von Befreiung, auch für die Privilegierten, wird nicht sichtbar. Viele Frauen sind es müde, die Auseinandersetzung einzufordern. Eine gemischte antisexistische Politik ist nur als vorsichtige und punktuelle Zusammenarbeit denkbar.
A: Die Entwicklung der „Männergruppenszene" in den letzten 15 Jahren zeigt eine Verschiebung von zumindest dem Anspruch nach profeministischer Solidarität hin zur Entdeckung „authentischer männlicher Bedürfnisse". Die Thematisierung der eigenen Motivation und der eigenen Befreiung von Männern war meist mit immer stärkeren antifeministischen Ressentiments gekoppelt. Es ist zwar wichtig, den „subjektiven Faktor" ins Spiel zu bringen, aber wie? ist die Frage. Auf jeden Fall dürfen die Machtverhältnisse und Interessenkonflikte nicht aus dem Bilck geraten...
Vielleicht können Ansätze von queer politics beispielhaft für gemischte antisexistische Politik sein. Aber ohne den Anspruch auf eine gemeinsame Analyse aufzugeben.
C: „Aus sich selbst heraus" entwickelte antipatriarchale Standpunkte von Männern sind nötig, nicht nur Solidarisierung mit Frauen; Aktionen sind wichtig, nicht nur Diskussion.

A: Wie weiter mit dieser Diskussion?
E: Weiterdenken und Öffentlichmachen. Weiteres Treffen im Hinblick auf eine Infoladen-Veranstaltung...
C: Veranstaltung im Hinblick auf Aktion. Antipatriarchale Standpunkte mit „Verbindung zur Welt": Geschlechterverhältnis in Verbindung mit der Situation in der EU, der Immigration, der Arbeit bringen. Ethnizität/Nationalität/Geschlecht versuchen zusammenzudenken.
B: Themen wie Sexindustrie/Prostitution für eine Kampagne sind fragwürdig; mensch sollte einen Ansatzpunkt wählen, wo mann Täterschaft nicht auf andere abschieben kann.
D: Welche Rolle spielen Gewalterfahrungen von Frauen in einer gemischten Diskussion zu Patriarchat/Sexismus?
A: Eine gemischte Diskussion kann die Geschichte von Verletzungen in der Diskussion um Patriarchat nicht beiseitewischen.
Ein theoretischer Rahmen, in dem mensch z.B. sexuelle Gewalt, emotionale Ausbeutung, Ausbeutung unbezahlter Arbeit und Diskriminierung in der Lohnarbeit integrieren könnte hätte den Vorteil, daß keiner mehr sagen könnte, er hätte „damit" nichts zu tun. Einen solchen Rahmen würde folgende These schaffen: sexuelle Gewalt ist zwar ein wichtiges Element in patriarchaler Vergesellschaftung, das zentrale Paradigma von Patriarchat ist aber nicht sexuelle Gewalt, auch nicht ökonomische Ausbeutung, sondern die Ausbeutung der Fähigkeit, Menschen zu produzieren (nicht nur biologisch, sondern auch psychisch/sozial) und zu reproduzieren.

V Anti-Expo-AG

In dieser AG ging es zunächsteinmal um pure Faktenvermittlung, also darum, was es überhaupt – inhaltlich wie organisatorisch – mit der Expo 2000 auf sich hat. Konkret wurde diesbezüglich zweierlei angesprochen:
Zum einen sollte gezeigt werden, inwieweit die Expo 2000 nichts anderes als eine riesige, zukunftsbezogene Akzeptanzmaschinerie ist, welche zwar „Lösungsbeiträge für die drängenden Menschheitsfragen" verspricht, hierunter jedoch lediglich ein Mehr an Marktwirtschaft, Gentechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Bevölkerungskontrolle in den arm gehaltenen Ländern des Südens begreift.
Zum anderen sollte herausgearbeitet werden, auf welch' verschiedenartige Weise die Expo 2000 bekämpft werden kann. Konkret wurden zwei Zugangsweisen unterschieden, welche allerdings nicht so sehr als Gegensatz verstanden werden sollten, sondern vielmehr als unterschiedliche Akzentsetzungen:

- Die erste Zugangsweise wurde als diskurskritische bzw dekonstruierende bezeichnet; danach würde Anti-Expo-Arbeit erst einmal darin bestehen sich ausführlich und kritisch (= dekonstruierend) mit den Inhalten der Expo auseinandersetzen, d.h. mit all denjenigen Ideologemen bzw. Diskursen, mittels welcher die ExpomacherInnen es verstehen die vorgebliche Unausweichlichkeit des derzeitig herrschenden Gesellschaftsmodells zu propagieren und somit Technikakzeptanz zu schaffen, Fortschrittsglaube zu verbreiten sowie die Identifikation mit dem herschenden Kulturverständnis zu befördern.
- Die zweite Zugangsweise wurde als Trittbrettfahrer-Variante charakterisiert: Danach sollten die Inhalte und Strukturen der Expo eher Ausgangspunkt, d.h. Trittbrett dafür sein, die eigenen Inhalte zum Gegenstand öffentlicher Wahrnehmung und Auseinandersetzung zu machen. So könnte zum Beispiel herausgestellt werden, daß die Expo Gentechnik als geeignetes Lösungsinstrument der sogenannten Hungerproblematik propagiert (und darin Herrschaftsverhältnisse verschleiert), um von diesem Trittbrett aus sodann eine eigenständige Kampgne zu lancieren, in welcher die wirklichen Ursachen weltweiten Hungers sichtbar gemacht werden.

Vor dem Hintergrund dieser Faktenvermittlung wurden anschließend in einem zweiten Schritt vor allem praktische bzw. strategische Fragestellungen bearbeitet, insbesondere die folgenden beiden:

- erstens die, wie die Koordination der ganz verschiedenartigen Anti-Expo-Teilbereichskampagnen konkret aussehen sollte. Dies klar zu zeigen, ist absolut zentral, droht doch andernfalls der Anti-Expo-Widerstand um just diejenigen Chancen gebracht zu werden, die sich daraus ergeben, das die Expo mit ihrer vielfältigen Themenpalette einen gemeinsamen und somit geeigneten Bezugspunkt für verschiedenste Teilbereichsbewegungen darstellt.
- zweitens die, wie der Anti-Expo-Widerstand dafür sorgen könnte, daß sich die lange Dauer der Expo nicht lähmend sondern vielmehr beflügelnd auf ihn auswirkt. Konkret bedeutet dies, über gemeinsame bzw. koordinierte Aktionstage und -wochen nachzudenken. Geplant sind bislang – neben den globalen Aktionstagen am 30.11. und 1.5. – eine Aktionswoche vom 26.5.bis zum 4.6., beginnend mit einer Großdemonstration sowie endend mit den Innenstadtaktionstagen am 3./4.6. in Hannover. Außerdem soll es am 3.10. einen antinationalen Aktionstag geben.)

Es bleibt der Hinweis, daß sich in der Zwischenzeit auch in Berlin ein offenes Anti-Expo-Plenum gegründet hat; nächstes Treffen:

Donnerstag, 4. November, 20 Uhr, Blauer Salon/Mehringhof (14-tägig).

Welche sich über die Expo informieren möchten, die seien insbesondere auf die beiden Anti-Expo-Reader verwiesen; (erhältlich in fast allen Infoläden oder bei der Anti-Expo-AG, c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c, 30167 Hannover); ebenfalls informativ ist der Anti-Expo-Rundbrief sowie das Infopaket zur Expo 2000 (beides erhältlich bei: Büro für mentale Randale, Wickingstraße 17, 45657 Recklinghausen); und auch ist es immer ein Erlebnis wert, sich ausführlich mit den Broschüren und Info-Paketen der Expo-MacherInnen selbst auseinanderzusetzen. (Ach ja, nicht zu vergessen ist natürlich auch: Mailingliste, Karawane @ mail.nadir.org.)

VI Protokoll der Anti-Militarismus-AG

Auf dem Maulwurfstreffen gab es auch eine Antimilitarismus-AG, die von einigen Leuten aus Gruppen dieses Spektrums vorbereitet wurde. Mit einer kurzen seperaten Einladung sollten Gruppen und Einzelpersonen aus der radikalen Linken angesprochen werden, die während des Kosovo-Krieges oder generell zum Thema arbeiteten. Angestrebt war auch mit Leuten aus dem antimilitaristischen Spektrum, die keinen expliziten linksradikalen oder autonomen Ansatz verfolgen, zu diskutieren. Diese waren leider nicht anwesend, und auch die Beteiligung der anderen eingeladenen Gruppen hielt sich in Grenzen. Thema sollte vor allem ein Rückblick auf den Kosovo-Krieg und das Versagen der Linken in diesem Zusammenhang, eine Situationsanalyse und Diskussion um zukünftige Interventionsmöglichkeiten antimilitaristischer Politik sein.
In der Konzeption der AG war vorgesehen, daß die Gruppen kurz etwas zu ihrem Ansatz und politischen Selbstverständnis äußern, um dann in die Diskussion einzusteigen. Uns war es wichtig, nicht mit Frontalreferaten die gewünschte Auseinandersetzung zu ersticken.
Dabei wurde deutlich, daß einige der anwesenden Gruppen sich im größeren Zusammenhang eher als AntiimperialistInnen, bzw. als Antinationale/Antideutsche begreifen, die sich in diesem Zusammenhang selbsverständlich auch gegen neue Großmachtbestrebungen Deutschlands im Rahmen der NATO verhalten. Ein nur auf Antimilitarismus reduziertes Verständnis wurde aus dieser Sichtweise eher kritisiert.
Einigkeit bestand bei allen darüber, daß sich bis Kriegsbeginn trotz nicht besonders positiver Einschätzung der Situation der Linken niemand ein derartiges Ausmaß an „Agonie des Widerstands" hätte vorstellen können. Für uns blieb die Frage nach deren Ursachen. Einige Ansatzpunkte waren:
-Entpolitisierung in der Linken, daraus folgend eine Schwächung klarer Positionen gegen Imperialismus und Krieg; Notwendigkeit der Diskussion solcher Positionen.
-offenbar sind doch sehr viele Leute der rot-grünen Variante der Kriegslegitimation auf den Leim gegangen
-zuwenig inhaltliche Klarheit über die Kriegshintergründe

dagegen allerdings auch die polemische Zwischenfrage wieviel Analyse für die Ablehnung deutscher Kriegsbeteiligung im Besonderen und NATO-Kampfeinsätzen im Allgemeinen eigentlich notwendig ist.

Es lag zu Beginn des Treffens ein Papier zur „Neubestimmung der Bündnispolitik..." von Leuten aus der Gesamtvorbereitung vor, welches in unserer AG mit großem Unverständnis und Ablehnung zur Kenntnis genommen wurde. In diesem Papier wurde zumindest äußerst mißverständelich formuliert, Bündnisspolik zukünftig „strategisch und mit langem Atem" zu gestalten und das „persönliche Gespräch mit wichtigen Leuten aus dem sozial-grün-liberalen Lager zu suchen". Ausgerechnet „dabei sollten wir mit offenem Visier arbeiten..., mit der erklärten Absicht gemeinsame Politik mit zunächst ganz kleinen Schritten zu machen". Eine Reflektion, was Bündniss-Politik eigentlich ist und wofür genau dieses politische Spektrum seit September '98 unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen steht, wäre vielleicht ganz hilfreich. Sind hier die Wenigen gemeint, die ihre bisherige Rolle kritisch reflektiert haben, und sich von den betreffenden Parteien abgewendet haben und jetzt nach anderen Wegen außerparlamentarischer Politik suchen ? Das sollte dann aber vielleicht auch so klar gesagt werden. In der AG war jedenfalls Konsens bei allen Beteiligten, daß es nach dem Krieg kein Bündniss mit den Grünen mehr geben kann, auch wenn sie demnächst in der Opposition wieder Umarmungsstrategien versuchen werden...Fazit: es ist auf jeden Fall notwendig nach der offiziellen Beendigung des Krieges nicht in den Löchern zu verschwinden, sondern die Auseinandersetzung um das Versagen der radikalen Restlinken in diesem Krieg am laufen zu halten, um auf die Militärinterventionen Deutschlands und der NATO nicht wie beim letzten mal vor dem Nichts zu stehen.

VII AG „Anti-Atom" des Maulwurftreffen"

Konsens bestand in der Analyse, die in dem vorbereiteten Arbeitspapier zur aktuellen politischen Lage und speziell zu den Grünen, aufgezeigt worden war: Den Grünen kommt (wie schon beim Kosovo-Krieg) die historische Rolle zu, außerparlamentarischen Protest- und Widerstand gar nicht erst entstehen zu lassen. D. h. konkret, die erfolgreiche Verstopfungsstrategie der Anti-Atom-Bewegung aufzuweichen und nicht nur das Überleben der Atomwirtschaft abzusichern, sondern darüberhinaus der Atomwirtschaft zur Modernisierung zu verhelfen. Die Grünen spielen dabei die Rolle der nützlichen Idioten.

Einige (unvollständige) Beispiele:

- Atomwirtschaft hat sich in allen Bereichen durchgesetzt und diktiert die Bedingungen, wie
- Beendigung der teuren Wiederaufarbeitung
- Zwischenlager an den AKW unter Verkürzung der Genehmigungsverfahren
- Erteilung von Sondergenehmiguungen für Castoren als Lagerbehälter an den AKW
- Laufzeiten der AKW werden nicht begrenzt, kein AKW abgeschaltet
  Aufstockung der Mittel für das Kernfusionsprojekt in Greifswald -
- Bewilligung zum massiven Ausbau der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementfertigung in Lingen
- Export und Verbleib von abgereicherterem Uran nach Rußland
- Bewilligung von Mitteln zum Fertigbau zweier AKW in der Ukraine (Siemens)
- Bewilligung von Mitteln zur Modernisierung eines slowakischen AKW (Siemens)
- Zustimmung zum Weiterbau des Bombenreaktors FRM II in Garching (Siemens) -
- Zustimmung zum Export von Atom-Technik, z.B. AKW in die Türkei, Ungarn, Bulgarien, Weißrußland Tschechien, Litauen durch Siemens
- Zustimmung zum Export der Brennelementfertigung nach Rußland durch Siemens
- Keinerlei Aktivitäten im Rahmen der Globalisierung des Strommarktes zur Verhinderung von billigem Atomstrom
-

Für ihr Scheitern haben die Grünen bereits Schuldige ausgemacht: Ohne den Druck der Anti-Atom-Bewegung auf der Straße könnten sie sich im Parlament nicht durchsetzen. (selten so gelacht). Der Kampf gegen die Atomwirtschaft wird auch ohne, oder besser gegen, die Grünen weitergehen. Über die richtigen Strategien wird innerhalb der Anti-Atom-Bewegung viel geschrieben und heftig diskutiert. In der Arbeitsgruppe wurden die verschiedenen Stand- und Schwerpunkte deutlich. Diskutiert wurden folgende Themen:

- *Rolle und Umgang mit den Grünen*
  Als Gegner gehören sie nun zum Feindbild. Der Schritt zu persönlichen Konsequenzen wird aber in den meisten Fällen noch nicht vollzogen. Funktionsträger, statt Einzelpersonen, sollten klar ausgegrenzt werden, die Abgrenzung aus politischen Gründen ist dabei herauszustellen.

  Wird es den Grünen gelingen den Widerstand einzulullen? Also Resignation, oder wird eine "Jetzt erst recht"-Haltung neuen Schwung bringen?

  Die Grünen sind dabei nicht nur den Ausstieg aus der Atomkraft zu verkaufen, auch die politische Kultur wird von ihnen verkauft.
- *Der nächste Castor*
  Kommt bestimmt, frühestens im Januar. Darf diesmal wirklich <u>nicht</u> durchkommen!
  Ist ein Symbol mit hoher Brisanz und die Nagelprobe für die Koalition.
  Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit ist nicht angesagt, da breite Mehrheit weiß worum es geht.
  Als Linke in der Anti-Atom-Bewegung sollten wir die politische Dimension herausstellen und uns nicht an der Sicherheitsdebatte beteiligen.

- *Bündnisse künftiger politischer Arbeit*
  Grüne sind keine PartnerInnen mehr, entsprechende Beschlüsse waren bei den letzten beiden Konferenzen der Anti-Atom-Bewegung bereits eindeutig. Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen wie Antifa, AntiRa oder Arbeitslosen gibt es bisher kaum, wäre aber wünschenswert und anzustreben, z. B. durch inhaltliche Angebote auf Camps.

- *Ist eine Focussierung wie auf die Castor-Transporte, auch für andere Bereiche, wie Siemens, Energiever-*

sorgungsunternehmen oder Urantransporte denkbar?
Im Prinzip ja, aber sehr schwierig, da sich erfolgreicher Widerstand in der Vergangenheit immer im Zusammenhang mit regionalen und sozialen Komponenten entwickelte. Deshalb konnte sich im Wendland langfristiger Widerstand entwickeln, während z. B. Siemens-Kampagnen in der Bedeutungslosigkeit versickerten.

Eine Thematisierung der Brennelementfertigung und der damit verbundenen Uran-transporte (UF6) wäre wünschenswert, muß aber langfristig entwickelt werden. Gerade im Zusammenhang mit dem Vorwurf der nationalen Borniertheit der Anti-Atom-Bewegung könnten hier die internationalen Zusammenhänge der Atomwirtschaft, aber auch des Widerstands, deutlich werden.

- *Sind Massenproteste das Mittel schlechthin?*
  Klares Jein! Für den politischen Erfolg ja, aber zuwenig für den politischen Anspruch.
  - *EXPO: Siemens und Modell des EPR (neue Reaktorgeneration) könnten Ziele der Anti-Atom-Bewegung werden. Vorteile: Zu erwartende Medienpräsenz. Chance für Bündnispolitik. Nachteil: Ist nur ein Baustein.*

Resummee

Die Entwicklung einer Uran-Kampagne wäre nett!

Der nächste/erste Castor darf nicht durchkommen!

Ausstellung über die Geschichte der Roten Hilfe
1.11.-14.11. Kaderschmiede Rigaerstr.94
15.11.-30.11. Köpi, Köpenickerstr.137

Hallo Cafe Morena!

PECH gehabt!

...dabei ist es bei euch ja so schön.
Zu unserem großen Erstaunen hat am Spreewaldplatz in Kreuzberg ein antirassistisches, antifaschistisches zutiefst linkes Projekt seine Pforten eröffnet, das Morena. Geschmackvoll eingerichtet und ohne das etwas schmuddelige Ambiente, das solche verdienstvollen Einrichtungen im Normalfall auszeichnet. Auch der Milchcafe liegt deutlich über dem üblichen Volxküchenniveau - bravo!
Aber kaum hat sich das bei den KommunistInnen, ImmigrantInnen, sprich dem bunten Völkchen, das sich laut eurer Werbung in der letzten Interim bei euch so rumtreibt, herumgesprochen unterläuft euch ein tragischer Marketingfehler. Spaziert doch ganz ungeniert ein stadtbekannter Neonazi, der Berliner NPD Häuptling Andreas Storr, die schöne Wiener Straße entlang um ausgerechnet euer Vorzeigeprojekt mit einem Besuch zu beehren. Das ist ja auch erstmal nicht schlimm, denn der muss sich ja in Kreuzberg fühlen wie eine Immigranntin in Berlin Mahrzahn, nämlich ziemlich beschissen und das hätte sich miteurer Mithilfe auch noch steigern lassen. War der Ärmste doch eine halbe Stunde zuvor bei Karstadt am Hermannplatz unter dem hämischen Grinsen von AntifaschistInnen und EinkäuferInnen erkannt, angepöbelt und unter beifälligen Kommentaren der KassiererInnen aus dem Kaufhaus vertrieben worden.
Bei euch war es dann leider, leider ganz anders. Kaum hatte es sich der arme Andreas S. bei euch an der Theke gemütlich gemacht, um bei einem leckeren Tässchen Kaffee auf sein Taxi zu warten, sorgten zwei lärmende AntifaschistInnen für Unruhe. Gehen solle Andreas S. forderten diese von euch, denn er sei schließlich sei er ein Neonazi und hätte hier sicherlich nichts zu suchen.
Und hier schnappte dann die Falle zu.
Euer Personal dachte kurz nach, das klang garnicht nach einer Bestellung und wer schreit hat Unrecht, und bat in unfreundlichem Ton - »Die einzigen die hier Stress machen seit ihr« die AntifaschistInnen zu gehen. Andreas S. der sich schon sichtlich unwohl fühlte, wohlwissend was er und seinesgleichen in so einem Falle anstellen würden, konnte aufatmen. Auch die anwesenden CafebesucherInnen fühlten sich von den krakeelenden AntifaschistInnen eher belästigt, als von dem gutangezogenen Neonazi, der jetzt zu Hause erzählen konnte, dass es sich im ach so verrufenen Kreuzberg 36 doch ganz gut aushalten lässt. Er entschwand entspannt in einem Taxi, das er bei euch gerufen hatte.
Und das passt doch nicht so ganz zu eurem Marketingkonzept, das ihr in der Interim und auf den neuen Plakaten in eurem Fenster vertretet.
Deshalb raten wir euch: seit doch nett zu euren antifaschistischen BesucherInnen und setzt sie nicht vor die Tür wenn sie euch über Neonazis aufklären wollen, das ist besser fürs Geschäft und die Laune. Sicherlich kann mensch nicht jeden Neonazi sofort erkennen und die Arbeit in einem Cafe ist sicherlich stressig, aber für eure Kundschaft sollte ihr doch was tun. Das euer Ruf etwas gelitten hat, tut uns leid, war aber durchaus beabsichtigt und mancher Lernprozess ist etwas schmerzhaft. Damit euch sowas aber nicht nochmal passiert empfehlen wir euch den Kauf und das Studium der in linken Läden erhältlichen Antifapublikationen und vielleicht legt ihr auch das ein oder andere Exemplar bei euch aus. Wir wünschen ein gutes Geschäftsjahr 2000 und trinken unseren Kaffee auch in Zukunft lieber woanders.

Die antifaschistischen CafebesucherInnen

Kein Tässchen Kaffee, kein Telefonat, kein Platz an der Theke für Neonazis hier und anderswo !
Unterstützt die kritischen CafebesucherInnen von eurer lokalen Antifa, Prost!

[WIRD DIE BEGRIFFLICHKEIT DES SPACKENS SO VERSTANDEN, WIE SIE GEMEINT IST - ODER DROHEN NICHT DOCH MISSVERSTÄNDNISSE?]

Am 30.11. findet der 3. globale Aktionstag des Peoples Global Action-Netzwerkes statt. Aufhänger hierfür ist die Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle/USA. (Vgl. hierzu den im Anschluß abgedruckten Bericht von der zweiten Peoples Global Action-Konferenz in Indien, im August 1999). An diesem Aktionstag möchten wir uns mit einer (angemeldeten) Spackparade beteiligen, welche am Wasserturm in Prenzlauer Berg beginnen, alsdann eine Runde um den Kollwitzplatz drehen und sich schließlich nach und durch Mitte - mit Endstation Hackescher Markt - hindurchspektakeln könnte.

KONZEPT FÜR EINE:

Spackparade

GEGEN UMSTRUKTURIERUNG UND NEOLIBERALISMUS
AM 30.11., AB 19.30 UHR VON PRENZLAUER BERG NACH MITTE

Was aber ist das, eine Spackparade? Fangen wir damit an, was unter dieser auf keinen Fall verstanden werden sollte: Eine Spackparade ist zum einen keine Anti-BonzInnen-Parade, und das aus mindestens vier Gründen: *Erstens* sollte sich linksradikale Politik um gesellschaftliche Verhältnisse kümmern, nicht um BonzInnen, deren Existenz überhaupt erst durch besagte Verhältnisse ermöglicht wird. *Zweitens* ist die Sozialfigur der Bonzin eine viel zu eng und ungenau gestrickte; es gibt mehr BonzInnen, als mensch denkt! *Drittens* unterschlägt die Rede von den BonzInnen, daß bonziges Verhalten auch von solchen Menschen an den Tag gelegt wird, welche zwar gerne BonzInnen wären, dies aber nicht bzw. noch nicht sind. *Viertens* führt das Denken in BonzInnen-Schablonen deshalb in die Irre, weil es den Eindruck nahelegt, neoliberale Umstrukturierung bestünde in erster Linie aus Edel-Fresstempeln, Schickimicki-Läden, luxusmodernisierten Altbauwohnungen etc. Das aber ist falsch: Umstrukturierung umfaßt auch Multiplexkinos, Konsum- und Unterhaltungspaläste (wie z.B. die Potsdamer Platz-Arkaden), aufgenobelte U-Bahnstationen etc. Desweiteren sollte eine Spackparade aber auch nicht als autonomer Kiezspaziergang aufgefaßt werden, dessen vorangiges Ziel die Verteidigung sogenannter Freiräume ist. Derartiges Kampfesansinnen ist zwar ultranotwendig, sollte aber nicht mit Anti-Umstrukturierungs-Politik gleich- bzw. ineinsgesetzt werden. Denn unter'm Strich ist neoliberale Umstrukturierung nur vor dem Hintergrund global erfolgender Umstrukturierungsprozesse begreifbar!

Demnach sollten sich auf einer Spackparade lauter solche Menschen tummeln, die allesamt - jedenfalls irgendwie - um die Tumb- & Torheiten jedweder Anti-BonzInnen-Kiez-Romantik Bescheid wissen, die es umgekehrt aber *trotzdem* für angebracht halten, entlang einer Strecke zu paradieren, die mit ihren Restaurants, Gallerien, Lifestyle-Geschäften, Edelboutiquen etc. fast schon zum Sinnbild neoliberaler Umstrukturierung geworden ist! Denn daß Anti-BonzInnen-Kiez-Romantik nur um den Preis zahlreicher Verkürzungen zu haben ist, bedeutet ja keinesfalls, daß es nicht *trotzdem* erforderlich wäre, praktische Interventionspunkte zu bestimmen, von denen aus Umstukturierung und Neoliberalismus auf die Tagesordnung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen 'gepusht' werden könnte. Ja, und einer dieser Interventionspunkte ist eben das umstrukturierte Kiezquartier zwischen Kollwitzplatz und Hackeschem Markt.
Eingeladen zur Spackparade sind folglich alle, die abspakken möchten gegen Umstrukturierung und Neoliberalismus, die also Wut, Ekel und Verzweiflung nicht weniger zum Besten geben möchten als Lust, Sinnlichkeit und Kampfeswillen! Praktisch erfordert dies Phantasie genauso wie Mut und Entgrenzung - und somit das Motto: WERDET NÄRRISCH, FLIPPT AUS, SPACKT AB! [Baut Wägen, Betten und Anhänger, verkleidet Euch, rüstet Euch aus!]

Vorbild für ein derartiges Paraden-Spektakel, welches durchaus bissig & konfrontativ daherkommen sollte, könnten die diversesten Bausteine aus CSD-Umzügen sein, aus der Anti-Papst-Demo, den Auslach-Paraden des Militärs, den Anti-Gelöbnis-Aktionen, der legendären 1.Mai-Demo gegen nächtliche Ruhestörung etc. Stichwort Nacht: Aus mindestens drei Gründen sollte die Parade nicht vor 19.30 Uhr an den Start gehen: Erstens sind um diese Zeit besonders viele Menschen zu Hause. Zweitens sind gerade die Sauf- und Fressetablissements vor allem in den Abendstunden gefüllt. Drittens sind es nicht zuletzt die nächtlichen Stunden, welche die Phantasie und das Handeln beflügeln...

Es bleibt: Alle, die glauben, auf einer solchen Parade einen Ort für sich finden zu können, sind aufgefordert, dies mit selbstbestimmten Beiträgen zu tun. Dies umfaßt auch die Aufforderung, mit eigenständigen Flugblättern, Plakaten und Spuckis zur Parade zu mobilisieren! Ansonsten: Diskutiert, kommuniziert!

Ein P.A.R.A.D.E.N.K.O.M.I.T.T.E.E. [unter demnächst hoffentlich vielen K.O.M.I.T.E.E.S]

november 30th global, local, action, day

Der Grund

Am 30. November beginnt in Seattle die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) und damit eine neue Verhandlungsrunde. Diese Vereinigung ist seit Jahren für ihre bedingungslose Hingabe an freien Handel und die Etablierung der weltweiten Verwertbarkeit und Verwarenförmigung allen Lebens und seiner Bedürfnisse bekannt.
(Wer und welche noch nicht weiss, wie er oder sie das findet, sei auf die bewußtseinserweiternde Lektüre der Klassiker ...... verwiesen.
(Namen der Klassiker bitte individuell einfügen).

Die Tat

Neben der konkreten Behinderung des Treffens vor Ort soll der "gobal, local, action, day" dem globalen Charakter der Verhandlungen einen (vorerst symbolisch) global vernetzten Widerstand entgegenstellen. Der Versuch, an einem Tag (die Gott hat sieben gebraucht) die weltweit koordinierte Transformation der herrschenden Ordnung und die Zerschlagung der Herrschaft der Konzerne, in Angriff zu nehmen, ist eventuell unrealistisch. Doch wenn schon nicht weltweit transformieren, sich wenigstens gemeinsam unschlagbar fühlen und zwar mit all den Bewegungen, die höchst verschiedene Inhalte und Ausgangspunkte haben, sich aber auf das gleiche zugrundeliegende Problem beziehen und an dieser Stelle sich selbst und alle anderen daran erinnern.

Die Idee

Seit dem 98er WTO-Gipfel in Genf bemühen sich weltweit unglaubliche Mengen sozialer Bewegungen aus verschiedenen Zusammenhängen um eine Transnationalisierung von Widerstand. Eine Miterregerorganisation dieser neuen Dimension (und gleichzeitig auch deren Ausdruck) ist das Peoples' Gobal Action Network, ein Zusammenschluß sozialer Bewegungen auf mehreren Kontinenten.
Wie der revolutionäre Umsturz am Ende aussieht hängt aber von uns ab, so gesehen sind wir auch ihr und umgekehrt, weil aufeinander und die gegenseitige Aktivierung angewiesen.

act on it !

Und weil in letzter Zeit immer mehr Lebensbereiche auf dem glückverheißenden freien Markt unter den Hammer kommen, gibt es reichlich Alltagsphänomene, wie z.B. die Privatisierung öffentlicher Räume oder die Yuppisierung ganzer Stadtteile, die an diesem Tag ans Licht gezerrt werden oder in den (z.B.) Farbbeutelhagel geraten sollten. Um eure Genialität im Ersinnen eines verunsichernden Wirrwarrs kleiner dezentraler Aktionen mit Spass und Spannung wissend, ersparen wir euch Hinweise auf eure Möglichkeiten - nutzt sie !!!

Wenn ihr (je)doch noch Anregungen braucht: fast unwiderstehlicher als diese Aussichten sind die beiden

warm-up-Veranstaltungen mit Filmen zu June 18th, rts, pga in Genf...

am 15.11. um 18.00 im cafe Krähenfuß

am 17.11. um 20.00 im XBLiebig

Die beiden Veranstaltungen wären eine ultimative Chance, bereits geschmiedete Pläne (soweit nicht superkonspirativ) vorzustellen und MitchaotInnen zu werben.
Einen Plan gibt's schon. eine SPACKparade (Spaß.Parade.Autonomer. CKaotInnen) am 30.11. um 19.30 vom Wasserturm im Prenzlauerberg nach Mitte.

Global Action Day in München - Siemens abschalten!

Am 30. 11. findet in Seattle, USA, die Konferenz der Welthandelsorganisation WTO statt. Die VertreterInnen der WTO-Mitgliedstaaten wollen dort über weitere Massnahmen zur Durchsetzung des „freien, schrankenlosen Welthandels beschliessen". So ist beispielsweise die sogenannte Millenium Round, die Neuauflage des MAI (Multilateral Agreement on Investigations) Gegenstand der Verhandlungen. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich darin, ihre Politik und Gesetzgebung ganz an den Interessen der Wirtschaft auszurichten. Davon profitieren in erster Linie Grosskonzerne und reiche Industriestaaten. Für den Grossteil der Menschen, gerade in der sogenannten Dritten Welt und in den osteuropäischen Ländern, bedeutet die bedingungslose Unterwerfung unter die Verwertungs- und Profitlogik nichts anderes als die Verschärfung von Ausbeutung und Verelendung. Aus diesem Grund werden am 30. 11. 99 in verschiedenen Städten auf der ganzen Welt Aktionen von Widerstandsbewegungen stattfinden, die nicht bereit sind, den Terror der Ökonomie tatenlos hinzunehmen.
Auch in München wird der Global Action Day am 30.11.99 nicht sang und klanglos vorübergehen. Bekanntlich befindet sich in München der Hauptsitz des Siemenskonzerns, der wie andere transnationale Grosskonzerne massgeblich von den Wirtschaftsliberalisierungsmassnahmen profitiert, die auf der WTO-Konferenz in Seattle beschlossen werden sollen.
Siemens stellt in vielerlei Hinsicht ein wichtiges Angriffsziel dar. Von der Atomkraft über Rüstungselektronik und Überwachungsanlagen bis hin zur Ausbeutung von BilligarbeiterInnen in der Computerindustrie- der Name Siemens steht weltweit für extreme Formen von Ausbeutung und Unterdrückung unter dem Deckmantel des sauberen technologischen Fortschritts. Als deutscher Konzern gehört Siemens zu den Hauptnutznießern deutscher Grossmachtpolitik. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Vergabe von Aufträgen und der Errichtung von Produktionsstandorten im ehemaligen Jugoslawien, das mehr und mehr zum militärisch abgesicherten „Hinterhof" der BRD ausgebaut wird. Auch die konsequenten Weigerung, die Entschädigungsforderungen der ZwangsarbeiterInnen zu erfüllen, die während des Nationalsozialismus in den Siemenswerken Sklavenarbeit verrichteten, zeigt das wahre Gesicht des Konzerns.
Bei der kapitalistischen Grossveranstaltung EXPO 2000 in Hanover ist Siemens einer der wichtigsten Sponsoren und Aussteller. Übrigens gehört der Forschungsreaktor München II, der von Siemens in Garching bei München gebaut wird, zu den Vorzeigeprojekten auf der EXPO 2000.

-Vor diesem Hintergrund planen wir für den 30. 11. 99, voraussichtlich ca. 17 Uhr, eine Aktion vor der Siemenszentrale am Wittelsbacherplatz in München. Danach evtl. Schneeballschlacht am Weihnachtsmarkt, Abends Widerstandsparty zum fröhlichen Ausklang (Örtlichkeit wird noch bekanntgegeben).

-Wir laden alle Gruppen und Einzelpersonen, die sich an der Planung von Aktionen zum Global Action Day in München beteiligen wollen, zum Koordinierungstreffen ein: Dienstag, 19. 10. 99, ab 20 Uhr, im Infoladen, Breisacher Str. 12 (U/S-Bahn: Ostbahnhof)

Kontakt: Anti Expo München, c/o Infoladen, Breisacher Str. 12, 81667 München; Fax: 089/4802006 Tel.: 089/4489638; e-mail: antiexpo2000-de@gmx.de

Bericht aus Bangalore
Zweite Konferenz von Peoples' Global Action, August 1999 in Indien

Rund 200 TeilnehmerInnen versammelten sich im August 1999 im indischen Bangalore zur zweiten Konferenz von "Peoples' Global Action" (PGA), einem weltweiten Netzwerk gegen den Freihandel und die Welthandelsorganisation (WTO). PGA ist keine Organisation mit Mitgliedern, sondern ein loser Zusammenschluß von Basisbewegungen, das auf allen fünf Kontinenten vertreten ist (sein soll). Das Netzwerk lehnt deutlich die WTO und andere Freihandelsabkommen ab und hat eine klare konfrontative Haltung gegen Lobbyismus, ruft zu zivilem Ungehorsam auf und versteht sich als dezentral und autonom. Ein Convenors' Committee (Komitee von Einberufenden), das aus VertreterInnen aller fünf Kontinente zusammengesetzt ist, trifft zwischen den Konferenzen Entscheidungen und wird logistisch von einer Support Group (Unterstützungsgruppe) unterstützt, welche unter anderem die Webseiten gestaltet.

Peoples' Global Action wurde erst im Februar 1998 in Genf gegründet. Entstanden ist das Netzwerk aus der zapatistischen Bewegung, ein Vorbereitungstreffen fand im Anschluß an das zweite Encuentro (Treffen) "für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" statt, das im August 1997 im spanischen Staat organisiert wurde. Es versteht sic als ein Netz lokaler Kämpfe. Zur Gründungskonferenz von PGA kamen über 300 VertreterInnen von Basisbewegungen aus allen fünf Kontinenten. Sie bereiteten für Mai 1998, anläßlich der WTO-Konferenz in Genf, globale Aktionstage vor, die in 29 Ländern mit Erfolg durchgeführt wurden. Im Mai und Juni 1999 reiste eine Interkontinentale Karawane durch verschiedene europäische Städte nach Köln zum EU- und Weltwirtschaftsgipfel. Am 18. Juni 1999 fand wiederum ein globaler Aktionstag statt, diesmal wurde er auf über 40 Städte weltweit ausgeweitet.

Bei der zweiten Konferenz in Bangalore verzeichnete die Weltkarte des netzwerkes einige unverzeihliche weiße Flecken: es fehlten VertreterInnen aus afrikanischen Ländern, aus dem Fernen, Nahen und Mittleren Osten sowie aus Osteuropa. Begründet wurde dies teilweise mit verspäteten Visaanträgen. Mehrheitlich kamen die TeilnehmerInnen aus Westeuropa und Indien.

In Arbeitsgruppen und im Plenum wurde ausführlich über die Rolle und Struktur von PGA debattiert, wobei die Auseinandersetzungen manchmal etwas abstrakt gehalten wurden. Um den strukturellen Abbau informeller Hierarchien innerhalb des Netzwerkes wirksam anzugehen, wurde ein weiterer halber Kongreßtag eingebaut, an dem konkrete Maßnahmen eingeleitet wurden wie etwa die Einrichtung eines Postsekretariates in Kanada (nebst dem bestehenden e-mail-Sekretariat). Um die Dezentralisierung voranzutreiben, wird ein regional organisiertes Kommunikationsnetzwerk aufgebaut, mit regionalen Bulletins und einem PGA Bulletin oder Nachrichtenflugblatt, das nach Möglichkeit alle drei Wochen bzw. monatlich erscheint. Interkontinental zusammengesetzte Arbeitsgruppen kümmern sich um das Bulletin, eine Datensammlung zu lokalen Kämpfen, um Übersetzungssarbeiten, die Bekanntmachung von PGA (Kontaktaufnahme zu weiteren Gruppen), die Diskussion von Strategien und Alternativen sowie die Gestaltung der Webseiten. Somit konnte die Konferenz einige wegweisende Entscheidungen vorweisen.
Zu den wichtigsten Beschlüßen gehören neu hinzugekommene Formulierungen in den "Hallmarks", den Prinzipien des Netzwerks, zu denen sich alle bekennen sollen, die im Rahmen von PGA aktiv sind. Neu verschreibt sich PGA ausdrücklich folgendem Leitsatz: "Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herschaft und Unterdrückung ab, einschließlich, aber nicht beschränkt auf, Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller menschlichen Wesen".
Desweiteren soll im Manifesto eine Formulierung für das Recht auf Grundschulausbildung für alle Kinder eingefügt werden sowie ein Absatz gegen Antisemitismus. Damit grenzt sich PGA gegen rechte Gruppierungen ab, die sich ebenfalls gegen Globalisierung wehren. Außerdem versteht sich PGA eindeutig als "antikapitalistisches" Netzwerk, d.h. es wendet sich nicht nur gegen die Welthandelsorganisation (WTO) und andere Institutionen und Abkommen, die den Welthandel regulieren, sondern gegen jegliche Formen kapitalistischer Ausbeutung.
Eine ausführliche Diskussion um das Manifesto wurde leider auf die nächste Konferenz verschoben, bis dahin kümmern sich die Convenors unter Mitarbeit von weiteren AutorInnen um eine Neufassung des Textes, die Geschlechterverhältnisse und die Rolle des Staates stärker berücksichtigt.

Der nächste globale Aktionstag wird aus Anlaß der WTO-Konferenz am 30. November 1999 sein. Die Konferenz der Welthandelsorganisation in Seattle, USA, dauert vom 30.11. bis zum 3.12. In den USA und Kanada wird es eine weitere Interkontinentale Karawane nach Seattle geben, ein Tribunal gegen Multis und eine Konferenz von SalAMI! (kanadische Koordiation gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen) über Direkte Aktion.
Geplant ist außerdem ein weiterer Aktionstag am 1. Mai 2000. Die nächste Konferenz von Peoples' Global Action wird in Lateinamerika stattfinden, das genaue Datum und der Ort werden im März 2000

bekanntgegeben. Eine Rundreise in afrikanischen Ländern soll den dortigen Bekanntheitsgrad von PGA erhöhen.

Auf der zweiten PGA-Konferenz fehlte unter anderem eine kritische Auseinandersetzung um die Interkontinentale Karawane im Mai/Juni 1999. Ein europäisches Auswertungstreffen wurde kurz vor der Konferenz in Bangalore im schweizerischen Lugano anberaumt, eine Ergänzung der dort geäußerten Einschätzungen um die Sicht der indischen TeilnehmerInnen wäre sinnvoll gewesen.
Nicht diskutiert wurde über aktuelle Ereignisse wie die Folgen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, der Terror in Osttimor oder die in den letzten Monaten verschärfte militärische Aggression in Chiapas, Mexiko. Ignoriert wurde eine Anregung von Gruppen aus Großbritannien, sich auf der Konferenz Gedanken über das widersprüchliche Prinzip der Gewaltfreiheit zu machen. Einige innerhalb von PGA aktive Gruppen verschrieben sich nicht der Gewaltfreiheit, argumentierten sie, und bei der ersten Konferenz in Genf waren auch VertreterInnen von FZLN (politischer Arm der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN, Mexiko) und der Guerillaorganisation MRTA (Peru) anwesend.

Eine schwierige Diskussion entbrannte im Plenum bezüglich des Verhältnisses zwischen Massenbewegungen im Süden (die indische Bauern- und BäuerInnenbewegung KRRS soll 10 Millionen Mitglieder haben) und autonomen Gruppen in Westeuropa, denen in einigen Fällen nur ein halbes Dutzend Leute angehören, die aber manchmal einen ausführlichen Diskussionsprozeß führen und nicht hierarchisch organisiert sein wollen. Eine vollständige Verständigung zu diesem Punkt konnte im Plenum nicht erzielt werden, dafür aber in der anschließenden Arbeitsgruppe.

Ein unerfreulicher Vorfall überschattete den Beginn der Konferenz: die 30köpfige nepalesische Delegation fühlte sich unwürdig behandelt und beschloß nach einer längeren Diskussion im Plenum, Bangalore mehrheitlich zu verlassen. Ein Fingerspitzengefühl für Situationen, in denen Rassismus eine unterschwellige Rolle spielen könnte und ein Bewußtsein für das schwierige Verhältnis zwischen den Staaten Indien und Nepal schien hier bei den meisten TeilnehmerInnen zu fehlen.

Im Vorfeld und im Anschluß an die Konferenz besuchten TeilnehmerInnen auf einer Rundreise in den Bundesstaaten Karnataka und Kerala Bäuerinnen, Bauern, Adivasi und andere AktivistInnen. Eine Delegation reiste in das Tal des Narmada-Flusses, um sich solidarisch mit dem dortigen Widerstand gegen die Staudammprojekte, an denen Konzerne wie Siemens und ABB beteiligt sind, zu erklären.

Gerade VertreterInnen des Widerstandes im Narmada-Tal wie Medha Patkar und Sanjay Sangvai machten in Gesprächen mit TeilnehmerInnen der PGA-Konferenz deutlich, wie wichtig das interkontinentale Netzwerk PGA trotz aller Mängel ist. Schließlich setzt sich die Bewegung "Narmada Bachao Andolan" (NBA) bereits seit 14 Jahren gegen Staudammprojekte ein, und konnte auch mehrere Erfolge verbuchen. So mußte sich die Weltbank aufgrund des öffentlichen Drucks offiziell aus dem Projekt zurückziehen, und der Bau des Sardar Sarovar-Staudammes wurde für vier Jahre unterbrochen. Ohne internationale Vernetzung wäre dies nicht möglich gewesen.

Deshalb messen viele AktivistInnen im Süden dem Netzwerk PGA auch in Zukunft eine wichtige Funktion bei der Weiterverbreitung von Informationen über soziale Kämpfe auf anderen Kontinenten zu. Die Unzulänglichkeiten seien auch der Tatsache zuzuschreiben, daß das Netzwerk noch in seinen Kinderschuhen stecke. Innerhalb von 18 Monaten hat PGA trotz alledem schon einiges an globaler Vernetzung erreicht. Und ein brauchbareres globales Netzwerk von Basisbewegungen scheint nicht in Sicht zu sein, das den ehrgeizigen Anspruch erhebt, eines Tages auf allen Kontinenten vertreten sein zu wollen. Eine Aktivistin aus den Niederlanden schreibt als persönliches Fazit in ihrem Konferenzbericht: "Trotz all meiner Kritik sind die positiven Aspekte die wichtigsten: die enormen Möglichkeiten eines Netzwerkes wie PGA, die Tatsache, daß viele KongreßteilnehmerInnen die Machtspiele und versteckten Hierarchien erkannt haben und angehen wollen, die Dezentralisierungsanstrengungen, die Anwesenheit von fantastischen Menschen auf der Konferenz, die Ankündigung zahlreicher Aktionen die bei vielen Menschen Enthusiasmus hervorriefen, die Verbesserung und Erweiterung der PGA-Prinzipien, die Möglichkeiten einer Ausdehnung eines europäischen Netzwerks (an dem wir aus dem ICC-Netzwerk auch arbeiten) und mein Vertrauen in den neugewählten westeuropäischen Convenor (die Gruppe Ya Basta! im sozialen Zentrum Leoncavallo aus Mailand)".

Kontaktadresse von PGA:
Peoples' Global Action, c/o Canadian Union of Postal Workers (CUPW)
377 Bank Street, Ottawa, Ontario, Kanada; e-mail: pga@agp.org; http://www.agp.org

Das folgende Flugblatt wurde auf der Video-Kundgebung gegen die Nazi-Kneipe "der Baum" verteilt

Unterstützt den Widerstand der Flüchtlinge!

Am 30. Semptember hatten 150 Flüchtlinge aus vier Berliner Heimen einen Hungerstreik begonnen. Am 19. Oktober haben sie die Aktion unterbrochen. Viele der Flüchtlinge sind erschöpft und krank, und bei einem Gespräch mit der Sozialsenatorin zeigte sich, dass sie sich weiterhin hart zeigt und nicht bereit ist, auf die Forderungen der Flüchtlinge einzugehen. Die Proteste aber sollen weitergehen. Damit sie aber Erfolg haben, braucht es noch mehr an öffentlichem Druck und Unterstützung von aussen, wozu wir euch alle hiermit auffordern wollten.

Die Flüchtlinge fordern:
- Abschaffung der Fremdverpflegung!
- Sofortige Auszahlung der Sozialhilfe in bar!
- Freie Wahl der Unterkunft!
- Volle medizinische Versorgung!
- Abschaffung des Arbeitsverbotes!
- Kein Aushungern und Entzug der Unterkunft, um die Rückkehr zu erzwingen!
- Weg mit dem Asylbewerber-Leistungsgesetz!

Aufgrund des Asylbewerber-Leistunggesetzes kann den Flüchtlingen mehr und mehr die Existenzgrundlage entzogen werden. Die Berliner Sozialsenatorin Hübner zeigt sich besonders hart bei der Umsetzung des Gesetzes: so hat sie z.B. die Berliner Sozialämter aufgefordert bestimmten Flüchtlingen sämtliche Unterstützung, also auch Verpflegung und Unterkunft, zu verweigern.

In den bestreikten Heimen, von denen drei vom DRK geführt werden, ist die sogenannte Fremdverpflegung eingeführt worden. D.h. die Flüchtlinge können nicht mehr selber einkaufen und kochen.
Damit wird die Autonomie der Flüchtlinge weiter eingeschränkt:
- sie kriegen kaum Bargeld, über das sie selbst verfügen können
- sie können nicht bestimmen, wo und wie sie leben wollen, sondern werden in Heime gezwungen
- nun sollen sie nicht mal mehr selber bestimmen können, was sie essen wollen.

Dazu kommt, dass das Essen schlecht und ungesund ist. Viele der Flüchtlinge haben Verdauungsprobleme und Gewicht verloren. Und nicht einmal Kranke kriegen eine gesonderte Diät.
Essen hat auch immer eine wichtige Funktion für das soziale und psychisches Wohlbefinden der Menschen.
Aber darum geht es ja nicht, sondern im Gegenteil:
Flüchtlinge, die aus rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, z.b. weil sie eine Duldung haben oder ein Abschiebestopp in das betreffende Land verhängt ist, sollen so zermürbt und zur Ausreise gezwungen werden.

Immer wieder - grad auch, wenn wir hier heute gegen Nazis demonstrieren - ist es wichtig zu betonen: es darf keine Aufteilung der Menschen in privilegierte Deutsche und in Menschen 2. Klasse geben.

Unterstützt die Aktionen der Flüchtlinge!
Weg mit dem Asylbewerber-Leistungsgesetz!
Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen!

Für Rückfragen und Hintergrund-Informationen: Bündnis gegen das AsylbLG
c/o Antirassistische Initiative Berlin - Telefon 785 72 81 - Fax 786 99 84



DRITTE WELT HAU
Falkstr. 7
60487 Frankfurt/M
Tel.: 069 / 79 20 17 7
Fax: 069 / 78 96 03 9

DRITTE WELT HAUS FRANKFURT e.V. - Falkstr. 74 - 60487 Frankfurt/M.

Presseankündigung

Postkarten-Aktion gegen die Abschiebungen über Flughäfen und die Beteiligung der Lufthansa

IM NAMEN DES VOLKES: WIR SCHIEBEN FÜR SIE AB!

"Allein vom Frankfurter Flughafen werden täglich über 30 Menschen in Verfolgung, Folter, Krieg und Armut abgeschoben. Kaum eine Fluggesellschaft verweigert dabei ihre Mithilfe. Die meisten profitieren davon. 50% aller Abschiebungen finden in Lufthansa-Maschinen statt."

Mit diesem und anderen Texten hat das **Aktionsbündnis Rhein-Main gegen Abschiebung** eine Postkartenkampagne gestartet, um gegen die von der Lufthansa - aber auch gegen die von anderen Fluglinien - durchgeführten Abschiebungen zu protestieren. Es gibt vier verschiedene farbige Postkarten, auf deren Rückseite Hinweise gegeben werden, wie sich Passagiere bei Flugreisen aktiv gegen Abschiebungen einsetzen können.

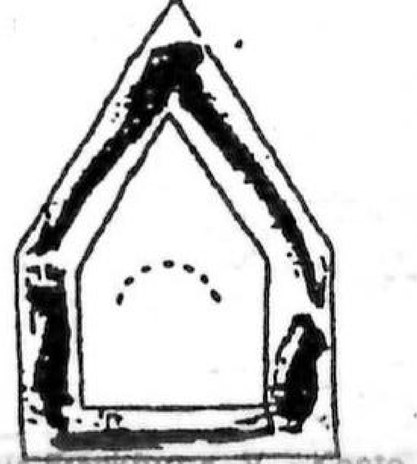
Speziell gegen die Lufthansa gerichtet sind zwei Schwarz-Weiß-Postkarten, mit denen die/der AbsenderIn sich direkt an die Lufthansa wendet, um sie dazu aufzufordern, die Mitwirkung bei Abschiebungen umgehend einzustellen. In den Postkartentexten wird auch noch einmal an Kola Bankole und Aamir Ageeb erinnert, die bei Abschiebungen aus Deutschland in Lufthansa-Maschinen getötet wurden.

Die farbigen Postkarten, auf denen noch Platz für eigene Texte ist (Ihr könnt sie also auch einfach so verschicken) kosten 50 Pfennig, die schwarz-weißen Protest- und Boykottpostkarten 10 Pfennig pro Stück. (Letztere eignen sich besonders gut, um sich an der bald anlaufenden bundesweiten Lufthansa-Kampagne zu beteiligen, können aber jederzeit und massenhaft verschickt werden).

Bestellungen bitte an die: IGA, c/o Dritte-Welt-Haus, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt.
Tel: 069 / 79 20 17 72, Fax: 069 / 78 9603 99

Mit freundlichen Grüßen

F. Lindenberg-Ekol
Friederike Lindenberg-Ekol
für die IGA



A B E N T E U E R   M E N S C H L I C H K E I T

In der Nacht vom 13./14. Oktober 1999 haben wir dem Wirtschaftswachstum des Deutschen Roten Kreuz (DRK) auf die Sprünge geholfen, unsere Menschlichkeit wurde zum Abenteuer!

In diesem Zusammenhang ging ein mobiles Sück DRK in Flammen auf.

Der Hintergrund:

Am 30.9.1999 begannen Flüchtlinge eines DRK-Heims in Berlin Pankow nach gescheiterten Gesprächen mit DRK-Vertretern einen Hungerstreik. Mittlerweile befinden sich 180 Flüchtlinge in diesem Hungerstreik.

Die Flüchtlinge kämpfen für die Abschaffung der Zwangsverpflegung, für die Auszahlung von Bargeld und für eine menschliche Behandlung in drei von der DRK verwalteten Wohnheimen, zwei in Berlin Pankow, eins in Berlin Spandau.

Neben den Rechten wie z.B. freie Wohnortwahl, die Möglichkeit zu arbeiten oder Sozialhilfe zu beziehen, die ihnen gesetzlich oder in der Praxis entzogen werden, wird ihnen auch noch das Recht verweigert, selbst einzukaufen und zu kochen. Stattdessen erhalten sie mangelhaftes, unzureichendes und den persönlichen Bedurfnissen und Notwendigkeiten nicht entsprechendes Essen. Viele der BewohnerInnen sind deshalb krank geworden und/oder haben stark abgenommen.

Dahinter steht ein Prinzip der Abschreckung und des Deutlichmachens, daß Flüchtlinge hier unerwünscht sind. Außerdem ist wiederholt nachgewiesen worden, daß Selbstverpflegung billiger ist als Fremdverpflegung. Daraus kann man nur schließen, daß es hier um Profitinteressen des DRK Berlin und der "Verpflegungs"-firmen geht und nicht um eine menschenwürdige Versorgung. In ihrer Kampagne "Aktiv 99" wirbt das DRK mit Slogans wie "Wirtschaftswachstum" oder "Abenteuer Menschlichkeit", um für ihre Jugend-, Kinder- und Familienoffensive zu mobilisieren.

Für wen die DRK-Geschäftsleitung in Berlin aktiv wird, wessen "Wirtschaft" sie fördern will, ist klar. Denn gegenüber den Flüchtlingen in Pankow zeigt sie sich von ihrer zynischen, rassistischen, staatstreuen Seite: -die Flüchtlinge werden bedroht, -ihnen wird seit dem 9. Hungerstreikstag Trinkwasser verweigert, um den Hungerstreik gewaltsam zu brechen., -sie werden unter Druck gesetzt, den Hungerstreik abzubrechen und sich der Fremdverpflegung zu beugen.

Mit unserer Aktion wollen wir den Forderungen der Leute aus den drei Heimen in Berlin Nachdruck verleihen und die DRK-Leitung zur Verantwortung ziehen:

-Abschaffung der Fremdverpflegung!!! -Auszahlung der Sozialhilfe in bar!!!
-Zugang zu medizinischer Versorgung!!! -Freie Wahl der Unterkunft!!!
-Abschaffung des Arbeitsverbots!!! - Keine Zwangsmaßnahmen wie Aushungern!!!
-Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz!!!

Solidarische Grüße PEPPERMINT PATTY

WEITERE INFOS: www.flammen-auf.de.

Polizei fand Sprengsatz auf DRK-Parkplatz

Bombenanschlag misslang, weil Zünder nicht funktionierte / Polizeilicher Staatsschutz ermittelt

VON M. HELBERG, L. SCHNEDELBACH UND F. GESCHONNECK

Unbekannte Täter wollten in der Nacht zum Donnerstag einen Anschlag auf das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Charlottenburg verüben. Weil der Zündmechanismus aber versagte, konnte die Bombe auf dem DRK-Betriebsparkplatz an der Warburgzeile nicht explodieren. Mitarbeiter der DRK-Sozialstation hatten den Sprengsatz am Morgen vor ihrem Haus entdeckt. Die Kiste lag auf einem Parkplatz, auf dem zuvor die ganze Nacht lang ein Fahrzeug des Roten Kreuzes gestanden hatte.

Experten der Polizei stellten fest, dass es sich bei der Schachtel, ähnlich einem Schuhkarton, um einen funktionsfähigen Sprengsatz handelte. „Weil ihnen der Behälter verdächtig vorkam, alarmierten die Mitarbeiter die Kripo", sagte ein Sprecher des Polizeipräsidiums.

Sprengstoffexperten der Polizeitechnischen Untersuchungsanstalt (PTU) des Landeskriminalamtes untersuchten das verdächtige Paket. Die Beamten fanden in dem Karton zwei Liter-Flaschen mit einer farblosen Flüssigkeit. Die Behältnisse waren mit einem Zündmechanismus und einer elektronischen Uhr verbunden. Die Schaltuhr des elektronischen Zünders war auf zwei Uhr morgens eingestellt.

Warum der scharfe Sprengsatz nicht explodierte, ist bislang noch nicht geklärt. Die Untersuchung der einzelnen Bauteile sowie die Analyse der Flüssigkeit wird noch mehrere Tage in Anspruch nehmen, hieß es aus Polizeikreisen. „Die Ermittlungen hat der polizeiliche Staatsschutz übernommen. Diese Abteilung des Landeskriminalamtes ist für Sprengstoffdelikte zuständig", sagte eine Polizeisprecherin. Nähere Einzelheiten wurden aus ermittlungstaktischen Gründen nicht bekannt. Nach Polizeiangaben ist bisher auch noch kein Bekennerschreiben eingegangen.

Auf dem betriebseigenen Parkplatz, der für sechs Autos Platz bietet, befinden sich ständig Fahrzeuge des Roten Kreuzes. Der Parkplatz ist nicht abgeschlossen und für jedermann frei zugänglich.

Die ganze Nacht stand ein Auto über dem Sprengsatz. Jetzt versuchen die Ermittler herauszufinden, welches Auto die Attentäter in die Luft sprengen wollten.

Die Sprecherin des Berliner Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Susanne Arabi, konnte sich am Donnerstag die Tat nicht erklären. Auf dem Gelände befindet sich eine Sozialstation, eine Seniorenfreizeitstätte sowie das Büro des DRK-Kreisverbandes City, zuständig für die Bezirke Charlottenburg, Tiergarten und Mitte.

Die Staatssekretärin für Soziales, Verena Butalikakis (CDU), wollte sich am Donnerstag nicht zu dem Vorfall äußern: „Wir müssen erst die Ermittlungen abwarten." Wenn sich bestätige, dass der Anschlag dem DRK galt, sei dies ungeheuerlich.

Als bisher einmalig bewertete Thomas Meißner, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Pflege, zuständig für eine Vielzahl von Sozialstationen und Pflegeunternehmen, die Tat. Laut Meißner gab es weder in Berlin noch bundesweit jemals solch einen versuchten Anschlag auf eine soziale Einrichtung.

Als das K.O.M.I.T.E.E. ein Osterei legte...

Der gescheiterte Anschlag auf den Berliner Abschiebeknast im April 1995 und die Folgen: ... das imperium schlägt zurück ... exil beginnt dort, wo die flucht aufhört ... militante perspektiven ... von köpenick nach kurdistan ...

Diese Broschüre gibt's zu kaufen!
Für 7,50 DM in allen gutsortierten Buch- und Infoläden oder per Bestellung* (solange der Vorrat reicht und zzgl. Portokosten) bei **Mondschwein e.V., Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin**
*(Für Laden- und sonstigen Weiterverkauf gewähren wir die üblichen 30% Rabatt)

Für alle Frauen offen..."
Interkulturelle Sommeruni für Frauen und Lesben in Hannover



Seid jetzt fast einem halben Jahr bereitet eine kleine Vorbereitungsgruppe das Konzept für eine Sommeruniversität für Frauen und Lesben in Hannover vor. Warum wir dies für dringend notwendig halten, beschreibt der folgende Artikel.

Obwohl die FrauenLesben unserer Gruppe alle unterschiedliche (Lebens-) Hintergründe und (Politik-) Erfahrungen mitbringen, unterliegt doch unserer Arbeit ein gemeinsamer Bezugspunkt: die herkömmliche Universität als ausschließender Männerort und als geschlossene Gesellschaft für genormte Mitglieder, die sich ihre Bildung auch leisten können. Es können jetzt hier nicht alle Aspekte des fortschreitenden Neoliberalismus und der Entdemokratisierung beschrieben werden (gerade der BdWi und die Heftreihe Forum Wissenschaft" leisten zu diesem Themenkomplex gute Aufklärungsarbeit), aber betrachten wir doch einmal die Fassaden (vielmehr die Ruinen) der „Bildungsanstalten" näher.
Während meines Studiums, und auch während ich in der studentischen Selbstverwaltung etwas hinter die Kulissen der Uni Hannover gucken konnte, drängte sich immer mehr die Frage auf, welchen Nutzen es hat, wenn durch eine genormte und als ultimativ angesehene Wissenschaftlichkeit ab- bzw. ausgegrenzt wird. Was soll vermittelt werden in unseren Eliteschmieden – und für wen wird das getan? Es ist ziemlich sicher, daß die Lerninhalte und –formen durch einen weißen Eurozentrismus, der einer elitären Norm vorbehalten ist, geprägt sind. Sowohl FrauenLesben, Nicht-Deutsche, „behinderte" Menschen und andere nicht einer Normbiographie entsprechende Menschen sind ausgeschlossen. Dies soll zum Beispiel auch in dem diskutierten HRG-Entwurf festgeschrieben werden, in dem Studierende nach einer bestimmten Regelstudienzeit zwangsberaten und – exmatrikuliert werden sollen. Gründe für eine längere Studiendauer, wie zum Beispiel Kinderbetreuungszeiten, Jobben, Krankheiten, etc., werden dabei nicht berücksichtigt. Somit soll neben dem Hochschulreifezeugnis noch eine zweite Zulassungsbeschränkung aufgebaut werden, nämlich ausreichend Geld, um sich ein Studium im Eiltempo leisten zu können. (Die Einführung von Studiengebühren in noch so getarnter Form, wie schon in verschiedenen Bundesländern geschehen, fördert diese Entwicklung im rasanten Tempo!).
Wenn wir uns einmal diese Wissenschaftsinhalte und –formen betrachten, wird ziemlich schnell klar, daß sie männlich geprägt sind; Männer sollen uns scheinbar geschlechtsneutrale Lerninhalte vermitteln, in denen weder die Wechselwirkungen der Geschlechtskonstrukte, noch die spezifischen Probleme und Barrieren, die für Frauen aufgebaut sind, untersucht werden. Noch immer steht das gelesene Wissen über dem gelebten Wissen. Somit haben FrauenLesben kaum eine Chance, ihre zumeist der männlichen Norm abweichenden Erfahrungen in den Universitätsbetrieb mit einzubringen.
Um dies zu durchbrechen hat sich neben der interkulturellen Sommeruni noch eine weitere Gruppe aufgemacht, um im Jahre 2000 eine Frauenuniversität durchzuführen: die ifu (internationale frauenuniversität). Allerdings birgt dieses Modell mehrere Kritikpunkte in sich. Zum einen werden in diesem Projekt neoliberale Utopien festgeschrieben, in denen direkte Studiengebühren umgesetzt werden (pro Teilnehmerin werden DM 600,-- verlangt). Außerdem ist eine Teilnahme fast nur durch besondere Leistungen und Fürsprecherinnen möglich. Zum anderen wird die Kritik an die Anbindung an das Pleitegeschäft EXPO 2000 immer lauter. Obwohl die EXPO GmbH nur einen geringen Teil der Finanzierung stellt, schreibt sie sich dieses Projekt als Aushängeschild auf die Fahnen. Die teilweise der EXPO sehr kritisch eingestellten Frauen täten sehr gut daran, sich mit diesem Umstand einmal auseinander zu setzen. Ein dritter Kritikpunkt ist der Aufbau einer Vereinsstruktur, deren Mitbestimmungsrechte der Mitglieder (der Wissenschaftlerinnen, die nicht im Vereinsvorstand sind) mehr als beschnitten sind. Studentinnen wurden bei der Entwicklung des Konzeptes und Mitgestaltung kategorisch ausgeschlossen.
„Damit steht die Frauenuniversität – was ihre Struktur anbelangt – im krassen Gegensatz zu den Forderungen der Sommeruniversitäten (*Berlin 1976 und folgende – B. G.*). Dort sollte es ja gerade darum gehen, die Hierarchien zwischen Wissenschaftlerinnen und Nichtwissenschaftlerinnen, zwischen Professorinnen und Anderen abzubauen. Alle Frauen sollten mitdiskutieren und mitbestimmen können."[1] Damals diskutierten in Berlin eine Woche lang Frauen und Lesben mit den unterschiedlichsten Beweggründen über Themen wie zum Beispiel Sozialisation, Frauen im Strafvollzug, die Situation der Haus(frauen)arbeit, etc.. Allen gemeinsam war es, daß sie der männlich geprägten Welt, sowohl im Beruf als auch in der Universität, etwas entgegensetzen wollten. Feministische und interdisziplinäre Ansätze wurden praktiziert und auf ihre Vorteile überprüft. Nach dem noch Sommeruniversitäten bis Anfang der 80-er Jahre folgten, verschwanden sie von der Bildfläche...



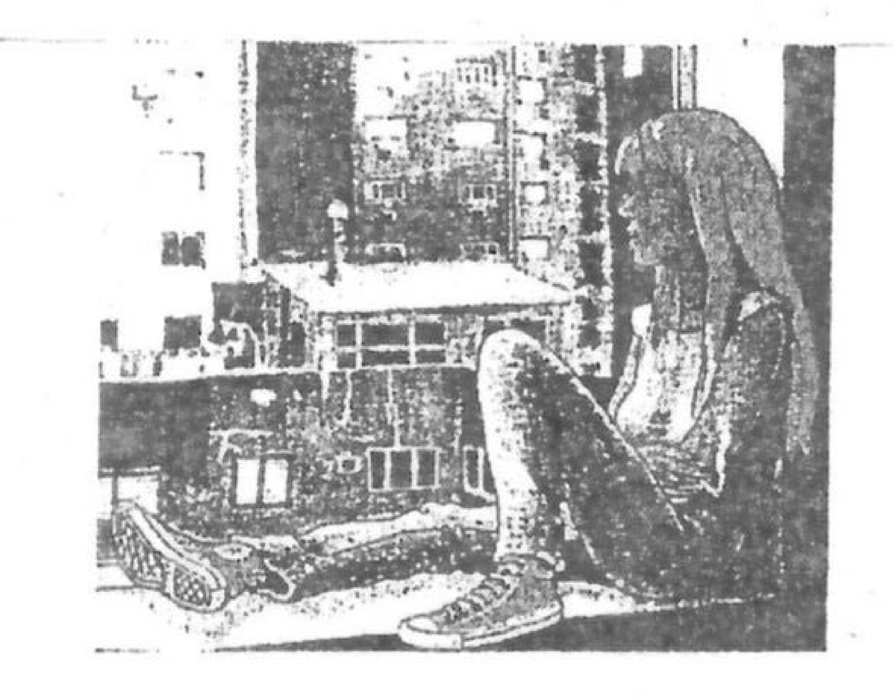
Bis jetzt! Bis jetzt ? ...
Aufbauend auf den Erfahrungen und den Grundideen der Sommerunis in Berlin wollen wir im nächsten Sommer (**03. Juni bis 02. Juli 2000**) in Hannover einen neuen Versuch starten und eine **interkulturelle Sommeruniversität für Frauen und Lesben durchführen.** Auch wenn wir damit etwas anachronistisch sind (die Zeiten haben sich geringfügig geändert; die neue FrauenLesbenbewegung ist von der jetzigen Bewegung abgelöst worden, die andere Probleme zu bewältigen hat, aber auf den Erfahrungen und dem Erkämpften der FrauenLesbenbewegung der 70-er aufbauen kann, ...). Wir denken aber trotzdem, daß ein solcher Versuch dringend erforderlich ist und auch erfolgsversprechend für neue Impulse sein kann. Die Sommeruni ist unabhängig und praxisorientiert. An diesem Projekt sollen und können alle FrauenLesben teilhaben, unabhängig von Status, Geldbeutel und Kulturzugehörigkeit ... . Unser Ziel ist es, Frauen und Lesben in und um Hannover zusammen zu bringen und einen Frei-Raum zu schaffen, um einander kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam Spaß zu haben. So können wir alternative Lebensformen zusammen entwickeln und erlebbar machen! Wichtig ist uns neben Seminaren, Textarbeit und Diskussionen ein Angebot im sportlichen, musischen, handwerklichen und kulturellen Bereich. Natürlich soll auch das Nachdenken über einen möglichen Widerstand nicht zu kurz kommen, da wir uns ausdrücklich gegen das Großprojekt der EXPO 2000 als Festschreibung von kapitalistischen (männlichen) Interessen und Gentechnologie als Lösung der Probleme des kommenden Jahrtausends, wenden.
Für die Sommeruni haben wir ein (jederzeit offenes) Konzept entworfen:

- mit dem wir den jetzigen Zustand betrachten wollen
  (FrauenLesben und Alltag; 05. – 09. Juni 2000)
- diskriminierende Erfahrungen und Bedingungen, die Frauen und Lesben erleben genauer untersuchen
  (FrauenLesben und Unrechtserfahrungen/ -bewußtsein; 12. – 16. Juni 2000)
- die verschiedenen Befreiungsstrategien ganz verschiedener FrauenLesben und – gruppen kennenlernen
  (FrauenLesbenbewegungen und –befreiungen im interkulturellen Vergleich; 19 – 23. Juni 2000)
- und Strategien für die Zukunft entwickeln.
  (Utopia; 26. – 30. Juni 2000)

Viele der Themen, die wir unter den einzelnen Schwerpunkten gesammelt haben, wiederholen sich in den einzelnen Wochen und sollen aus verschiedenen Perspektiven behandelt werden. Um Überleitungen, Gemeinsamkeiten oder Zusammenhänge schaffen zu können, wird es jeweils am Freitag nachmittag ein Plenum geben, das wir selbst gestalten können.
Wie schon beschrieben ist das Konzept in seiner Ausgestaltung offen und vor allem natürlich abhängig von den Referentinnen und Euren Ideen. Wir suchen nicht nur Koryphäen und Expertinnen, sondern auch Gruppen und Einzelpersonen, die sich schon länger in eine Thematik eingearbeitet haben. (Nebenbei suchen wir noch Übernachtungsmöglichkeiten in Hannover, FrauenLesben, die Lust haben, eine Kinderbetreuung durchzuführen und FrauenLesben, die Interesse haben, Kulturangebote aller Art durchzuführen!). Da die Teilnahme an der Sommeruni für alle FrauenLesben kostenlos sein soll, können (und wollen) wir für Referentinnen keine Honorare zahlen. Dies entspricht unserer Idee des Mit- und Voneinanderlernens als Uni von unten. (Materialgeld und Fahrtkosten können selbstverständlich ersetzt werden!) Des weiteren ist es uns wichtig, daß die Referentinnen sich untereinander kennenlernen und koordinieren. Nur so kann sich letztendlich ein rundes Bild ergeben, indem möglichst viele Teilaspekte zur Sprache, auf´s Papier, in den Tanzsaal oder wohin auch immer, kommen können. Da wir auch planen die Sommeruni zu dokumentieren, ist die Bereitschaft, den eigenen Arbeitskreis, das Seminar oder ähnliches auszuwerten und zu beschreiben, immens wichtig. Wir finden, daß es aufgrund der Sprachlosigkeit, die auf Seiten vieler Frauen herrscht, gut ist, neue Impulse in die Diskussion um eine lebbare und gleichberechtigte Zukunft einzubringen. Weitere Informationen und ein ausführlicher Kriterienkatalog ist unter der nachstehenden Adresse erhältlich.
Natürlich waren die Reaktionen auf unser Vorhaben sehr unterschiedlich. Die Uni Hannover und viele andere öffentliche Einrichtungen sind in die Lobeshymnen über die ifu miteingeschwenkt. Nun sind sie etwas erschrocken darüber, daß sich Studentinnen und andere Frauen, die dem Elitestandart nicht standhalten wollen, selbstorganisieren (und so den zugewiesenen Platz als billige Übernachtungsmöglichkeit u. ä. verlassen). So werden uns z. B. von Seiten der Uni

[1] Barbara Nohr, Forum Wissenschaft 4/ 98

einige Steine in den Weg gelegt; Räume werden nicht-bewilligt und andere kleine Schikanen ausgeheckt.
Die Studischaft der Universität Hannover hat trotz dem Widerstand einiger (vieler ?) Männer die Sommeruni als Projekt festgeschrieben, eine Sachbearbeiterin zur Koordination eingesetzt und Gelder und Unterstützung zugesagt. Bei den Frauen in Hannover ist die Idee des Vorhabens inzwischen schon weit verbreitet, aber wie so oft: Hannover pennt. Während das Interesse aus anderen Städten immens ist, gibt es hier eher wenig Rücklauf. Das macht sich vor allem an der kleinen Vorbereitungsgruppe bemerkbar und an dem Zuspruch von FrauenLesben aus anderen Kulturkreisen. Auffällig ist dabei, daß viele ältere Frauen und Lesben, die schon die früheren Sommerunis miterlebt und -gestaltet haben, Interesse zeigen. (Vielleicht sind wir eben doch anachronistisch!) Wir wissen, daß die kleine Zahl der unverzagten Frauen und Lesben schon in viele Gruppen und Projekte eingebunden sind. Außerdem dient der ökonomische Druck durch immer mehr Sozialabbau auch zur modernen Aufstandsbekämpfung, denn wenn viel gearbeitet werden muß, ist wenig Zeit und Power übrig, um zu kämpfen.
Trotzdem brauchen wir Euch!!
Begreifen wir die Sommeruni als eine Chance!

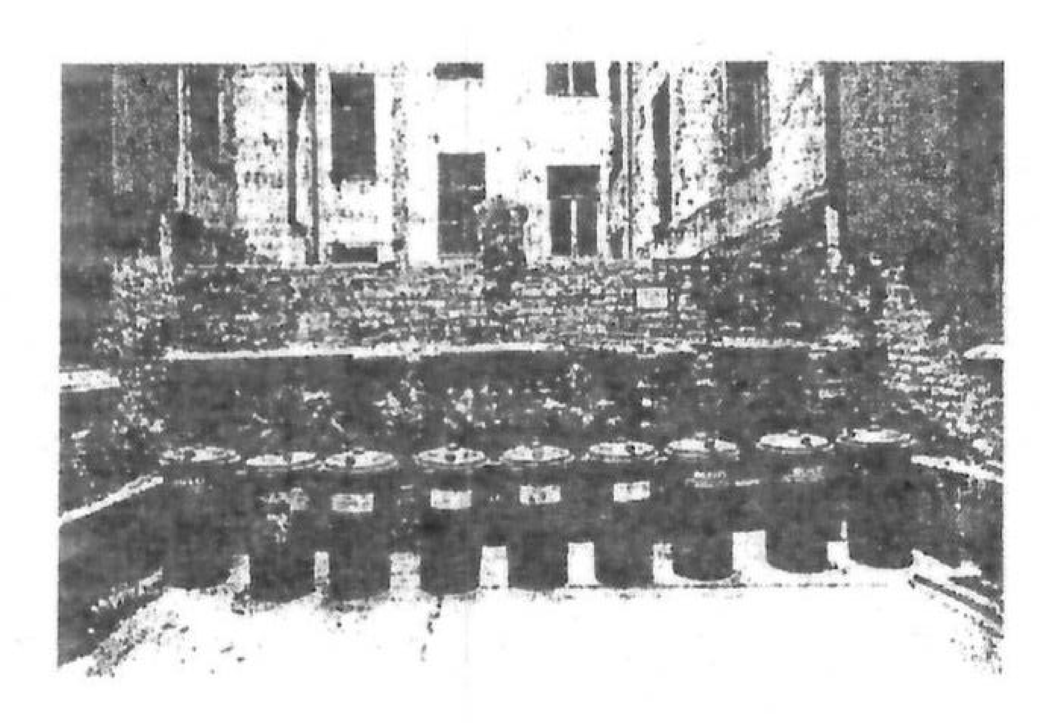


Wir laden Euch ein zu unseren regelmäßigen, offenen Treffen:
jeden 2. und 4. Montag im Monat ab 17.00 Uhr
im FrauenLesbenRaum der Uni Hannover

Für weiter Informationen, Kritik, Anregungen, etc.
Beate Gonitzki/ Bego
c/ o AStA der Uni Hannover
Welfengarten 2c
30 167 Hannover
0511/ 762 – 50 61/ 4
FAX: 0511/ 717 441
Internet (im Aufbau): www.physik.org/iksu/
Sprechzeiten: Montags, 15.00 – 17.00



Ein Erklärungsversuch der Vorbereitungsgruppe
Der interkulturellen Sommeruniversität für
Frauen und Lesben



„Sind denn Lesben keine Frauen..."

Dies ist eine Frage, mit der wir in letzter Zeit immer häufiger konfrontiert werden.
Doch sind sie!!! – Aber es wäre sehr ignorant zu glauben, Lesben, Bisexelle, Intersexen, Transen und eben all die Leute, die sich durch ihre sexuellen Orientierungen und Lebensentwürfen außerhalb der dualen Geschlechterrollen stellen, wären den gleichen diskriminierenden Strukturen ausgesetzt wie die heterosexuellen Frauen sie erleben. Ignorant wäre es, nicht zu bemerken, daß die Frauenbewegung(en) mit anderen Vorurteilen zu kämpfen hat als die Lesbenbewegung(en). Ignorant wäre es, Lesben mal wieder totzuschweigen – deshalb haben wir uns entschlossen, den „Begriff" Lesben mit in den Titel aufzunehmen.
Dies soll kein separatistischer Ausdruck sein, sondern uns war es wichtig, deutlich zu machen, daß die Lebensrealitäten von Lesben und in den lesbischen Gruppen einen genauso großen Platz einnehmen (können) wie Betrachtungen der frauenbewegten Frauen. Daß dies nicht unbedingt immer selbstverständlich ist, zeigt eine Kritik des Lesbenaktionzentrums Berlin an die Iniatorinnen der ersten Sommeruni für Frauen 1976 in Berlin. Sie beschwerten sich, daß sie und ihre Interessen größtenteils übergangen wurden. Den gleichen Fehler wollen wir nicht wiederholen. Obwohl sich beide Bewegungen oftmals überschneiden und punktuell zusammenarbeiten, existieren sie doch die meiste Zeit nebeneinander. Vorwürfe und Vorurteile wechseln die Seiten. „Lesben ziehen sich zurück, stellen sich nicht den gesellschaftlichen Anforderungen, sind frustrierte Ziegen und brauchen eben nur mal den richtigen Mann (Schwanz)..." - „Heterosexuelle sind gar keine Feministinnen, denn sie haben ja noch immer was mit Männer zu tun; sind von ihnen abhängig, sind Verräterinnen, wissen eben nicht was gut ist..." Wieviel Blödheit und Destruktivität liegt in diesen Phrasen...! Zeigt aber auch auf der Seite der Frauenbewegung(en), wie sehr patriarchale Vorurteile, unter denen sie selber leiden, verankert sind und unbeleuchtet weitergegeben werden. Es erschreckt uns auch sehr, wieviele (gerade junge) Frauen (auch in feministischen Kreisen) Lesben mehr oder wenig offen ablehnen. Schon bei der Nennung des „Begriffes" (auch in Zusammennennung mit Frauen –FrauenLesbenKollektiv, etc.) schalten sie ab; sie als Frauen sind somit nicht gemeint. Die dahinterstehenden Projekte und Ideen werden gar nicht mehr beachtet. Dies ist ein Trend, der sehr bedenklich ist. Auch deshalb benennen wir Lesben extra.
Es ist ein Unterschied, ob Gender-/ Frauenforschung betrieben wird oder ob von den Auswirkungen des alltäglichen Heterowahns berichtet wird. Die Auswirkungen der Unterdrückung sind allerdings die gleichen; die betreffende Person paßt nicht in ein fein Ausgeklüngeltes System, soll deshalb bekämpft werden – sei es nun durch Gesetze, Struktur oder auf körperlicher Ebene. Betrachten wir also die kleinste hervorstechende Gemeinsamkeit zwischen der lesbischen und der radikal feministischen Bewegung: **die biologische Beschaffenheit bestimmt nicht die Geschlechterrolle.** Deshalb ist es **ein** Kampf, den wir kämpfen; nämlich gegen eine Gesellschaft, die für die Personen, die vielfältig aus den vorgeschriebenen Rollen fallen, den zweiten Platz bereithalten. Auch deshalb bezeichnen wir die Sommeruni für **Frauen und Lesben.**



Tel.: 693 58 00
tags: von 12°° - 18°° Uhr mit Frühstückbüffet

abends: ab 18°° Uhr nur geöffnet bei Veranstaltungen, dann mit Abendessen

E X -
Kneipe und Veranstaltungen im Mehringhof, mit grosser Terasse
Gneisenaustr. 2a, Berlin - Kreuzberg 61
U - Bahn : 6 u. 7 / Bus: 119, 140 - Mehringdamm

ebenerdiger Eingang
Türen gehen nach außen auf

So. 14. 11. **November '99**
ab 12°° Frühstücksbüffet
ab 19°° Uhr Abendessen
20°° Uhr - Film "Man nannte uns Kaninchen", polnische Überlebende berichten über medizienische Versuche im KZ Ravensbrück (Lorette Walz, BRD 95, 55 min.)
So. 28. 11
ab 12°° Frühstücksbüffet
ab 19°° Uhr Abendessen
20°° Uhr - Veranstaltung zu Frauen in der rechten Szene

Wir suchen neue FrauenLesben. Kommt vorbei, schaut's Euch an, habt Ihr Lust mitzumachen und noch Fragen,... Sprecht mit uns.

INTERVIEW der hollänischen Zeitung Eurodusnie (anarchistische Szene-Zeitung)

mit AntiExpo2000 aus München

Koennt Ihr bitte erst ueber die Expo 2000 im allgemeinen schreiben.
Was ist das Ziel der Expo 2000? Wer organisiert oder unterstuetzt die Expo 2000? Mit anderen Worten welche Gruende gibt es um etwas gegen die Expo 2000 zu machen?

Die Expo 2000 ist, kurz gesagt, eine gigantische Werbeveranstaltung fuer das kapitalistische Weltwirtschaftssystem und dessen Akteure. Auf 160 Hektar Ausstellungsgelaende werden uns ueber 170 Staaten, sowie Grosskonzerne und internationale Organisationen (z.B. EU und UNO) ihre Sicht der Welt praesentieren. Die MacherInnen der Expo wollen vor allem zeigen, dass sie ueber die Probleme und Beduerfnisse der Menschheit genau Bescheid wissen und selbstverstaendlich haben sie fuer jedes Problem den perfekten Loeusungsansatz im Gepaeck. Bei den sogenannten Loesungen handelt es sich um nichts anderes als um Modernisierung und damit Stabilisierung von kapitalistischer, rassistischer und patriachaler Herrschaft. Als eine Hauptursache fuer Armut und Hunger soll uns die Bevoelkerungsexplosion in den Laendern des Trikont praesentiert werden. Armut ist also Folge des Vorhandenseins zu vieler Menschen, nicht Folge ungleicher Verteilung von Resourcen. Abzuhelfen ist dem nach Ansicht der Expo-MacherInnen durch Bevoelkerungpolitik, was verstaerkte Geburtenkontrolle in sogenannten Dritten Welt bedeutet. Als Patenloesung fuer saemtliche Umwelt, Gesundheits –und Ernaehrungsprobleme fuehrt uns die Expo die Gentechnik vor. Agrar –und Pharmakonzerne sind demnach die Wohltaeter der Menschheit. Atomenergie und ihre moderne Variante, die Kernfusion, werden als zentrale Bestandteile einer Zukunftsfaehigen, nachhaltigen Energiepolitik gezeigt – da freut sich das Atomkapital. Und so weiter......
Das Expo Gelaende ist unterteilt in Laender-Pavillons, der teilnehmenden Staaten, einzelne Konzernpavillons, eine komplette „Zukunftsstadt", sowie den Themenpark. Interessant zu erwaehnen waere noch, dass sich der Pavillon der BundesRepublikDeutschland nicht zwischen den uebrigen Laenderpavillons befindet sondern im Zentrum des Ausstellungsgelaendes. Deutschland als Herzstueck der schoenen, neuen Weltordnung....?
Am Themenpark laesst sich besonders der Einfluss der Konzerne auf die Ausstellungsinhalte deutlich machen. Als Themenbereiche sind vorgesehen: „Der Mensch", „Umwelt", „Energie", „Zukunft der Arbeit", „Wissen: Information, Kommunikation", „Zukunft der Vergangenheit", „Das 21 Jahrhundert". Alle Themenbereiche werden massgeblich von Wirtschaftsunternehmen gestaltet. Die Pharmakonzerne Merck und Schering, sowie Siemens als Medizintechnikhersteller, nehmen sich der Gesundheit an. Die (gentechnischen) Loesungen im Bereich „Ernaehrung" liegen u.a. bei Nestec Ltd. oder der Bundesvereinigung der deutschen Ernaehrungsindustrie. „Die Energie" liefern uns Siemens, Shell, und Preussen Elektra. Als vorbildliche „Umwelt"-Schuetzer praesentieren sich Daimler Chrysler und die Weltbank. Die „Zukunft der Arbeit" scheint, ganz im Sinne von IBM, Volkswagen, Daimler Chrysler oder der Zeitarbeitsfirma ADECCO, in der zunehmenden Prekarisierung und Flexibilisierung der Lohnarbeitverhaeltnisse zu bestehen. Vielsagend ist auch folgendes Zitat aus dem Konzept fuer „Zukunft der Arbeit" von 1997: „Global agierende Unternehmen dominieren mit ihren Produkten den Wettbewerb. Im Streben nach Gewinnmaximierung werden arbeitsintensive Produktionen haeufig in Schwellen- und Entwicklungsländer verlagert. Dies foerdert auch die Ausdehnung der Maerkte und laesst immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben.(...) Vision: Weltfrieden durch Welthandel."
Ein weiterer auffallender Aspekt an der Expo ist die Tatsache, dass im Sinne des Konzeptes „nachhaltige Entwicklung/Agenda 21" zahlreiche Organisationen und Projekte aus den Bereichen Oekologie, Entwicklungspolitik, Frauenpolitik und Sozialarbeit als Akzeptanzbeschaffer eingebunden wurden und sich ebenfalls auf der Expo praesentieren. Hierbei sind die groessten deutschen Umweltverbaende, Word Wildlife Fund for Nature", die deutsche Welthungerhilfe, der Dachverband des alternativen „Dritte-Welt"-Handels und diverse Frauengruppen, die im Rahmen der Expo eine Frauenuniversitaet (es wird allerdings auch eine „autonome" Frauenuni geben!) durchfuehren. Dies sollte allerdings nicht als Gegengewicht zu den Konzepten von Staaten und Wirtschaft missverstanden werden.

Vielmehr geht es hier darum, der Expo einen oekologischen und sozialen Anstrich zu verpassen und somit die Modernisierung kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Herrschaft als zukunftsweisend und menschenfreundlich zu verkaufen.
Nun noch kurz zur organisatorischen Struktur der Expo:
Offizielle Vertanstalterin ist die Bundesrepublik Deutschland. Zustaendig fuer Planung, Durchfuehrung und Oeffentlichkeitsarbeit ist die privatrechtliche EXPO-GmbH. Der Aufsichtsrat ist zur Haelfte mit Wirtschaftsmanagern besetzt, den Rest bilden staatliche Repraesentanten, wie der Wirtschaftsminister der BRD und der Vorsitzende der Industriegewerkschaft IG Metall, Klaus Zwickel. Generalkomissarin der Expo ist Birgit Breuel, die sich bereits als Chefin der „Treuhand" mit der Privatisierung des ehemaligen DDR-
Staatsvermögens einen Namen machte. Nun noch zu der Frage nach den Gruenden für den Widerstand gegen die Expo: Die Akteure aus staatlichen Institutionen und Konzernen praesentieren uns ihren perfekten Zukunftsentwurf zu dem es keine Alternative geben soll. Es geht uns nicht in erster Linie um das, was von Juni bis November 2000 in Hanover passieren soll, sondern darum, die Ideologie, die hinter der Expo steht, zu demaskieren und anzugreifen. Dazu gehoert fuer uns auch, der scheinbaren Alternativlosigkeit des kapitalistischen Gesellschaftssystems Vorstellungen von einer Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft entgegenzusetzen. Dies sind fuer uns Perspektiven, die ueber –zweifellos notwendige- Widerstandsaktionen vor und waehrend der Expo hinausweisen.

(...)

Mobilisiert Ihr gegen die Expo 2000? Wenn dies der Fall ist, mobilisiert Ihr nach Hannover?

Ja wir mobilisieren gegen die Expo bzw. gegen das fuer was die Expo steht und wirbt. Uns geht es momentan darum auf lokaler Ebene mit anderen Gruppen gegen die Expo zu arbeiten. Es gibt hier (in Muenchen) genuegend „weltweite Expo2000"-Projekte. Wir muessen dafuer nicht nach Hannover fahren. Es geht uns auch ganz klar nicht um einen Teilbereichskampf sondern um die verschiedensten Bereiche, die Weltaustellungen wie die Expo abdecken: Gentechnik, Atomtechnologie, Bevoelkerungspolitik, Globalisierung,.... (es sind fast alle Teilbereiche in der Expo2000 enthalten). Wir denken das sich die Expo deshalb anbietet ,damit zu beginnen, die verschiedensten Teilbereichskaempfe zusammen zu bringen, um endlich wieder zu einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu gelangen bzw. diese neu zu bestimmen. Wir sind auch der Meinung das es wichtig waere, die ganzen Einpunkt-bezogen Kaempfen wie Antifa, Anti-Atom,... in einen Gesamtrahmen von sozialen kaempfen zu stellen. Ob wir nach Hannover mobilisieren wissen wir noch nicht (es soll dort eine Demo (zum Beginn der Expo) , bundesweite InnenStadtAktions Tage und ein internationalistisches Camp stattfinden). Was wir wissen ist, dass eine Demo zum Beginn der Expo bestenfalls die heisse Phase fuer den Widerstand gegen die Expo bedeuten darf: vielfaeltig und bunt ohne Spaltungen und Machtkaempfe. Uns ist es im Moment wichtig, dass bundesweit wie auch international dezentraler Widerstand ins Leben gerufen wird. Gerade die weltweiten Expo-Projekte bieten sich hierfuer an, weil sie auf der ganzen Welt zu finden sind. Zum Teil mit kaum durschaubaren sozialen und oekologischen Anstrich aber mit den klaren Fakten, die sich hinter Weltaustellungen verbergen: Akzeptanzschaffende Projekte fuer eine globales System von Arroganz und Macht gegenueber der Mehrheit der Menschen die nicht davon profitieren.

Ich habe in den A-infos gelesen dass Ihr "den Erfolg der Aktionen weniger an der Quantitaet und Groesse messen wollt als an den Beitraegen....(das habt ihr selbst geschrieben, also brauchen wir es wohl nicht uebersetzen....)
Wie wollt Ihr das erreichen?

Uns geht es nicht allein um die Masse von Menschen sondern um die Ergebnisse, die in diesem Zusammenhang erarbeitet werden sollen. Gerade im Zusammenhang mit der AntiExpo-Arbeit geht es uns um denm Versuch die verschiedenen Teilbereichskaempfe zusammen zu fuehren in der Hoffnung, wieder ein gesellschaftlich relevanter Faktor zu

werden. Es geht uns ganz klar um eine Neubestimmung linksradikaler Politik (wie schon vorher erwaehnt). Wir versuchen diese Auseinandersetzung zusammen mit anderen Gruppen in der bundesweiten AntiExpo Vernetzung zu fuehren. Wir denken auch das es mehr darum gehen muß, ein Bewusstsein in den verschieden Zusammenhaengen zu schaffen, mit dem Menschen wieder Anfangen selbstaendig zu denken und zu handeln (gerade das fehlte in Koeln). Was klar sein muss ist das jeglicher Machtanspruch und jegliche Form von Hierachien auf schaerfste bekaempft werden muesssen – auch in den eigenen Reihen. Wir denken, dass es wichtig ist, wieder an „unseren" inhaltlichen Positionen zu arbeiten und zu analysieren wie wir wieder mehr Leute erreichen koennen. Es kann aber in keinem Fall darum gehen Menschen fuer seine Inhalte zu vereinahmen. Mann/Frau muss gerade auch neuen Leuten die Moeglichkeit geben sich selbstaendig mit den verschiedenen Themen auseinander zu setzen um seine/ihre eigene Meinung zu bekommen.

Ihr bezieht Euch auf die Kampagne "Kein Mensch ist Illegal" und die "Innenstadtaktionen". Wo liegt die Kraft dieser Strategien?

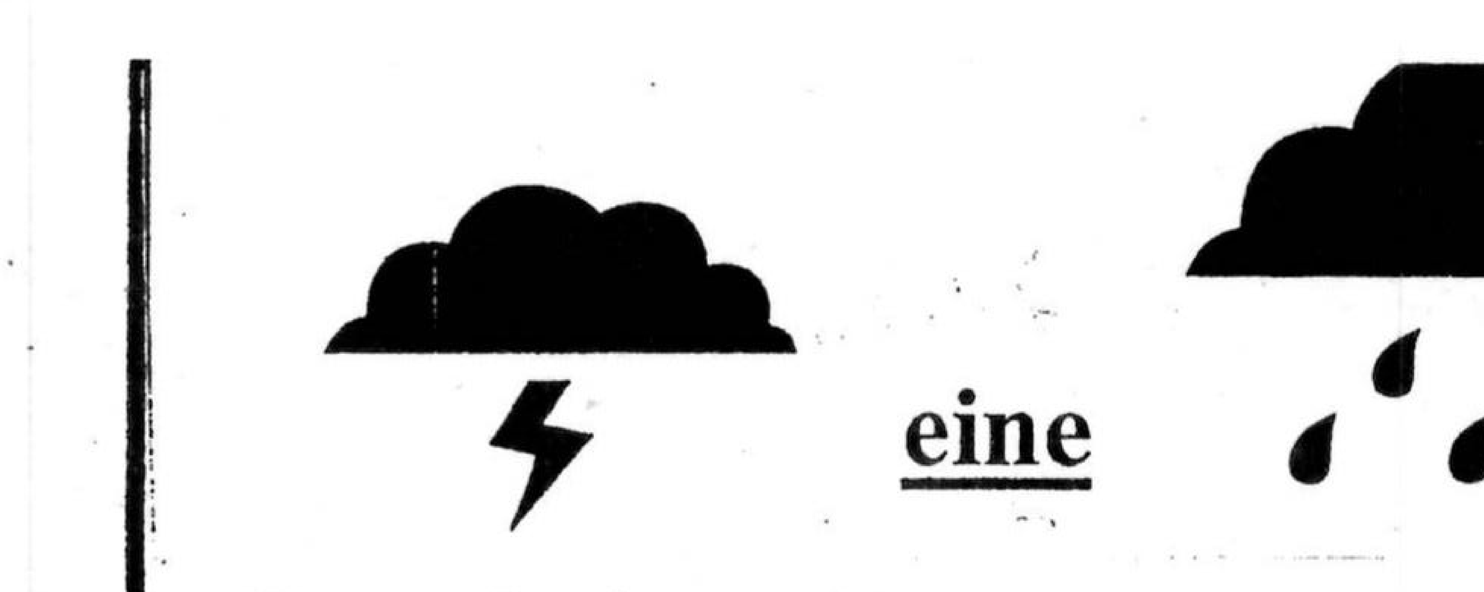
Fuer die, die „Kein Mensch ist illegal" und „Innenstadtaktion" nicht kennen, nochmal kurz zur Erklaerung: „Kein Mensch ist illegal" ist das Motto fuer eine Verbesserung der Vernetzung zwischen antirassistischen Gruppen und FluechtlingsunterstuetzerInnen. Unter dieser Losung laufen in der BRD zahlreiche Initiativen gegen die Abschiebung, Entrechtung und Illegalisierung von Fluechtlingen und MigrantInnen. Bei „Innenstadtaktion" geht es um den Kampf gegen die Privatisierung und Saeuberung der Innenstaedte und die damit verbundene Ausgrenzung und Vertreibung von Obdachlosen, Punks, (jugendlichen) MigrantInnen, DrogenuserInnen und anderen unerwuenschten Menschen durch Polizei und private Sicherheitsdienste.

Wir denken, dass die Kraft dieser Strategien vor allem darin liegt, dass es sich bei „kein Mensch ist illegal" und „Innenstadtaktion" um offene Kampagnen handelt, die viel Raum lassen fuer eigene Ideen und Aktionen. Mensch muss nicht zwangslaeufig Mitglied in einer Bestehenden „Kein Mensch ist Illegal"- oder „Innenstadt"-Gruppe sein, um sich als Teil der Kampagne zu begreifen. JedeR kann sich zum Beispiel eine Aktion gegen Abschiebung ueberlegen und sie unter das Motto „Kein Mensch ist Illegal" stellen, es gibt hier kein Copy-Right. Gleichzeitig schafft das plakative Motto eine inhaltliche Klammer und einen Wiedererkennungseffekt. Solche Kampagnen foerdern Diskussion und Austausch zwischen Menschen aus verschiedenen politischen Spektren und Szenen. Bei „Kein Mensch ist illegal" sind sowohl linksradikale AntirassistInnen als auch Kirchenasylgruppen dabei, bei den „Innenstadtaktionen" kamen Leute aus der autonomen Politszene und aus der Kulturszene zusammen. In beiden Fällen gab es eine grosse Bandbreite an unterschiedlichen Aktionsformen.
Daran wollen wir mit dem Anti-Expo-Widerstand anknuepfen: Verschiedene Leute sollen sich verschiedene Sachen ueberlegen, ihre jeweiligen Themenschwerpunkte hineintragen und damit die Vernetzung und Diskussion zwischen unterschiedlichen Ansaetzen von Widerstand verbessern. Dabei kommt es nicht darauf an, dass alle in jedem Punkt die gleiche Position vertreten, solange der emanzipatorische Grundkonsens gewahrt bleibt. Wir wuerden uns freuen, wenn im Rahmen des Anti-Expo-Widerstandes InternationalistInnen, AntirassistInnen, Antifas, Oekos, FeministInnen, HausbesetzerInnen, Erwerbslosengruppen, Antirepressionsgruppen, BasisgewerkschafterInnen und noch andere gemeinsame Handlungs- und Diskussionsansaetze finden. Besonder erfreulich faenden wir es, wenn die Expo einen Anlass darstellen wuerde, dass die Vernetzung von Widerstand auf internationaler Ebene vorankommt.

Soweit erstmal und gruesse aus Muenchen,
Internationaler AntiExpo2000 Kontakt

e-mail: antiexpo2000-de@gmx.de

(aus Platzgründen wurde der Artikel gekürzt)



eine "gewitterwolkenüberderradikalenlinken" Stellungnahme anläßlich eines Faschokonzerts in Biblis

Durch einen Zufall erfuhren wir, dass der einschlägig bekannte Nazi-Barde Frank Rennicke am 24.9. in Biblis (Riedhalle) ein Konzert geben sollte. Organisiert bzw. angemeldet wurde das Konzert (eher untypischerweise) von den Republikanern/Kreis Bergstrasse. Wir hofften u.a. darauf, durch öffentlichen Druck (Presse!!) die Stadt Biblis zu einem Verbot der Veranstaltung zu bewegen, was allerdings trotz einer Presseerklärung nicht gelang. Dass die Mobilisierung der Antifa-Gruppen aus dem Umkreis (Rhein/Main/Neckar...) schlecht und spät war, hatte verschiedene Gründe. Einer davon war, daß wir erst sehr kurzfristig von der Veranstaltung erfuhren.
Dennoch fuhren wir zum vereinbarten Treffpunkt nach Bürstadt und worden dort schon von drei BGS-Bussen empfangen, Personalienfeststellung inklusive. Nur andere Antifas haben wir leider nicht getroffen. Nach einiger Zeit entschlossen wir uns (obwohl wir nur lächerliche 10 waren) doch nach Biblis zu fahren, um uns das ganze wenigstens mal aus der Nähe anzuschauen. Nach einer weiteren Personenkontrolle am Ortseingang fuhren wir unter ständiger Beobachtung des BGS und diverser Zivicops in Autos und auf Motorrädern (wie unauffällig) durch Biblis. Ständig fuhren vollbesetzte Autos mit Naziglatzen an uns vorbei (am nächsten Tag in der Zeitung erfuhren wir das es wohl weit über 350 waren) Richtung Riedhalle. Nach zwei bis drei Runden durch Biblis hielten uns die Bullen auf. Sie wollten uns wohl einen Platzverweis erteilen. Wir durften und konnten nicht weiterfahren und so entrollten wir unser Transpi ("Weg mit dem rechten Sounddreck") und stellten uns neben die Bullenwagen an die Hauptstraße. Nach etwa 10 Minuten wurde das Transpi beschlagnahmt. Wir durften immer noch nicht wegfahren, da wir einen Platzverweis bekommen sollten (tatsächlich!). Nach einer halben Stunde durften wir dann weg und so machten wir uns gefrustet auf den Weg nach Hause.

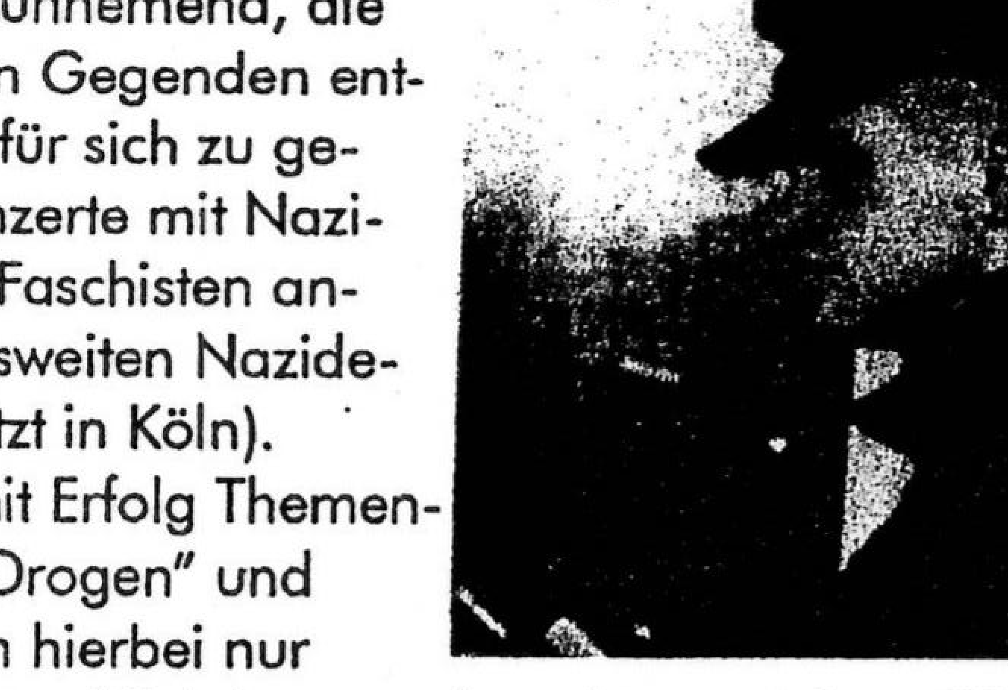
Fest steht: Die Nazis konnten intern ohne großes Aufsehen (wir erfuhren, wie gesagt, von dem Konzert nur durch einen Zufall) ca. 400 Leute nach Biblis mobilisieren. Hinzu kam ein weitertes mal ein riesiges Bullenaufgebot, welches dafür sorgte, dass die Faschos in Ruhe anreisen - saufen, grölen und und weitestgehend unbehelligt abreisen konnten. Trotz oder wegen alledem gab es quasi keine antifaschistische Gegenwehr !!! - obwohl bei den Vorbereitungstreffen teils große Worte gespuckt wurden (" ...wir werden 50 Leute oder mehr !!!???!!!") – aber auch vornehme Zurückhaltung an den Tag gelegt wurde. Wie dem auch sei/war, dies ist kein Text zum *"einfach mal so zur Kenntnis nehmen und weiter blättern"*, und es ist auch nicht der erste in diese Richtung (***müde-lahme Antifa*** etc...). Laßt diesen Text nochmals richtig durch eure Gehirnwindungen gehen. Und schreibt was ihr denkt und wie ihr die Sache seht, und für die *"aktive-lebendige"* Zukunft –
Laßt uns dafür sorgen, das so etwas so schnell nicht wieder vorkommt.

einige antifas, die mit dem verlauf und dem ergebnis nicht zufrieden sind......

Nazi-Aufmarsch am 6.11. in Göttingen? Kein Fußbreit den Faschisten!

Am Samstag, den 6.11.99 soll es in Göttingen einen Aufmarsch von Nazis geben. Aufgerufen haben dazu die NPD/JN Niedersachsen, die Kameradschaft Northeim, Blood&Honour Niedersachsen, Blood&Honour Hessen und das "Norddeutsche Aktionsbündniss".
Der Aufmarsch der Nazis kommt nicht völlig überraschend und unerwartet, sondern ist mehr oder minder logische Konsequenz vor allem zweier Faktoren:

- Zum einen ist die (militante) rechte Szene auch in Südniedersachsen seit geraumer Zeit wieder auf dem Vormarsch. Die Kameradschaft Northeim (Stadt ca. 20 Km nördlich von Göttingen) als zentrale Größe und Anlaufpunkt militanter Faschisten in der Region mit ihrem Kopf, dem ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden Thorsten Heise (siehe Foto) schafft es zuhnemend, die auch im Westen vor allem in ländlichen Gegenden entstehende rechte (Skinhead-) Subkultur für sich zu gewinnen (Heise organisiert mehrere Konzerte mit Nazi-Skinheadbands zu denen bis zu 1000 Faschisten anreisten) und tritt mittlerweile bei bundesweiten Nazidemonstrationen auf (u.a. In Kiel un zuletzt in Köln).
Gleichzeitig versuchen die Nazis z.T. mit Erfolg Themenbereiche wie "sexuellen Mißbrauch", "Drogen" und "Arbeit" etc., Zu besetzen und sprechen hierbei nur noch das aus, was Teile der in den letzten 10 Jahren nach rechts gerückten BRD-Gesellschaft sowieso denken. D.h. Sie können sich durch den rechten Mainstream und landläufige Ansichten und Aussagen durchaus bestätig und ermuntert fühlen.



- Zum anderen ist Göttingen noch immer ein Dorn im Auge (nicht nur) der
- örtlich-ansässigen Faschisten, da die Stadt noch immer als Hochburg der "Linken" und "autonomen Antifas" gilt. Dies liegt sicherlich nicht zuletzt an der Geschichte Göttingens (grob der letzten 10-12 Jahre):
- So gab es den letzten "Aufmarsch" durch Nazis vor über 10 Jahren, als ca 60 FAP-Anhänger das linke Jugendzentrum Innenstadt (Juzl) anzugreifen versuchten. Die Jahrzehntwende war insgesamt geprägt durch militante Auseinandersetzungen mit in die Stadt kommenden Nazis und diese mußten sich letztlich dem antifaschistischen Widerstand beugen, der damals sowohl durch autonome Antifas als auch durch linksliberale bürgerliche Gruppen getragen wurde. Die Nazis waren letztlich gezwungen Göttingen zu meiden bzw. Konnten zumindest nicht mehr öffentlich agieren und zogen sich wider aufs Umland zurück, wo sie allerdings bis heute nie wirklich verschwunden waren, sondern z.B. der Kameradschaft Northeim deutlich macht, dass sie kontinuierlich, wenn auch eingeschränkt weiterarbeiteten.
Auch wenn der Begriff der "nazifreien Stadt Göttingen" sicherlich ins Reich der Mythen gehört, so war mensch doch in Göttingen, auch im Vergleich zu anderen westdeutschen Städten, wenig bis gar nicht mit offen auftretenden Nazis konfrontiert.

Heute: Seit ca. 2Jahren gibt es in Göttingen wieder öfter offen auftretende Nazis im

Stadtbild, vor allem Naziskins aus dem Umland, sowie einige örtliche Faschisten, die versuchen in der Stadt wider Fuß zu fassen. Der NPD-Kader Daniel Hubert meldete einen NPD-Stand in der Innenstadt an und erhielt Unterstützung u.a. durch Stephan Pfingsten (Foto), Stefan Scharper und Martin Gotthard, die auch gute Kontakte zu Heises Kameradschaft Northeim haben. Es gab mehrere Auseinandersetzungen vor allem mit diesem Personenkreis und es wurde versucht das Juzl mit einem Brandsatz anzugreifen.
Seit kurzem gibt es auch in Göttingen wieder einen NPD-Kreisverband Göttingen, dessen Gründung diesem Personenkreis zuzuschreiben ist.

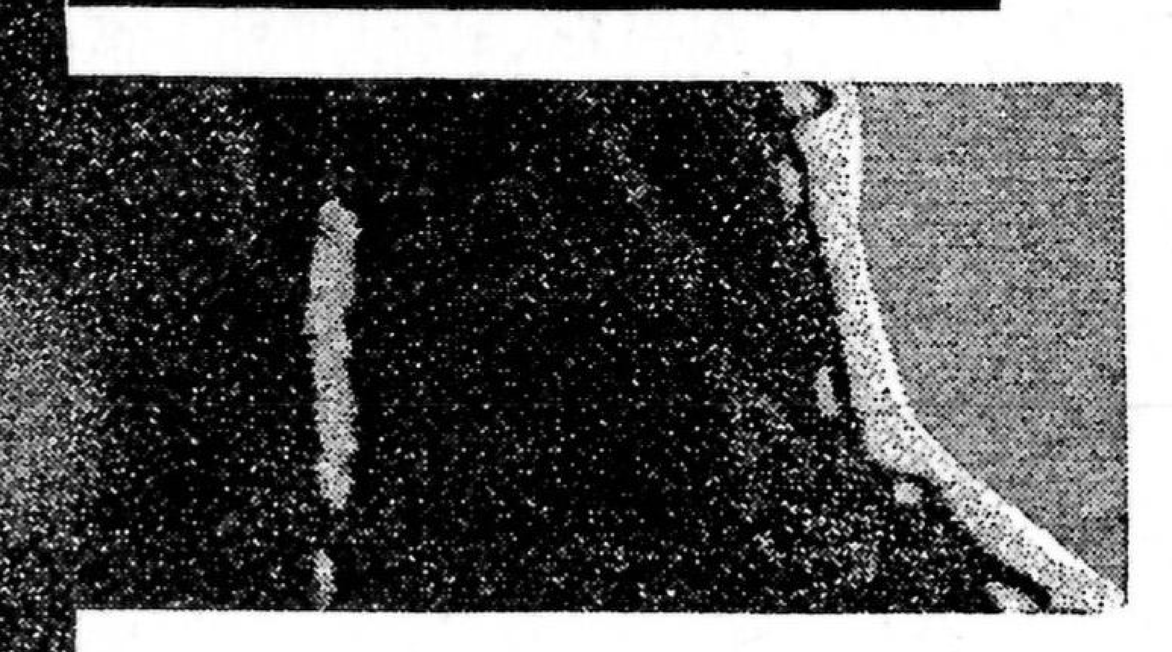


Die Nazis versuchen also wieder einen Fuß in die Stadt Göttingen zu bekommen und der Aufmarsch am 6.11. Soll unter anderem dazu beitragen. Der Aufruftext richtet sich ganz gezielt gegen die linke Szenen in Göttingen und gegen die 6 monatige Haftstrafe, die Thorsten Heise wegen Verstoßes gegen Bewährungsauflagen demnächst absitzen muß. So ist Anlass nicht nur "...das Zuhnehmen linkem Terror in der Region", die "Tatsache, dass Göttingen die Hochburg linker Gewalt in der BRD ist", in der "abgebrannte Autos, Wohnungseinbrüche, Raubüberfälle, Körperverletzungen usw. An der Tagesordnung" seien, sondern auch, dass "unser Kamerad Thorsten Heise (...) Jetzt eine Verurteilung vor dem Landgericht Göttingen, ohne Bewährung" erhalten hat.
Zunächst war die Nazi-Demo, für die bundesweit über Internet mobilisiert wird, für den 9.11. Angekündigt. Dieses Datum u.a. der Reichsprogromnacht reiht sich ein in die große Anzahl von Provokationen durch die Nazis in letzter Zeit.
Auch wenn wir nicht explizit zu einer bundesweiten Gegenaktion aufrufen, so sind uns doch alle willkommen, die einen Bezug zu Göttingen haben und uns unterstützen woller

Es gibt ab 9.00 Uhr verschiedene Blockadepunkte und ab Mittag eine Demo. Für aktuelle Infos über die Treffpunkte bzw. Eventuelle Verbotsverfügungen gibt es ein Infotelefon: 0172-4814707

Faschismus bekämpfen - Zusammen, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!

Gruppe Gegenstrom-Antifa AK; NH Fantifa



Solidaritätsbüro Mumia Abu-Jamal
c/o Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstr. 59
10965 Berlin
Fax: ++49 +30-7869984
http://www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia

Der Hinrichtungsbefehl für Mumia ist ausgesetzt

aber die Fax-Kampagne geht weiter!

Am 26.10. hat der zuständige Bundesrichter William Yohn am Bundesgericht in Philadelphia den Hinrichtungsbefehl für Mumia ausgesetzt. Der Richter hat diese Entscheidung getroffen, um mehr Zeit zu haben, um über Mumias Antrag auf ein neues Verfahren entscheiden zu können.

Was passiert jetzt?

Die Aussetzung des Hinrichtungsbefehls ist erstmal natürlich prima, sie ist aber keinerlei Hinweis darauf, wie der Richter über Mumias Antrag auf ein neues Verfahren entscheiden wird. Es gibt keine zeitliche Richtlinie für den Richter; der Entscheidungsprozeß kann mehrere Wochen oder auch mehrere Monate dauern. Bei Telefonaten mit Len Weinglass und Ramona Africa von International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal wurden mehrere Punkte genannt, die für die internationale Solidaritätsarbeit wichtig sind:

a. Die momentane Instanz - als Bundesrichter Yohn - ist die Instanz, bei der Mumia die besten Chancen hat, ein neues Verfahren zu bekommen. Danach gibt es nur noch das Bundesberufungsgericht, das sich an Yohns Entscheidung orientieren wird. Es gibt also gar keinen Grund, jetzt die Soliarbeit wieder auf Eis zu legen. Im Gegenteil: Gerade jetzt sollte soviel Öffentlichkeitsarbeit wie möglich laufen, um deutlich zu machen, daß die Forderung nach einem neuen Verfahren breit getragen wird.

b. Ganz wichtig für die juristischen Möglichkeiten von Mumia ist es, daß Richter Yohn ein sogenanntes „evidentiary hearing" anberaumt. Bei dieser Anhörung könnte das Anwaltsteam um Len Weinglass all die ZeugInnen und Beweise einführen, die von dem erstinstanzlichen Richter Alber Sabo abgelehnt und von der Staatsanwaltschaft unterdrückt wurden. Gewährt Richter Yohn dieses „evidentiary hearing" nicht, entscheidet er nach Aktenlage und auf der Basis von Richter Sabos Beurteilung der ZeugInnen und Beweise - die bekanntermaßen für Mumia denkbar schlecht ausfällt. Darüber hinaus bestimmt die Beweisaufnahme vor Bundesrichter Yohn die Beweislage für die Bundesberufungsinstanz. Deshalb rufen die us-amerikanischen Soligruppen dazu auf, die Faxkampagne an Richter Yohn weiterzuführen, mit einer Betonung darauf, daß er dieses „evidentiary hearing" anberaumen und anschließend Mumia ein neues Verfahren gewähren soll. (Einen Fax-Vorschlag an den Richter findet Ihr im Anhang). Im Dezember wird der Richter eine erste Anhörung beider Seiten - also Mumias Anwaltsteam, eventuell Mumia selber, und die Staatsanwaltschaft - anberaumen, um dann über das evidentiary hearing zu entscheiden.

c. Die Faxe an den Gouverneur sollen auch weiter geschickt werden, denn für den Fall, daß Yohn ein neues Verfahren ablehnt, wiederholt sich, was wir in den letzten Wochen erlebt haben: Ridge wird einen dritten Hinrichtungsbefehl unterzeichnen. (Fax-Vorschlag ist auch im Anhang).

Soweit erstmal, wir halten Euch auf dem Laufenden, was folgt ist noch mal ein kurzer Rückblick und dann die Fax-Vorschläge:

kampagne/mumia/

Fax-Vorschlag an den zuständigen Richter: (Bitte schickt diese Faxe an unsere Adresse, wir leiten sie dann an den Anwalt weiter.)

To the Honorable
Judge William Yon
Federal District Court of Philadelphia

Dear Judge Yon,

We, the undersigned, urge you to issue a stay for the death warrant of Mumia Abu-Jamal. We believe that Mumia Abu-Jamal, a reknowned journalist and ex-Black Panther activist, did not receive a fair trial in 1982 and was unjustly convicted of killing police officer Daniel Faulkner. We further believe that the facts in his case warrant a new trial for Mr. Abu-Jamal which would offer the chance to hear all the facts and the suppressed evidence. In accordance with amnesty international whose president Pierre Sané has called for a new trial for Mr. Abu-Jamal, we ask you to grant an evidentiary hearing and then a new trial to Mr. Abu-jamal and not rush Mr. Jamal to death. We are opposed to the death penalty in general. The facts and statistics show that the death penalty is applied with racist intentions. Mr. Jamal's case is yet another example of the racist context in which the death penalty is applied. We hope that you will consider Mr. Jamal's request for a new trial favorably.

Sincerely yours,

FREE FREE

Untenstehender Text wurde zuerst für die Ostberliner Zeitschrift „telegraph“ (Ausgabe 1/1999) zum Themenheft „10 Jahre ‘friedliche Revolution’“ geschrieben und dort veröffentlicht. Daher wendet sich der Text primär an ein ostberliner und in die damaligen Ereignisse verwickeltes Publikum. Trotzdem setzt er dem derzeit herrschenden Medienrummel rund um den „Mauerfall“ einen anderen Blick entgegen. Die hier abgedruckte Version wurde leicht überarbeitet, insbesondere wird an einigen Stellen mehr erklärt. Der „telegraph“ versteht sich als Nachfolgeorgan der in der DDR im Untergrund erscheinenden „Umweltblätter“. Ihre Kritik am autoritären Sozialismus verstanden sie nie als Bejahung des westlichen Kapitalismus.

Aufstand in Ost und West

Westberliner Autonome und die DDR

Am Abend des 13.12.1981 klirrten am Kurfürstendamm in Westberlin mal wieder die Scheiben. Gezielt wurden aus einer Spontandemo von etwa 200 Menschen heraus die Schaufenster der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot, der polnischen LOT, der britischen BEA und der us-amerikanischen Pan Am eingeworfen - „Aufstand in Ost und West, gegen Warschauer Pakt und Nato-Pest“. Beschlossen und organisiert hatte diese Demo am selben Nachmittag der westberliner Besetzerrat als Antwort auf den Militärputsch in Polen. Verwirrt schrieb die „Bild“-Zeitung am nächsten Tag von „wütenden jungen Leuten“ statt der üblichen „Chaoten“.

Soviel zum in Ostberliner Seitenstraßen gerne kolportierten Gerücht, „die“ Westautonomen bzw. Westlinken hätten sich nie um den Osten gekümmert. Zwar wundert es mich noch heute, wie widerspruchslos diese Demo von fast allen Anwesenden auf dem Besetzerrat getragen wurde. Natürlich kann diese Aktion gegen den Militärputsch in Polen nicht wegmachen, daß es einen antiimperialistischen Flügel der HausbesetzerInnenbewegung und einen DKP-gesteuerten Flügel der Friedensbewegung gab. Aber uns gab es auch. Und wir[1] fühlten uns mit allen Aufständischen weltweit solidarisch. Sicher hatten wir mit den realen Menschen in Polen wenig zu tun (genausowenig wie mit den Menschen in Mittelamerika), aber wir hatten ein sicheres Gespür, wo sich Aufständische und RebellInnen gegen Macht und Herrschaft bewegten. Und dieses Gefühl war für uns unteilbar.

Und es war nicht nur Gefühl: die anarchistische und sozialrevolutionäre Kritik an der SU war uns geläufig, die DKP und SEW uns verhaßt, und der Kampf der eritreischen Befreiungsbewegung gegen das von der SU gestützte Folterregime in Äthiopien ein Begriff. Aus dem alles lähmenden Dualismus BRD/DDR wollten wir raus. Die RAF interessierte uns als politisches Projekt wenig, auch wenn wir noch nicht wußten, daß sie zur gleichen Zeit bei der StaSi unterm Kirschbaum saß und an ihrem Frontpapier schrieb. Vielleicht gefühlsmässig ahnten. Im wohl wichtigsten Organ der Bewegung 80/81, der „radikal“, wurde immer wieder positiv auf „Solidarnosc“ und die Streiks in Polen Bezug genommen.

Doch nun zur DDR. Dort gab es 1980/81 eben keine Aufstände, und mit unserem reduzierten Raster suchten wir nach Mollies und Steinen. Wer keine Verwandten in der DDR hatte, kannte höchstens die Transitautobahnen und die beliebten Mitropa-Gaststätten. Die wenigen Menschen, die in diesen Jahren aus der DDR nach Westberlin kamen, liessen sich in unserer Szene wenig blicken oder verliessen diese meist nach wenigen Tagen kopfschüttelnd.

Erst zwei Jahre später, im Oktober 1983 erscheinen in der „radikal“ zwei Artikel über die DDR, die beide als wesentliches Gefühl bei einem Besuch der DDR die Fremdheit beschreiben, obwohl die politischen Gemeinsamkeiten wie der Kampf gegen Militärdienst und Hochrüstung auf der Hand zu liegen scheinen. „Mauerspringer“ erzählt vom Besuch einer Bluesmesse in der Erlöserkirche, „keine 500 Meter von Kreuzberg entfernt“. Weil er nach ein paar Stunden wieder rüber kann, fühlt er eine Fremdheit in sich, die zur Distanz wird und verhindert, daß er sich jemanden anzusprechen getraut. Enttäuscht stellt er am Abend fest: „... ich fahr' wieder zurück, hab' die Fremdheit nicht knacken können, Spielfilmwechsel, jetzt läuft wieder Westprogramm.“ Ansonsten wird beschrieben, wie Tausende diese Bluesmesse besuchen, und im Rahmen von Gottesdiensten darum gebetet wird, daß „der Herr uns die Kraft geben möge, allen Militärdiktaturen zu widerstehen, in Chile, in Guatemala und anderswo“. Jeder weis, daß mit „anderswo“ Polen gemeint ist, aber dieses kleine Wort explizit in der Öffentlichkeit auszusprechen ist die Grenze, wo 1983 in der DDR die reale Bedrohung mit Knast anfängt. „Mauerspringer“ ist wahrscheinlich gewohnt, bei „Anarchie als Minimalforderung“ mit diskutieren anzufangen. In einem Vorspann versucht die „radikal“-Redaktion eine Parallelität in der Benutzung von Pseudonymen

[1] Dieses „wir“ ist natürlich kein bruchloses „wir“, gemeint ist hier das „wir“ einer Bewegung, das aber viel mehr ist als ein, zwei, drei „Ichs“.

herzustellen: „Beide Artikel unter Pseudonym - Angst vor Moabit. In der DDR müßten sie auch ein Pseudonym benutzen - Angst vor Pankow."[2]

Diese Fremdheiten beginnen sich erst ab Mitte der 80er Jahre ansatzweise aufzulösen, als immer mehr Exilanten aus Sachsen und Thüringen in Westberlin stranden, die alltagskulturell an die inzwischen entstandene autonome Szene andocken können. In manchen Klassen der SFE im Mehringhof (Schule für Erwachsenenbildung - zweiter Bildungsweg) stammt fast die Hälfte der SchülerInnen aus der DDR. Erst dadurch entstehen mehr persönliche Beziehungen. Da sie meist nicht mehr in die DDR einreisen dürfen, fahren wir für sie zu ihren Eltern und Geschwistern, Weihnachtsgeschenke und Briefe, die besser nicht mit der Post gehen sollen, abgeben, und Treffs mit ihren FreundInnen in der CSSR klarmachen.

Doch für die Allermeisten bleibt die Fremdheit. Kopfschüttelnd kommen drei FreudInnen von einer Fahrt nach Jena, Weimar und Leipzig zurück. Als zu fremd, zu eingesperrt, empfinden sie die alltägliche Lebensathmosphäre. Wir, die wir die Enge der süddeutschen Kleinstädte nicht ertragen, wie sollen wir es in Jena oder Weimar aushalten?

Auch konkret politisch fällt der autonomen Linken bis Mitte der 80er Jahre nicht allzuviel zur DDR ein. Klar sind wir abstrakt gegen die Diktatur der SED, gegen Militär, militärische Disziplin und Wehrpflicht, gegen die Mauer und das Reiseverbot, doch wir finden - und meiner Meinung nach gibt es auch keinen - Ansatz zum aktiven Handeln. Da liegt Nicaragua einfach näher. Gleichzeitig genießen wir in unseren Nischen in Westberlin die kleinen Vorteile der Ost-West-Konfrontation: keine Wehrpflicht und jede Menge staatliche Subventionskohle, um das Schaufenster des Kapitalismus am Leuchten zu halten. Und welche Bedeutung die Systemkonkurrenz für die Ausgestaltung des Sozialstaats in Westdeutschland hat, erleben wir seit dem Ende der DDR.

Doch im Laufe des Jahres 1987 beginnt sich einiges zu ändern. Langsam entsteht ein neues Interesse an den Veränderungen im Ostblock, nicht zuletzt ausgelöst durch Gorbatschow. Mit seinen ambivalenten politischen Botschaften - einerseits endlich bürgerliche Freiheitsrechte auch im Sozialismus zuzulassen, andererseits den Ostblock für den kapitalistischen Weltmarkt fitmachen und das jahrzehntelange Patt zwischen ArbeiterInnenklasse und Kommunistischen Parteien aufbrechen - erweckt er auch bei uns eine irritierte Neugierde. Soll auf die zentralstaatlich gelenkte nachholende Modernisierung doch die Fabrik mit von der Belegschaft gewählten Fabrikdirektoren folgen? Sollen die Kolchosen wirklich in selbstverwaltete Genossenschaften als freie Assoziation der BäuerInnen übergehen? Oder bereitet er nur den Ausverkauf an den westlichen Kapitalismus vor? Klar wissen wir heute, was Illusionen waren und was sich real durchgesetzt hat. Aber um die politische Ambivalenz zu verstehen, mit der wir damals den politischen Veränderungen im Ostblock gegenüberstanden, ist es wichtig, uns dies nochmal zu vergegenwärtigen. Und diese Ambivalenz durchzog und lähmte auch die Opposition in der DDR, als es darauf ankam. Revolutionen macht mensch auf jeden Fall nicht mit Ambivalenzen, sondern mit klaren Forderungen und Zielen.

Für die DDR hießen damals die realpolitischen Alternativen: Sturz der SED-Herrschaft um jeden Preis, was de fakto eine Übernahme durch den Westen bedeutete, oder ein Bündnis mit den moderaten Teilen der DDR-Eliten in Partei, StaSi, Staat und Kirche, um eine grundrenovierte DDR zu erreichen. Realpolitik ist - zum Glück - nicht unsere Stärke. Nur sollten wir uns auch dies nochmal klarmachen, wenn wir über die Wende reden. Und nicht anderen die Schuld geben, wenn wir über unsere eigenen Füße gestolpert sind.

Beispielhaft für diese Ambivalenz auch innerhalb der DDR-Opposition ist ein Streitgespräch zwischen zwei meiner FreundInnen, S. und A., im Sommer '88 in einem Cafe am Müggelsee. Beide sind stark in der „Kirche von Unten" engagiert. S. vertritt die „vollautonome" Position des „Hau weg den Scheiß" und lebt sie auch so weit es geht. Angst hat er vor dem „Aso-Paragrafen"; vor der StaSi hat er keine Angst mehr. „Die wissen doch eh' alles" und so bewahrt er offen 50 Exemplare einer Untergrundzeitschrift in seiner Wohnung auf. A. dagegen, Studentin der Ökonomie und zumindest potentielle angehende ManagerIn in einem der großen weltmarktfähigen DDR-Kombinate, hofft und setzt auf eine Veränderung im Sozialismus. Konkret haben sich auch seit 1987 die Ausbildungsinhalte an ihrer Uni schon soweit verändert, daß in den Seminaren Klartext geredet wird; z.B. daß eine Mark der DDR auf dem Weltmarkt nur etwa 24 Pfennig der BRD wert ist. Daher agiert sie sehr viel vorsichtiger und immer am Erhalt der DDR als solcher interessiert.

Auf jeden Fall gibt es seit 1987 wieder mehr politische Kontakte in die DDR. Viele meiner westberliner FreundInnen nehmen den „Kirchentag von Unten" 1987, mit der Androhung einer Kirchenbesetzung durch die DDR-Opposition, wahr. Die im Vorfeld der IWF-Kampagne 1988 neu gegründete Wochenzeitschrift „Interim" der westberliner Autonomen druckt viele Flugblätter und Zeitschriftenarztikel aus den Ostberliner Untergrundzeitschriften „Umweltblätter", „Grenzfall" und „Friedrichsfelder Feuermelder" nach. Und in autonomen Kreisen wird mache Reise einer Geha-Druckerpatrone für die Abziehgeräte und Doppelcassettendecks[3] in den Osten organisiert; bezahlt aus den finanziellen Überschüssen autonomer Projekte und Alternativbetriebe. Nur bindet man es den „Schwatzbasen im Osten" nicht auf die Nase, sondern faselt was von Alternativer Liste (AL), etc. als Quelle. Spätestes seit Mitte 1988 war die „Interim", die „radikal"

[2] Im Sommer 1983 waren in Westberlin zwei mutmassliche Mitarbeiter der „radikal" verhaftet worden und zwei Monate in Untersuchungshaft gesessen. In einen Prozeß wurden beide im Frühjahr 1984 zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verurteilt.

[3] Damals ein sehr seltenes und teures Gerät.

und das „Antifa-Infoblatt“ in der Ostberliner Umweltbibliothek erhältlich.[4] Gleichzeitig entsteht „Radio Glasnost“ im Rahmen von „Radio 100“ und auch bei der „taz“ gibt es ab und zu eine Seite der Ostberliner Opposition.

Obiges hört sich jetzt alles sehr bauchpinselnd euphorisch an. Was ich damit sagen will, ist, daß ein gemeinsames bzw. paralleles Vorgehen gegen die Herrschenden in Ost und West nicht an technischen Problemen und Voraussetzungen gescheitert ist, sondern an kulturellen Fremdheiten im Alltag und inhaltlichen politischen Ambivalenzen auf beiden Seiten. Wie aus dem Osten uns zu recht vorgeworfen werden kann, daß die realen Unterdrücker in der DDR allzuoft verharmlost wurden, gilt dies umgekehrt aber genauso: wer schrieb denn 1988 einen Bettelbrief an IBM und andere Westfirmen, um um alte Kopiergeräte für die DDR-Opposition zu bitten? Im Buch „20 Jahre radikal“[5] schreibt dazu „Billy the kid“: „Es gab Solidarität mit den kämpfenden Bewegungen im Ostblock. Aber diese Solidarität braucht erstens ein Subjekt und zweitens die Voraussetzung, daß die Kämpfenden dort sich nicht den Herrschenden hier in die Arme werfen.“ Diesen Satz können sich nun West- wie Ostlinke gegenseitig um die Ohren knallen.

Und dann das Problem des fehlenden Subjekts in der DDR, auf das man sich hätte beziehen können. Sicher setzte die StaSi alles daran, genau das Entstehen eines antagonistischen Subjekts (wie Solidarnosc in Polen) zu verhindern. Sie war jahrelang erfolgreich mit ihrer Strategie, den Widerstand durch mehr oder weniger freiwillige Ausreisen in den Westen ständig ausbluten zu lassen. Und als es im Januar 1988 endlich so weit hätte sein können, knickten zu viele der Akteure nach wenigen Tagen in StaSi-Haft ein und willigten in ihre Ausreise ein. Persönlich sicher nachvollziehbar, aber politisch eine Katastrophe.[6]

In diesen beiden Jahren vor der Wende wird der sich immer wieder neu formierende Widerstand in der DDR von „den“ Westautonomen aufmerksam verfolgt. Am 25.11.88 nennt sich die „Interim“ „VEB Interim“ und berichtet auf zwölf Seiten über die Aktionen in Ostberlin gegen die IWF/Weltbank-Tagung, wirtschaftpolitische Diskussionen in Berlin-Friedrichsfelde und die Repression gegen Punks in Dresden. Das einleitende Vorwort endet mit dem Hinweis, daß die von 25 DDR-Basisgruppen geforderte Wählbarkeit von Direktoren und Lehrern „auch hier mal auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte“. Ich glaube behaupten zu können, daß 1988 und 1989 sich in keiner westdeutschen Zeitschrift soviele Orginaltexte aus der DDR finden lassen wie in der „Interim“. Immer ihrer Zeit voraus, spüren einige westberliner Autonome sehr wohl, daß sich im Osten eine „vorrevolutionäre Situation“ zusammenbraut, wie die „Interim“ am 26.10.89 schreibt. „Nur sei leider noch völlig offen, ob es in Richtung einer bürgerlichen Demokratie oder eines libertären Sozialismus kippt.“ Den ganzen Sommer und Herbst 1989 finden sich in der „Interim“ Artikel, Beiträge und öffentliche Briefe aus der DDR und vereinzelt anderen Ostblockstaaten. Die grundsätzliche Zurückhaltung der Redaktionen der „Interim“ mit eigenen Kommentierungen - in der Interim sollen die AutorInnen der Texte selbst sprechen - gilt auch für die Texte aus der DDR. Das Politikum ist, daß sie an so hervorgehobener Stelle im Heft abgedruckt werden.

Es kann also nicht behauptet werden, daß sich „die“ Westautonomen nicht für die Situation im Ostblock interessierten. Wenn's überblättert wurde, war dies ein individuelles Problem; machten aber meiner Erinnerung nach viele, weil die DDR ihnen einfach - wie oben beschrieben - zu fremd war. Eine reale Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR hätte zuviel Anstrengung bedeutet und als Projektionsfläche für revolutionäre Träume taugte sie nun ja überhaupt nicht. Da war Nicaragua einfach exotischer. In der Ausgabe vom 12. Oktober 1989 taucht eine Stellungnahme einer „Interim“-Redaktionsgruppe auf, die klar benennt, welche Gruppen in der DDR sie unterstützen möchte: „Keine Wiedervereinigung und Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln (unabhängig von den konkreten Organisationsformen) sind jedenfalls für uns Grundvoraussetzungen für einen Widerstand gegen die Parteibonzen in der DDR, der nicht Gefahr läuft, direkt in die Hände der Bonner Mafia zu arbeiten.“ Desweiteren wird sich in diesem Vorwort explizit gegen die Einmischung durch Westmedien in die inneren Angelegenheiten der DDR ausgesprochen. Dies geschieht durch die Veröffentlichung eines „taz“-Konzepts zum 7.Oktober, die die Herausgabe eines Extrablattes planen, falls es an diesem Tag zu großen Ereignissen in Ostberlin kommt.

Von der Flüchtlingswelle des Sommers ‘89 werden wir genauso überrollt wie alle anderen in Westdeutschland. Was sollst du gegen Menschen sagen, die einfach auch mal nach Italien und ein Auto fahren wollen, das aus mehr als Pappe besteht. Und „richtiges Geld“ verdienen. Du hast es selbst nicht in Süddeutschland ausgehalten, warum sollen sie es aus „revolutionärer Pflichterfüllung“ in der DDR aushalten. Gleiche Rechte für Alle!

Den Abend des Falls der Mauer am 9.November würde ich auch heute noch als einen der glücklichsten Momente in meinem Leben und im Leben dieser Stadt bezeichnen. Ungeachtet all' der politischen Implikationen, die die Maueröffnung nach sich zieht, sondern auf der rein menschlichen Ebene. Jetzt können wir uns mit den FreundInnen aus Ostberlin und der DDR auch in Westberlin treffen. Und etliche meiner aus der DDR

---

[4] Dazu noch eine Bemerkung zur scheinbaren Allmacht der StaSi. Der damals benutzte Kanal nach Ostberlin wurde von der StaSi bis zur Wende nicht aufgedeckt.

[5] “20 Jahre Radikal - Geschichte und Perspektiven autonomer Medien“, Gemeinschaftsausgabe der Verlage Schwarze Risse, Unrast, Libertäre Assoziation und ID, Berlin 1996, Seite 37.

[6] Im Übrigen erschien ein diese Ereignisse sehr kritisch aufarbeitende Artikel von Reinhard S. „Gewogen und für zu leicht befunden“ in voller Länge in der Ausgabe Nummer 2 der „Interim“ im Mai ‘88.

ausgebürgerten Bekannten können seit diesem Tag FreundInnen, Geschwister und Eltern wiedersehen. Man sollte diese Ebene nicht zu gering schätzen, den daraus speist sich zu einem Teil die Dynamik der kommenden Monate.

Gleichzeitig laufen wir an den Tagen der Maueröffnung nochmal mit unserem autonomen Aktionismus zur Höchstform auf. Es gelingt uns, zusammen mit vielen anderen, Kohl und seine Bande beim Absingen des Deutschlandslieds vor dem Rathaus Schöneberg abstürzen zu lassen. Wir organisieren eine Demonstration auf dem Ku'damm am 12.11.89 mit ca. 3.000 Leuten. „Die Freiheit die sie meinen, ist die der Deutschen Bank" schreien wir den hunderttausenden an den Straßenrändern stehenden DDR-BürgerInnen entgegen. Doch die schauen uns nur völlig entgeistert wie Marsmenschen an. Real sind wir zu schwach und haben weder im Osten noch im Westen eine ausreichend im Alltag der Menschen verankerte Programmatik, um der Entwicklung etwas entgegenzusetzen.

Die „reale" ArbeiterInnenklasse der DDR entscheidet sich ganz klar für die Westmark. Warum sollen sie für 800 Mark der DDR weiter in ihren heruntergewirtschafteten Betrieben schuften, wenn es bei einer Vereinigung für die gleiche Arbeit auch 2.500 DM geben wird. „Kommt die DM, bleiben wir!" lautet die geschickte Erpressung des westdeutschen Etablishments, das sich aufgrund dieses Drucks für die - rein wirtschaftlich betrachtet widersinnige - sofortige Einverleibung der DDR entscheiden muß. Die ersten Pläne der Bundesregierung im Herbst/Winter 89/90 gingen noch von einem zehnjährigen Anpassungsprozeß aus. Daß sie dies einem großen Teil der ArbeiterInnen der DDR bitter heimzahlen, steht auf einem anderen Blatt.

Im Gegensatz zur ArbeiterInnenklasse der DDR spricht sich die Westlinke zwar abstrakt und auf der ideologischen Ebene für den Erhalt der DDR aus. Konkret hat auch von ihnen niemand Lust für 800 Mark der DDR im Monat nach Leipzig zu ziehen und dort als ChemiewerkerIn oder VerkäuferIn zu arbeiten. An den großen Entwurf des Kommunismus zu glauben, aber sich selbst nicht auf der konkreten Baustelle im Schlamm zu denken. An dieser zentralen materiellen Frage, woher sollen die Brötchen kommen, und wieviele für welche Anstrengung, scheitern wir im seit Jahrzehnten im Westen und genauso die libertären Linken im Osten. Hier zeigt sich die große Schwäche fast aller Linken: ideologiekritisch „überbelichtet", aber gesellschaftskritisch völlig „unterbelichtet". Beispielsweise geht es bei der Frage des „Rassismus" auch nicht an die eigenen Pfründe. Die aus dem Osten und Süden kommenden Menschen sind keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarktsegment, in dem eine „wohlgeformte" deutsche Sprache benötigt wird. Aber auf der Baustelle. Das rechtfertigt in keinster Weise, wie sich viele Menschen in der Ex-DDR gegenüber Ausländern verhalten. Aber wir sollten auch mal ab und zu unsere eigene „Klassenlage" analysieren.

Als sich die Staubwolken der Wendewirren lichten, stellen sich die TrägerInnen der Wende als genauso gesellschaftlich isolierte, persönlich meist aus dem Mittelbau der DDR-Eliten kommende, Szene heraus wie die Autonomen im Westen.

Zehn Jahre später ist es müßig, darüber zu spekulieren, was wäre gewesen, wenn ...! Würde ein Hans Modrow als Ministerpräsident der DDR 1999 anders handeln können als die ex-kommunistischen Präsidenten von Polen oder Ungarn? Mit der gleichen Ambivalenz, mit der wir uns Ende der 80er Jahre nicht für oder gegen die DDR als solches entscheiden konnten, weinen wir ihr nun eine freudige Träne nach. Einerseits sind wir endlich raus aus dem alles lähmenden Systemdualismus, und andererseits erleben wir jetzt, wie damals die Systemkonkurrenz unsere Verhandlungsposition als Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, gegenüber den Kapitalisten gestärkt hat.

Die anstehenden Fragen einer sozialrevolutionären Bewegung in Europa hat meiner Meinung nach wenig bis nichts mit der historischen Frage nach der DDR und dem Widerstand in diesem Land zu tun. Zu verwickelt ist die Geschichte der DDR mit den stalinistischen Verbrechen und den Fehlern der kommunistischen Bewegungen, als da etwas als Vorbild zu retten wäre. Die paar positiven Mentalitätsunterschiede der BewohnerInnen der Ex-DDR im Verhältnis zu den Ex-BRDlerInnen wiegen sich mit den negativen auf. Die Grenze verläuft weiterhin nicht zwischen der Ex-BRD und der Ex-DDR, sondern zwischen Oben und Unten.

Benjamin



Liebe "Antifagruppe H.B.",

wir danken Euch für Eure freundlichen Informationen und bitten um weitere sachdienliche Hinweise.
Ihr erreicht uns über die Euch offenbar bekannte Postadresse, Telefon und Fax. Wir sind immer für Euch da.
Ausführliche Stellungnahme folgt. 28.10.99

Das Ⓐ-LADEN-Plenum

Anzeige

GdV-Team der radikal


Gegen das Vergessen - Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland

neu herausgegeben und bearbeitet



Seit Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre erschien in der autonomen Zeitschrift 'radikal' die Geschichtsserie *Gegen das Vergessen*. Zuerst als ein längerer Artikel zur Geschichte des Widerstands von Unten im Zeitraum von 1847 bis 1933 in Deutschland konzipiert, entwickelte sie sich zu einer fundierten elfteiligen Serie über sozialrevolutionären Widerstand und Verweigerung in diesem Land.
Die elfteilige Serie unterteilt sich in zwei Blöcke: der erste mit acht Teilen umfaßt den Zeitraum von 1847 bis 1953. Der Schwerpunkt liegt daher auf der Weimarer Republik, der Zeit des Faschismus und den Gründungsphasen von DDR und BRD. In einem zweiten Block mit drei weiteren Teilen wird - ausgehend von den Hexenprozessen und der Reformation - versucht, Erziehung, Sexualität und Arbeitsideologie nachvollziehbar und bewußt zu machen. Wie wurden 'wir' durch jahrhundertelange Prozesse von Erziehung und Terror zu dem gemacht, was wir heute als unser 'ich' und 'unsere Wünsche' empfinden?
Die Texte überzeugen durch ihren konsequenten Blick von unten und die Präsenz einer feministischen Perspektive, die die übliche Herrschaftsgeschichtsschreibung radikal kontrastieren. Immer wieder suchen die AutorInnen den Dialog mit ihren LeserInnen, setzen die historischen Ereignisse in Bezug zu heutigen Situationen, und spüren den Mentalitäten der handelnden Personen in den jeweiligen historischen Situation nach. Dabei stehen die AutorInnen stets auf der Seite derer, die in diesem Land eine sozialrevolutionäre Umgestaltung erreichen wollten und wollen. Im Mittelpunkt ihrer Geschichtsschreibung stehen die aktiven, angreifenden Versuche, Widerstand zu leben und einen Umsturz herbeizuführen. Trotz deutlicher Sympatie der AutorInnen auch allen, historisch konkurrierenden, kommunistischen Ansätzen gegenüber, wird seit der Gründung der KPD 1919 keine Problematik beschönigt und kein Verbrechen verschwiegen.
Nicht HeldInnenverehrung und Revolutionsromantik sind das Anliegen der Texte. Es wird auch kein neues, geschlossenes Geschichtsbild präsentiert. Vielmehr geht es um den Prozeß kritischer Annäherung an die und Aneignung der eigenen Geschichte. Das entworfene Panorama und seine Mosaiksteine machen Lust auf mehr und laden ein, sich selbst intensiver mit diesen Zeiten zu beschäftigen.
Für die Buchausgabe wurden alle Texte neu gesetzt und sprachlich leicht überarbeitet, ohne dabei die lebendige Alltagssprache zu verlieren. Geringfügige sachliche Fehler wurden stillschweigend verbessert. Darüber hinaus wurde eine kommentierte Literaturliste hinzugefügt, die Neugierig-Gewordenen Tips zum Weiterlesen bietet.
Ein Buch für alle, die eine andere als die offizielle beziehungsweise traditionell kommunistische Geschichtsschreibung kennenleren wollen. Und ein Buch, das allen, die dabei sind, ihre Hoffnungen und Träume zu verlieren, ein fröhliches 'Trotz Alledem' vermittelt. Verloren zu haben heißt noch lange nicht, Unrecht gehabt zu haben. Sondern es gilt sich der Anstrengung zu stellen, beim nächsten Anlauf aus den Fehlern gelernt zu haben und alles besser zu machen.

Gegen das Vergessen - Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland
Unrast-Reprint 4; ca. 350 Seiten, 29,80 DM; ISBN 3-89771-800-6
Seit Mitte Oktober 1999 auf jedem guten Ladentisch



Nazi-Aufmarsch am 6.11. in Göttingen? Kein Fußbreit den Faschisten!
Freitag 5.11.
Haus der Demokratie und Menschenrechte,Greifswalderstr.4, 2.HH, 5.Etage
18.00 „10 Jahre telegraph-einer halben Revolution folgt immer eine ganze Konterrevolution" Podiumsdiskussions
Bandito Rosso, Lottumstr.10a
21.00 „Ronin-jeder ist käuflich" Gangster/Aktionfilm mit Robert de Niro/Jean Reno
DIE LANGE NACHT DER PLAKATE
20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen
EX Samstag 6.11. 21:00 PARTY 3000 Plakate an die Wand gebeamt
Montag 8.11.
Bandito Rosso, Lottumstr.10a
21.00 „Veranstaltung zur Neuen Rechten" beschäftigt sich mit z.B. Bernd Rabehl und Horst Mahler
Dienstag 9.11.
Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr.2a
19.30 „Krieg, Ernährung, Völkermord - und die Täter"
mit Christian Gerlach (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits-und Sozialpolitik)
EX, Mehringhof, Gneisenaustr.2a
19.30 „Der 9.November im Spiegel der deutschen 'Normalisierung'"
mit Alfred Schobert (Duisbg.Inst.für Sprach-und Sozialforschung)
„neoliberalismus" symposium
Oldenburg, 12. - 14. November 1999
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Tel.: (0179) 600 5029, Fax.: (0441) 798 2576 oder 798 3164;
e-mail: clandestino90@hotmail.com
http://www.alhambra.de/neosymp/
Mittwoch 10.11.
Bandito Rosso, Lottumstraße 10a
21.00 „Nackt unter Wölfen" (Film DDR 62/63, Regie F.Beyer)
Freitag 12.11.
Bandito Rosso, Lottumstr 10a
21.00 PunkPoetryPerformance „Evolutionstrategie" mit
ELKE FO&Die Alsterband feat. Wello Rausch
Samstag 13.11.
Heinrich Böll Stiftung, Hackesche Höfe, Rosentaler Str.40/41
19.30 „Frieden am Abgrund-zur aktuellen politischen Situation in Irland"
mit Martina McIlkenny (Sinn Fein) und Mary Maxrell (Women's Coalition)
Sonntag 14.11.
EX-Frauen Lesben Tag, Mehringhof, Gneisenaustr.2a
ab 12.00 Frühstücksbuffet, ab 19.00 Abendessen
20.00 „Man nannte uns Kaninchen" (Film v. Loretta Walz,BRD 95,)
polnische Überlebende berichten über medizinische Versuche, die an ihnen im
KZ Ravensbrück durchgeführt wurden.
KATO, U-Bahnhof Schlesisches Tor
19.00 „Abenteuer Menschlichkeit" Veranstaltung zur aktuellen Situation von Flüchtlingen in Berliner DRK-
Lagern. (Berichte von Flüchtlingen und UnterstützerInnen), Flüchtlingspolitik und Krieg in Ex jugoslawien, die
Rolle der NGO's im Kriegsgebiet (Berliner Bündnis gegen das Asylbewerberleistungsgesetz)
Mittwoch 17.11.
Bandito Rosso, Lottumstraße 10a
21.00 „Die Abenteuer des Werner Holt" (Film DDR 64, Regie J.Kunert)

Keine saubere Geschichte



denn der 9. November ist kein Tag zum Feiern

Kundgebung am 8. November '99
19 Uhr U-Bahn Kochstraße

V.i.S.d.PrG.: Clementine Saubermann, Strasse des Vergessens 38, 19990 Berlin